Nr. 208. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 6. September 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Cavaignac's Demission und Einleitung der Revision.

Paris, 4. September.

Endlich hat sich Cavaignac vor der Gewalt der Thatsachen und dem Umschwung der öffentlichen Meinung gebeugt, die Flucht ergriffen. Der zivile Boulanger hat sich in jeder Beziehung unendlich verachtenswerther gezeigt als sein Vorgänger, der „brave General". Seine für Frankreich, für die Republik verhängnißvolle diktatorische Herrlichkeit nimmt ein viel rascheres und jämmerlicheres Ende als die Popularität des rebellischen Generals Boulanger. Cavaignac endet im Schmutz des infamsten Justizverbrechens, verflucht und verhöhnt von allem, was in Frankreich rechtlich denkt und ehrlich fühlt, bedauert nur von der entlarvten Fälscherbande und den Reptiljournalisten des Generalstabes, welche bis zum letzten Augenblick auf die Vertuschungskünste Cavaignac's felsenfest hofften.

Cavaignac will aber noch immer nicht glauben, daß er politisch ein todter Mann ist. Er vermag noch immer nicht einzusehen, daß der Schwächling Brisson, der zwei Monate hindurch ein Hampelmann in seinen Händen war, nur deshalb ihn zur Demission hat zwingen können, weil er bereits jedes Ansehen im Lande verloren hat. Verblendet durch einen ungeheuerlichen, krankhaften Ehrgeiz, vermeint Cavaignac noch eine entscheidende Rolle in der eröffneten Krise spielen zu können. Er droht in seinem Entlassungsschreiben, den Kampf gegen die Revision des Dreyfus-Prozesses „ebenso entschieden wie vorher" zu führen! . . .

Die an den Fingern abzuzählenden Schandblätter, die aus parteipolitischen oder Geheimfonds-Gründen der Fälscherbande des Generalstabes noch treu geblieben sind, verzeichnen Cavaignac's Drohungen mit Freude. Aber das ist die einzige Unterstützung, auf welche der diskreditirte Ex-Diktator rechnen kann, falls er wirklich seine Drohungen wahr machen sollte, Drohungen, welche nichts anderes bedeuten können als das Entfachen einer militärisch-klerikal-antisemitischen Revolte gegen das Kabinet Brisson, das sich endlich zur Revision entschlossen hat.

Und auf welchem Boden kann sich die Revolte stellen, nachdem das „entscheidendste" Beweismittel gegen Dreyfus von Cavaignac selber als eine Fälschung proklamirt werden mußte? Auf den Boden einer unendlich plumperen und frecheren Fälschung. Darüber lassen die Schandblätter der Cavagne keinen Zweifel übrig. Die entlarvte Fälscherbande hat nämlich noch ein „ultra-geheimes Aktenbündel" gegen Dreyfus im Sacke. Die Existenz dieses bombengefährlichen „Ultra-Geheimnisses", dessen Bekanntmachung nach den Versicherungen der Bande die sofortige deutsche Invasion verursachen müßte, wurde trotzdem bekanntgemacht — zum ersten Mal von Rochefort am 13. Dezember 1897. Der skrupellose Hanswurst schrieb damals in seinem Blatte, nachdem er deutlich zu verstehen gegeben, daß das Ultra-Geheimniß ihm vom Major Pouffin de Saint-Morel, dem Kabinetschef de Boisdeffre's, anvertraut wurde: „Eines der famosen geheimen Aktenstücke ist ein eigenhändiger Brief des deutschen Kaisers. In diesem an den Grafen Münster (den deutschen Gesandten zu Paris) gerichteten Briefe wurde der volle Name des Dreyfus genannt . . ."

Seit der Entlassung Henry's klammern sich nun die Rochefort und Drumont an die angeblichen Briefe Wilhelms II., worunter auch Briefe an — Dreyfus (!!), um die Revision für landesgefährlich zu erklären — von wegen der mit der Revision unvermeidlichen deutschen Invasion! Hat man je in der Geschichte eine zweite Schurkerei dieser Art im Dienste einer gleich schmählichen Sache gesehen? . . .

Indeß berechtigt Cavaignac's bisheriges Verhalten zu den schlimmsten Vermuthungen. Er, der, halb dupirt, halb aus Verblendung mitschuldig, auf der „geheimen" Fälschung Henry's sein politisches Glück zu begründen versucht hat, ist ganz der Mann dazu, in seinem Verzweiflungskampfe sich der Waffen der „ultrageheimen" Fälschungen zu bedienen. Er hat das übrigens in den letzten Tagen bereits begonnen: Die Ausschlachtung des deutschen Wauvau's ist von den kriegsministeriellen Bureau's eingegeben worden. —

Cavaignac's Demission hat ferner den Wunsch der Reste der Generalstabspresse nach sofortiger Einberufung der Kammern gesteigert. Die Rochefort und Drumont vermögen in ihrer Bestürzung nicht den einfachen Gedanken zu fassen, daß das Parlament und namentlich die Deputirtenkammer gerade aus demselben Grunde sich jetzt für die Revision aussprechen müßte, aus welchen sie früher die „Huldigungen an die Armee", die „Achtung vor der abgeurtheilten Sache" und zuletzt den Maueranschlag der Fälschung Henry's votirt hatte. Der Grund ist die schlotternde Angst vor der herrschenden Stimmung des Publikums. Zudem hat sich die Deputirtenkammer an Cavaignac für jenen sie entehrenden Maueranschlag zu rächen. So hat bereits nach der Entlarvung Henry's auch der Abgeordnete Mirman, der begeisterte Cavaignac-Schwärmer, der den Maueranschlag zuerst vorgeschlagen, eine drohende Interpellation über die Fälschung eingebracht.

Also, mag die feige Kammer ein paar Wochen früher oder später einberufen werden, Cavagnac und seine Getreuen haben davon nichts zu hoffen. Uebrigens ist Cavaignac's Rücktritt an sich schon ein Versuch, den Stoß des unvermeidlichen Ansturmes seitens der Kammer abzuschwächen. Der Talmi-Diktator ist einfach einem stürzenden Kammervotum zuvorgekommen. Beiläufig, Cavaignac wurde schon einmal, im Juli 1892, als Marineminister ganz allein unter seinen Ministerkollegen gestürzt, weil er mit der Hartnäckigkeit und der Intelligenz eines Stieres gegen die Einheitlichkeit der militärischen Leitung der Dahomey-Expedition sich stemmte bezw. die Leitung eines Feldzuges zu Lande in den Händen des Marineministeriums vereinigt wissen wollte. Das kennzeichnet den Menschen zur genüge: wie er in der Dreyfus-Affäre das Werkzeug des Generalstabs des Landheeres war, so 1892 als Marineminister das Werkzeug des nicht minder verlotterten Marinelümmels.

Hoffentlich wird nunmehr das Kabinet Brisson, der Cavaignac'schen Diktatur entledigt, der schon unter Meline vor bald einem Jahre begonnenen Staatsstreichs-Politik ein gründliches Ende machen und in die Bahnen des Gesetzes einlenken. Eine allseitige Wiedergutmachung aller in diesem Zeitraume verübten Gesetzesverletzungen und Rechtverweigerungen ist freilich wohl kaum von der schwächlichen auch-radikalen Regierung zu erwarten.

Es ist nicht einmal sicher, ob Cavaignac's Vetter, der juristisch vom Untersuchungsrichter Bertulus überführte Fälscher Du Paty de Clam, der Spießgeselle Henry's und Esterhazy's, zur Rechenschaft gezogen werden wird, trotzdem der Kassationshof den Reinwaschungsbeschluß der Anklagekammer bezüglich Du Paty de Clam's, gefaßt unter dem Vorwand der „Unzuständigkeit", annullirt und ausdrücklich für eine Gesetzesverletzung erklärt hat.

Diesen Beschluß des obersten Gerichtshofes hat Cavaignac noch mit auf den Weg nehmen müssen. Er kann sich aber damit trösten, daß — bis zur Entdeckung neuer Belastungsmomente — sein Vetter, der Mitschuldige, aus formalen Rechtsgründen geborgen ist. Denn der Kassationshof hat andererseits die Berufung Picquart's in Sachen der geretteten Hauptschuldigen, des Esterhazy und der Dirne Pays, für unzulässig erklärt, weil der Zivilpartei das Recht der Berufung gegen einen auf dem Thatbestand beruhenden Beschluß der Anklagekammer nicht zustehe. Der Mitschuldige Du Paty de Clam genießt mithin bis auf weiteres Straflosigkeit, weil die Rechtsbeugung zu gunsten der Hauptschuldigen formal unanfechtbar ist.

* * *

Die obige Korrespondenz ergänzen wir durch folgende Einzelheiten und neuere telegraphische Mittheilungen.

Das geheime „allergeheimste" Aktenbündel soll folgendes enthalten: 1. einen vom deutschen Botschafter in Paris, Grafen Münster, unterzeichneten und von ihm dem deutschen Kaiser nach Berlin erstatteten Bericht, worin der Botschafter den Namen Dreyfus ganz ausschreibt und die Dienste anführt, die er Deutschland geleistet hat; 2. drei Briefe oder vielmehr die Photographie von drei Briefen des deutschen Kaisers, deren einer an den Grafen Münster, die beiden anderen an den Hauptmann Dreyfus gerichtet sind. Von diesen Schriftstücken behauptet der Generalstab, daß das erste auf dem Arbeitstisch Wilhelms II. in Berlin gestohlen worden sei; die anderen sollen vor ihrer Absendung durch einen Agenten des Auswärtigen Amtes entwendet und photographirt worden sein, der sie alsdann dem Minister Hanotaux zukommen ließ, welcher sie seinerseits dem Kriegsminister übergab. Der Bericht des Grafen Münster und diese Briefe sollen in Berlin nach der Verhaftung des Dreyfus gestohlen worden sein."

Die „Droits de l'homme" erklären, diese Schriftstücke seien in Brüssel angefertigt und von Berlin an das französische Auswärtige Amt gesandt worden, und zwar durch einen Agenten, der es versteht, in den Fonds für geheime Zwecke für sich und andere zu schöpfen.

In jedem Fall ist die Geschichte von diesen Briefen des deutschen Kaisers u. s. w. das unsinnigste Zeug, das eine Fälscherbande zusammenfälschen konnte.

Zu den phantastischen Meldungen der französischen Presse über eine Korrespondenz zwischen Kaiser Wilhelm und Dreyfus bemerkt die „Kölnische Zeitung" wohl nach Information von Berlin, wenn die sog. Generalstabs-Blätter den Glauben zu erwecken suchten, daß Frankreich durch Veröffentlichung der gesammten Dreyfus-Schriftstücke der Gefahr eines Krieges mit Deutschland entgegengehe, so machten sie auf Deutschland nicht den allermindesten Eindruck. Man wisse durch Blättermeldungen, um welche Schriftstücke es sich handelt, und daß namentlich angebliche Briefe des deutschen Kaisers in betracht kommen, die dieser an Dreyfus geschrieben haben soll. Das Blatt sagt, Deutschland sehe der Veröffentlichung dieser Fälschungen mit äußerstem Gleichmuth entgegen. Ein deutscher Kaiser führe keinen Schriftwechsel mit für Deutschland arbeitenden Spionen.

Präsident Faure traf am Sonntag in Paris ein. Den ganzen Tag, ebenso am Montag, fanden fortdauernde Besprechungen der Minister statt. Es wurden die verschiedenen Fälle in Erwägung gezogen, in denen eine Revision durch das Gesetz bestimmt wird. Von den Ministern ist keiner gesonnen, Cavaignac zu folgen.

General Zurlinden ist zum Kriegsminister ernannt worden.

Cavaignac erklärte einem Mitarbeiter des „Echo de Paris" gegenüber, wenn die Regierung die Revision des Dreyfus-Prozesses beschließe, begehe sie einen schweren Fehler. Die Revision sei eine wahnsinnige That, an der er nicht theilnehmen wolle. Man werde sehen, in welchem Zustande sich das Land nach dem neuen Prozesse befinden werde.

Mittlerweile ist aber die Revision bereits beschlossene Sache. Es verlautet, das Ministerium habe einstimmig beschlossen, das Wiederaufnahme-Verfahren in der Dreyfus-Sache einzuleiten. Die Minister sollen jedoch an der Schuld des Dreyfus festhalten und deshalb die Revision nicht wegen Verletzung des § 448 Abs. 4 der Strafprozeß-Ordnung anordnen, der die Revision vorschreibt, wenn nach der Verurtheilung neue Thatsachen oder Beweise eintreten oder bekannt werden, die geeignet sind, die Unschuld des Verurtheilten zu begründen. Vielmehr wollen sich die Minister auf Abs. 3 desselben Paragraphen stützen, wonach Revision zulässig ist, wenn einer der Zeugen wegen falschen gegen den Verurtheilten gerichteten Zeugnisses verfolgt und bestraft wurde.

Der Justizminister Sarrien ersuchte um Mittheilung des Protokolls bezüglich des Geständnisses des Oberstlieutenants Henry und um Mittheilung der auf die Angelegenheit Dreyfus bezüglichen Aktenstücke. Sarrien wird das Ergebniß der Prüfung dieser Aktenstücke dem nächsten Ministerrathe mittheilen, welcher nach der Ernennung des neuen Kriegsministers stattfinden wird.

Der ehemalige Justizminister, Senator Trarieux, forderte in einem Schreiben den Kolonialminister Trouillot auf, endlich die barbarische Ausnahmebehandlung, der Dreyfus unterworfen sei, aufzuheben.

Das Bekanntwerden der Nachricht von der Demission Cavaignac's am Sonnabend Abend führte zu großen Menschen-Ansammlungen vor den Redaktionen der Zeitungen „Intransigeant", „Libre parole" und „Petite République". Man schrie fortwährend: „Nieder mit Rochefort, mit dem Generalstab! Es lebe Jaurès!"

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. September.

Zum Abrüstungsvorschlage des Zaren schreibt das russisch-offiziöse „Journal de St. Petersbourg":

„Alle Kundgebungen der ausländischen Presse bezüglich des Rundschreibens vom 24. August beweisen übereinstimmend, mit welcher Sympathie das Vorgehen der russischen Regierung in der gesammten Welt aufgenommen worden ist. Man hat dem edlen und hochherzigen Gedanken, welcher diese große That hervorbrachte, hohe Anerkennung gezollt. Die Einmüthigkeit dieser Aufnahme beweist in der schlagendsten Weise, bis zu welchem Grade die Erwägungen, welche dem russischen Vorgehen zur Unterlage dienten, dem innersten Empfinden aller Völker und den theuersten Wünschen derselben entsprechen. Man ist überall zu der Ueberzeugung gekommen, daß die fortgesetzten Rüstungen für alle Völker eine drückende Last sind, und daß sie ein Hemmniß für die Entwicklung der öffentlichen Wohlfahrt bilden. Der glühendste Wunsch der Völker ist, mit Ruhe in die Zukunft blicken und sich friedlicher Arbeit hingeben zu können. Sie sind sich darüber klar geworden, daß das System des gegenwärtigen bewaffneten Friedens seiner Tendenz nach nichts friedliches mehr an sich hat als den Namen, und den Ausschreitungen dieses Systems will der Schritt Rußlands ein Ende machen. Die Frage, welche es zu lösen gilt, ist ohne Zweifel eine sehr verwickelte, und schon haben einige Organe der öffentlichen Meinung die Schwierigkeiten berührt, welche sich der praktischen Ausführung entgegenstellen. Diese Schwierigkeiten kann sich niemand verhehlen, aber man muß ihnen muthig gegenübertreten und das Rundschreiben vom 24. August will gerade eine aufrichtige und eingehende Prüfung dieser Frage durch einen internationalen Meinungsaustausch anregen. Gewisse andere schwer zu lösende, aber sicher nicht weniger bedeutungsvolle Fragen sind in diesem Jahrhundert schon durch internationale Vereinbarungen in einer Weise gelöst worden, welche den großen menschlichen und kulturellen Interessen Gerechtigkeit widerfahren ließ. Die Resultate, welche man in dieser Beziehung namentlich auf dem Wiener und Pariser Kongreß und auf mehreren internationalen Konferenzen erreicht hat, beweisen, was die vereinigten Bemühungen der Regierungen durchzusetzen vermögen, wenn sie mit der öffentlichen Meinung und den Bedürfnissen der Zivilisation im Einklang stehen. Das russische Vorgehen fordert alle Staaten zu einer noch größeren Bestrebung auf, als alle vorhergehenden, aber es wird der Menschheit zur Ehre gereichen, beim Anbruch des 20. Jahrhunderts sich dieser Aufgabe gewidmet und entschlossen ans Werk gemacht zu haben, um den Völkern die Möglichkeit zu geben, die Wohlthaten des Friedens zu genießen, indem ihnen die erdrückenden Lasten abgenommen werden, welche ihre ökonomische und sittliche Entwickelung hemmen."

In dieser offiziösen Kundgebung sind die Argumente zum theil noch schärfer ausgearbeitet, als in dem offiziellen Rundschreiben. Herr Goßler wird ihre Wiederholung von der Tribüne des Reichstages nicht gerade mit großem Wohlgefallen aufnehmen.

Die „Köln. Ztg." schreibt höchst diplomatisch mit allen Reverenzen vor der „weltgeschichtlichen That und die hochherzige Absicht des jungen Herrschers Rußlands" heute wieder über den Erlaß des Zaren, indem sie, wohl im Geiste des Auswärtigen Amtes, nachzuweisen sucht, daß der Plan nicht ausführbar sei. Aus den bemerkenswerthen Ausführungen der „Köln. Ztg." glauben wir die folgenden Stellen wiedergeben zu müssen:

„Die Note des Grafen Murawjew legt allerdings bemerkenswerthen Nachdruck auf den Gedanken, daß die großen Opfer an geistigen und physischen Kräften, die von der militärischen Rüstung verschlungen werden, mit mehr Berechtigung den Werken des Friedens, dem wirthschaftlichen Fortschritt und anderen Kulturzwecken, dienstbar gemacht werden könnten; indessen liegt es auf der Hand, daß die von dem Zaren und seinen Berathern vorausgesetzte Gunst des Augenblicks in erster Linie in der auswärtigen Politik, auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen gesucht werden muß. Unwillkürlich denkt man an den spanisch-amerikanischen Krieg, der an einem augenfälligen Beispiel erwiesen hat, daß der nächste Krieg auch den nicht unmittelbar betheiligten neutralen Völkern, ja der gesammten zivilisirten Welt unberechenbaren Schaden zufügen wird. Die Entwickelung der Volkswirthschaften zur Weltwirthschaft ist allen rückläufigen Versuchen zum Trotz zu einer Thatsache geworden, die nach einem wenngleich noch wenig erkannten, so doch in der Stille wirksamen und zwingenden Gesetz die internationalen diplomatischen Verhältnisse zu beeinflussen beginnt. Sodann wird man bei einer sorgfältigen Prüfung des politischen Horizontes vielleicht in Ostasien einige Ursachen der russischen Friedensbotschaft entdecken. Ein zweiter Punkt, der in das richtige Licht gerückt zu werden verdient, betrifft den voraussichtlichen Gegenstand der vom Zaren geplanten internationalen Berathungen. Fast alle Aeußerungen der in- und ausländischen Presse beruhen auf der Annahme, daß der Konferenz in dieser oder jener Form ein Abrüstungsvorschlag oder, genauer gesagt, ein Plan zur Verminderung der stehenden Heere vorgelegt werden soll. Von welcher Seite man diesen Gedanken betrachtet, allenthalben zeigt sich eine fast unabsehbare Kette von Fragen, von denen jede für sich einen gordischen Knoten darstellt. Um hieraus nur eins der nächstliegenden und zugleich schwierigsten Probleme herauszugreifen — wie ließe sich für die allgemeine Abrüstung eine Verhältnißzahl finden, die nicht nur auf die Zahl und Tüchtigkeit der Truppen, sondern auch auf die Lage der Garnisonen bedacht nähme? Die russischen Staatsmänner haben sich, dessen darf man versichert sein, diese

und ähnliche Schwierigkeiten reiflich überlegt, bevor sie die Welt mit dem Auffliegen der Friedenstaube überraschten. Daher halten wir es einstweilen für wenig wahrscheinlich, daß sie der Konferenz einen förmlichen Abrüstungsplan vorzulegen haben. Vorläufig liegt die Wahrscheinlichkeit näher, daß sie die Frage in den Vordergrund stellen werden, auf welchem Wege künftig internationale Verwicklungen und Streitigkeiten in wirksamer Weise zu einem friedlichen Austrag gebracht werden können. Ob dabei die von der Wissenschaft erörterte Einrichtung eines ständigen internationalen Schiedsgerichts oder an ein von Fall zu Fall zusammentretendes gedacht ist, wäre für die Sache selbst von geringerem Belang. Jedenfalls hätte ein derartiger Vorschlag am ehesten Aussicht auf Erfolg.

Ueber den diplomatischen Stand der Angelegenheit schreibt die „Vossische Zeitung":

Der lebhafte Verkehr der Vertreter der Großmächte seit dem Abrüstungsvorschlag des Zaren zielt dahin, eine Reihe großer Fragen zum mindesten zum Stillstand zu bringen, um für die Berathung der Abrüstungsfrage geebneten Boden zu schaffen. Die afrikanischen Fragen einschließlich der egyptischen dürften den Hauptgegenstand der Erörterungen bilden. Es handelt sich um das Zusammenwirken der betheiligten Staaten und gleichzeitiger Abgrenzung ihrer Interessensphären, derart, daß hierdurch Frankreich mittelbar Kompensation für den Beitritt zum Abrüstungsvorschlage des Zaren geboten würde. Ueber Anregungen scheint man jedoch bisher noch nicht hinausgekommen zu sein. In noch weiterem Felde liege die Durchführung der Absichten über die Lösung der asiatischen Fragen. —

Aus Kiew wird heute telegraphirt:

Der hier tagende Kongreß russischer Naturforscher und Aerzte beschloß, dem Kaiser als dem erhabenen Schutzherrn der Wissenschaften den Ausdruck höchster Bewunderung anläßlich des von ihm an alle zivilisirten Nationen gerichteten hochherzigen Aufrufs auszudrücken.

In Rußlund hat man das Recht, sich für den Zaren zu begeistern, nicht aber seine Motive zu prüfen. —

Aus Budapest wird telegraphirt:

Die Opposition des Abgeordnetenhauses wird nächsten Mittwoch die Regierung darüber interpelliren, welche Haltung sie zum Abrüstungsvorschlag des Zaren einnehmen wolle.

Zur Gruben-Inspektion im Kali-Bergbau. Wie sich unsere Leser erinnern werden, hatten einige auf dem Schacht „Achenbach" bei Staßfurt beschäftigte Arbeiter dem Vorsitzenden der Staßfurter Gewerkschaftskommission die Mittheilung gemacht, daß sich eine Strecke des Schachts in gefahrdrohendem Zustande befinde und nicht mehr als fahrbar erachtet werden könne. Der Vorsitzende der Gewerkschaftskommission hatte davon den königlichen Berginspektor Kost benachrichtigt und ihn ersucht, die Strecke einer eingehenden Besichtigung zu unterziehen und für geeignete Abhilfe Sorge zu tragen, worauf der genannte Staatsbeamte antwortete, daß er die Absicht des erwähnten Arbeitervertreters, „sich in die inneren Verhältnisse des königlichen Salzwerkes einzumischen", jetzt wie für alle Zukunft entschieden zurückweise, „da sie von unberufenster Seite geschehen" wäre.

Dem Berginspektor Kost sind wegen dieser schneidigen Antwort von der bürgerlichen Presse alle Sorten von Lobsprüchen spendirt worden, aber selbst ein Organ der Kali-Interessenten, die in Berlin erscheinende „Kuxen-Zeitung", konnte nicht umhin, mit seinem Lobspruch einen ziemlich kräftigen Tadel zu verbinden. Das Blatt schrieb unter dem Stichwort: „Kali-Gewerkschaften bei Streiks":

„Während bisher die Agitation der Bergarbeiter-Verbände auf das rheinisch-westfälische Kohlenrevier beschränkt blieb, mehren sich jetzt die Anzeichen für das Eindringen der sozialistischen Propaganda in das Kali-Bergrevier. Die Vorstände der Kali-Gewerkschaften sollten daher Sorge tragen, daß auf ihren Betrieben diese Agitation im Keime bekämpft wird. Gerade die Antheile der Kali-Gewerkschaften sind in ihrer Preisentwickelung auf das Empfindlichste äußeren Einwirkungen ausgesetzt, und Nachrichten über Streik- und Agitationsbewegungen auf Kali-Bergwerken würden von schärfstem Einfluß auf die Preisgestaltung sein. Die Grubenvorstände sollen daher auf die Sicherheit des Kalibergbaues das gewissenhafteste Augenmerk richten."

Das Blatt giebt dann die von uns aus der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung" entnommene Mittheilung über den Schacht „Achenbach" und die Antwort des Berginspektors Kost an den Vorsitzenden der Gewerkschaftskommission wieder und bemerkt zu dieser Antwort:

„Die Entschiedenheit dieser Antwort ist nur anzuerkennen — Hand in Hand mit ihr mußte aber für die Oeffentlichkeit die Erklärung gehen, daß die Sicherheit des Schachtes „Achenbach" gewährleistet sei."

Diese letzte Aeußerung des Fachblattes für den Kali-Bergbau ist von verblüffender Richtigkeit. Warum mag aber der Berginspektor Kost eine solche Erklärung unterlassen haben?

Die Antwort ergiebt sich wohl aus folgender Mittheilung, die uns aus Staßfurt zuging:

Am Sonnabend voriger Woche wurde auf dem Schacht „Achenbach" der Häuer Schneider durch hereinbrechende Salzmassen verschüttet. Er war sofort todt.

Ein solches Unglück mag ja auch in den besteingerichteten Schächten vorkommen können, aber nachdem über den Schacht „Achenbach" bereits vor Monaten Klage geführt worden ist, und nachdem aus der Antwort des Berginspektors Kost alles andere eher zu schließen ist, als daß er sich verpflichtet gefühlt hätte, auf die Anregung des Vorsitzenden der Gewerkschaftskommission hin den Schacht peinlich genau zu untersuchen, so wird unseres Erachtens das Handelsministerium gut thun, eine strenge Prüfung der Betriebsverhältnisse des fiskalischen Staßfurter Werkes, zu dem der Schacht „Achenbach" gehört, schleunig anzuordnen. —

Daß die Zuckerprämien niemals fallen werden, wenn die Regierungen die Stimme der Interessenten entscheidend sein lassen, zeigt sich mit jedem Tage deutlicher. Die deutschen Zuckerfarikanten führen in ihrem Fachorgan einen erbitterten Kampf gegen die Abschaffung der Liebesgaben. Ueber die Stimmung in Böhmen, dem größten Zuckerrübengebiet Oesterreichs, unterrichtet soeben eine Prager Korrespondenz des „Pester Lloyd".

Danach wollen die böhmischen Zuckerfabriken die Prämie behalten, selbst wenn Deutschland die seinige abschaffe. Böhmen produzire viel ungünstiger wie Deutschland, pro Zentner Zucker vielleicht um 2½ bis 3 Gulden theurer. Unter den Ursachen wird sogar die „koulante" Behandlung der bäuerlichen Rübenlieferanten angeführt, als ob in Böhmen die erbitterten Kämpfe zwischen den Bauern und dem Ring der Fabriken nicht seit Jahren auf der Tagesordnung ständen:

Wenn man den deutschen Zuckerindustriellen ihre Exportprämie, welche zirka 20 Kreuzer per Meterzentner Rübe ausmacht, nimmt, so können sie noch immer viel besser existiren, als wir heute sammt unserer Exportprämie. Wenn man der Zuckerindustrie auch die Prämie nehmen wollte, so kann sie diese 20 Kreuzer nicht mehr von ihrem Erwerbe hergeben, und daß wir in Böhmen nicht schon heuer eine Katastrophe zu verzeichnen haben, dankt die Industrie dem Uebereinkommen mit den Raffineuren. Die 20 Kreuzer müssen dann vom Preise der Rübe gekürzt werden, und die Folge wäre, daß die Oekonomen keine Rübe bauen könnten. Was aber ohne Rübenkultur aus dem böhmischen Landwirth werden würde, wollen wir hier gar nicht besprechen.

Daraus ist zu ersehen, daß man der Zuckerindustrie die Prämie nicht nehmen kann, ohne ihr und der Landwirthschaft einen tödtlichen Stoß zu versetzen. . . . Darum ist die Zuckerindustrie nicht in der Lage, auch die allergeringste Verminderung des Schutzes, welchen sie in der Prämie gegen die Rohrproduktion besitzt, zuzulassen oder gar vollends entbehren zu können.

Genau wie bei uns, wie in Frankreich und anderwärts. In dieses Wespennest muß man eben mit fester Hand eingreifen, ohne sich durch die Aufregung des Interessentenschwarmes beirren zu lassen. —

Die deutsch-englischen Beziehungen. Ueber den Inhalt der Besprechungen zwischen Lord Salisbury und dem deutschen Botschafter in London, Grafen Hatzfeld, ist nichts weiteres bekannt geworden. Wohl aber sind einige neue Auslassungen des deutschen Kaisers geeignet, die Vermuthung zu bekräftigen, daß sich die Beziehungen zwischen dem offiziellen Deutschland und dem offiziellen England verbessert haben.

Am Sonntag wurde in Hannover auf dem Waterlooplatz ein Feldgottesdienst für die dort in Garnison stehenden sowie für die gelegentlich der Manöver einquartirten Truppenabtheilungen abgehalten. Nach Liturgie und Predigt — die sich vielleicht mit der Frage beschäftigt haben mag, wie sich Christenthum und Militarismus mit einander vertragen — hielt der Kaiser eine Ansprache, in welcher er, wie aus Hannover berichtet wird, darauf hinwies,

„daß angesichts der Waterloosäule die Truppen auf historischem Boden ständen. Er erinnere an die Waffenbrüderschaft der Engländer und der Deutschen bei Waterloo. Die englische Armee habe soeben vor wenigen Stunden in Afrika einen Sieg über einen viel stärkeren Feind errungen. Der Kaiser forderte die Truppen auf, in ein Hoch auf die Königin von England einzustimmen."

Der Kaiser hat ferner nach einer Meldung der „Times" aus Kairo am Sonntag an die dortige britische diplomatische Agentur folgendes Telegramm ergehen lassen:

„Ich bin aufrichtig erfreut, meine Glückwünsche aussprechen zu können zu dem herrlichen Siege von Omdurman, der endlich des armen Gordon's Tod rächt."

Die englischen Blätter sprechen sich zu diesem Telegramm etwas zurückhaltend, aber doch sympathisch aus. Offenbar können sie das bekannte Telegramm des Kaisers an Ohm Krüger doch nicht so leicht vergessen. —

Das Ende des Mahdireiches. Die Entscheidungsschlacht bei Omdurman ist am vorigen Freitag geschlagen worden. Die Armee des Kalifen Abdullah wurde völlig zersprengt. Die Hauptstadt des Mahdi-Reiches ist wieder erobert. Gordon Pascha ist gerächt.

Die weiten Ländergebiete, die sich im Westen der abessinischen Gebirgslande und entlang dem Laufe des weißen Nil erstrecken, hatten von jeher die poltische Abhängigkeit von der egyptischen Herrschaft abzuwerfen gesucht. So erhob auch 1881 Muhamed Achmed die Fahne der Rebellion. Er gab sich als den Mahdi, den Erlöser aus und es gelang ihm, die egyptischen Truppen zu besiegen. Auch der von England in höchster Noth entsandte, in zahlreichen Expeditionen bewährte Gordon Pascha konnte der Bewegung nicht Herr werden. Gordon wurde 1884 in Chartum eingeschlossen; nach zehnmonatlicher Belagerung drangen die Truppen des Mahdi in die Stadt, machten sie dem Erdboden gleich; Gordon Pascha wurde erschlagen.

Seitdem war die Wiedereroberung des Sudan eine Hauptaufgabe der englischen Politik. Dieses Ziel diente zugleich den Engländern als willkommener Vorwand für die Beibehaltung einer ansehnlichen militärischen Macht in Egypten und die Begründung der englischen Vorherrschaft dortselbst.

1885 starb der Mahdi, sein Nachfolger Abdullah kämpfte zunächst glücklich gegen Abessinien und die unter seinem Pascha stehende Aequatorial-Provinz. Damals erreichte das Mahdistenreich die Höhe seiner Macht. Abdullah herrschte von Dongola bis Wadelai unfern der großen ostafrikanischen Seen, von Abessinien bis Darfur.

Aber die Grundlagen des Reiches waren ungesund und nicht entwickelungsfähig. Der religiöse Fanatismus, der dem Mahdi Anhang geschaffen hatte, verglühte, als sich der herrschsüchtige Despotismus der neuen „Erlöser" immer deutlicher offenbarte. Nur durch fortgesetzte Eroberungskriege und gewaltsame Unterdrückung der einzelnen Stämme konnte Abdullah seine Herrschaft erhalten. Der Ackerbau lag völlig darnieder. Ganze Stämme sahen schließlich in den Engländern die Befreier von unerträglicher Herrschaft.

Bereits 1889 und 1890 gelang es einer englisch-egyptischen Streitmacht, von Suakin vordringend, ein starkes Heer unter Osman Digma zu schlagen und so das Mahdistenreich vom Zugang an das Rothe Meer abzuschneiden. Aber erst 1896 begannen die Engländer nach sorgfältigsten Vorbereitungen nilaufwärts vorzudringen. Dongola wurde genommen. 1897 wurde der Vormarsch über Berber fortgesetzt, eine Bahnlinie wurde gebaut, welche die Truppen mit Unteregypten verbindet, ausgezeichnete Kanonenboote überwanden eine Stromschnelle des Nil nach der andern.

Nun ist die Entscheidungsschlacht geschlagen. Omdurman, die Hauptstadt der Mahdisten, am Zusammenfluß des weißen und blauen Nil, ist genommen. Folgende Nachrichten orientiren über den Verlauf des Kampfes, dessen blutiger Ernst eigenartig absticht von den Friedensphrasen, an denen sich jetzt harmlose Gemüther gern berauschen. Der Spezialkorrespondent des „Reuter'schen Bureaus" telegraphirt aus Omdurman vom 2. September (Freitag) nachmittags:

Eine Kavalleriepatrouille ging heute früh gegen Omdurman vor und sah die feindliche Armee zum Angriff in Schlachtordnung vorrücken mit einer drei bis vier Meilen breiten Front. Unzählige Fahnen und Standarten wehten über den Reihen der Mahdisten, welche mit lauter Stimme sangen. Die englisch-egyptische Armee stellte sich sofort auf, um den Angriff aufzunehmen. Um 7 Uhr 20 Min. erschien der Feind auf dem Gipfel des Berglammes oberhalb unseres Lagers und rückte in geschlossenen Reihen vor, unsere Flanken überflügelnd. Um 8 Uhr 20 Min. eröffnete unsere Artillerie das Feuer, welches die Schützen der Derwische beantworteten. Dann erfolgte ein Angriff auf unsere linke Flanke, und nach ihrer gewöhnlichen Taktik stürzten sich die Derwische von dem Berglamm auf uns. Aber die Andringenden wurden vollständig zerschmettert durch das Feuer unserer sämmtlichen Schußwaffen. Die Derwische wandten sich nun gegen unser Zentrum, auf welches sie einen wüthenden Sturm ausführten. Eine große Streitmacht an Reitern versuchte dem Bleihagel zu trotzen, wurde aber buchstäblich weggefegt und zog sich zurück, indem sie das Feld, mit Leichen bedeckt, zurückließ. Um 11 Uhr 15 Minuten befahl der Sirdar Kitchener Pascha den Vormarsch in staffelförmig aufgestellten Bataillonen. Sobald die Brigaden den an den Nil angrenzenden Berglamm erreicht hatten, wurde die egyptische Brigade von dem Feinde wieder angegriffen. Dieser hatte sich unter dem Schutze des Kammes wieder geordnet und bildete unter der schwarzen Fahne des Khalifen selbst eine dicht geschlossene Kolonne, um eine äußerste Anstrengung zu machen und das Geschick des Tages zu wenden. Eine Streitmacht von 15 000 Mann stürzte sich auf die Sudanesen, welche unterstützt von dem Feuer der Maximgeschütze tapfer aushielten. Die englische Infanterie eilte herbei. Die Armee des Khalifen wurde in einer Vertiefung überrascht, sah sich dem vernichtenden Feuer dreier Brigaden und ihrer Artillerie ausgesetzt und warf sich in voller Flucht nach Omdurman. Der ausdauernde Muth der Derwische ist jedes Lobes würdig, sie trotzten dem schrecklichen Feuer ohne die geringste Furcht. Nach Erbeutung der Fahne des Khalifen begann die englische Armee um 12 Uhr 15 Min. wieder den Vormarsch und besetzte am Nachmittag Omdurman. Nur zwei englische Offiziere sind gefallen, mehrere verwundet. Der Verlust der Derwische beträgt einige Tausend.

Die Verluste werden sehr verschieden geschätzt. Der Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph" schätzt, daß 15 000 Derwische gefallen sind und daß der Gesammtverlust der britischen Truppen 500 Mann betrage. Der „Times"-Korrespondent Howard ist gefallen und der „Times"-Korrespondent Rhodes verwundet.

Ferner wird aus Kairo vom 5. September gemeldet:

Die letzte Depesche Kitchener Paschas besagt, der Rest der Streitkräfte des Khalifen habe sich ergeben, Kitchener habe eine große Zahl Gefangene gemacht. Kavallerie sei noch auf der Verfolgung des Khalifen begriffen, der sich mit nur 140 Mann anscheinend nach Kordofan gewandt habe. Kitchener habe am Sonnabend Khartum aufgesucht und die Stadt als vollständige Ruine vorgefunden. Die österreichische Schwester Theresa Grigolini und alle europäischen Gefangenen seien befreit und befänden sich wohl.

Ein weiterer erheblicher Widerstand Abdullah's erscheint nunmehr ausgeschlossen. Die Herrlichkeit des Mahdireichs ist zu Ende.

Eine andere Frage ist es, ob es den Engländern gelingen wird, auch ihre weiteren Ziele im Quellgebiet des Nil durchzuführen. Bekanntlich ging ihr Streben stets dahin, eine Verbindung zwischen Egypten und ihren ostafrikanischen Besitzungen am Albert Nyansa und Victoria Nyansa herzustellen. Da die Vorbereitungen des Sudanfeldzuges sich aber in die Länge zogen, sind mittlerweile belgische und französische Expeditionen vom Kongo aus zuvorgekommen und haben den südwärts vordringenden Engländern den Weg verlegt.

Es wird daher noch mancher internationalen Auseinandersetzung bedürfen, bis der Streit um das vielumworbene Quellgebiet des Nil geschlichtet sein wird. —

* * *

Deutsches Reich.

Der Kaiser hat bei Gelegenheit der Manöver in Hannover einige Reden gehalten, wohl drei an der Zahl. Die eine, welche in einem Hoch auf die Königin Viktoria endigte, erwähnten wir an anderer Stelle. Ferner hat er bei dem Parodediner auf das Wohl des zehnten Armeekorps getoastet, in welcher Rede er die Geschichte der betreffenden Truppentheile streifte und ihnen folgenden Zukunftswunsch zurief:

„Ich beglückwünsche das Korps zu dem heutigen Tage und hege die Hoffnung und die feste Zuversicht, daß diese sturmerprobten Regimenter ebensogut wie auf der Parade auch im Manöver sich zeigen werden und, das bin ich gewiß, im Ernstfalle auch vor dem Feinde."

Die letztere Aeußerung des Kaisers, die Hindeutung auf den „Ernstfall", nimmt sich seltsam aus gegenüber der Bereitwilligkeit der deutschen Regierung, auf die Friedenspläne des Zaren einzugehen.

Aber auch die „Revolution" spielte eine Rolle bei den hannoverschen Festlichkeiten. Nicht der Kaiser sprach davon, sondern in einer Anrede an ihn beim Festmahl im Ständehause spielte der Vorsitzende des Provinzial-Landtages, Graf zu Inn- und Knyphausen, darauf an. Er meinte neben allerlei anderen Verherrlichungen des Kaisers:

„Wir sehen in Ew. Majestät den mächtigen Friedensfürsten, der uns schützt vor Krieg und Revolution und von dem wir hoffen, daß er siegen wird, wenn jemals dieses Unglück ins Land kommen sollte."

Derartige Anspielungen erscheinen so unangebracht wie möglich. Sie erscheinen besonders unangebracht, wenn der Kaiser in seiner folgenden Antwortrede seine Freude über den Empfang, den ihm das Volk bereitet habe, aussprechen wollte.

Der Kaiser rühmte in mancherlei Wendungen die Sympathien, die ihm die Bevölkerung entgegengebracht habe.

Man sollte dabei trotzdem nicht vergessen, daß die Stadt Hannover eine sozialdemokratische Bevölkerungsmehrheit hat. Unser Parteigenosse Meister ist dort im ersten Wahlgang gewählt worden.

Endlich hat der Kaiser auch noch in Minden, wohin er von Hannover aus reiste, eine Rede gehalten.

Der Kaiser kam auch durch den Badeort Oeynhausen. Dort sagte der Bürgermeister Thiele u. a.:

„Ist unsere Stadt auch klein an Einwohnerzahl, so ist sie doch groß und stark an Liebe zum angestammten Herrscherhause, das hier, auf dem altgermanischen Boden, mit seinen gewaltigen historischen Erinnerungen durch die Gründung der königlichen Badeanstalt ein Friedenswerk geschaffen hat, welches als ein leuchtendes Denkmal der Fürsorge für das Volk bis in die spätesten Geschlechter hineinragen wird."

Der Kaiser spricht ja selbst eine bilderreiche Sprache. Aber seine Verehrer scheinen ihn noch übertreffen zu wollen. —

Katholizismus und Sozialdemokratie. Fast die gesammte Zentrumspresse ist durch die Betrachtung des „Vorwärts" über die Sozialdemokratie im „katholischen Deutschland" in Aufregung gerathen. Sie thut sich gelegentlich nicht wenig darauf zu gute, daß in einigen katholischen Gegenden das Vordringen für uns schwieriger ist als anderswo. Die Behauptung aber, zu der sich Pfarrer Lehnen auf dem Katholikentage verstieg, ist sogar der „Kölnischen Volkszeitung" zu toll. Sie schreibt: „Wir halten nun zwar auch die blos „100 000 Stimmen" für eine bedenkliche Selbsttäuschung; aber so wie der „Vorw." es macht, geht es denn doch nicht... Daß katholische Arbeiter für die Sozialdemokratie viel schwerer zu gewinnen sind als protestantische, bestreitet bei anderer Gelegenheit selbst der „Vorwärts" nicht; und das ist doch schließlich der Kernpunkt." — Das stimmt nicht ganz; denn der „Kernpunkt" ist zunächst, daß der Zuwachs der im „katholischen Deutschland" bei der jüngsten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen 19 pCt. gegenüber den Zahlen von 1893 betrug, daß er also dem Wachsthum der Gesammtzahl der in Deutschland abgegebenen Stimmen genau entspricht.

Auch die „Kölnische Zeitung" wendet sich gegen die Behauptung der Zentrumspresse, indem sie u. a. schreibt: „Vollends ein Blick auf das ganz katholische München II, dann auf die Stichwahlen in Mainz, Würzburg und Kronach könnte doch die Zentrumspresse in dieser Hinsicht etwas größere Bescheidung lehren, wenn ihr zu diesem Ende etwa Düsseldorf und Krefeld nicht nahe genug liegen sollten."

Es ist eine durchaus falsche Darstellung, zu sagen, der katholische Glaube schütze vor sozialistischer Erkenntniß. Wer in katholische Gegenden kommt, wird vielfach die Erfahrung machen, daß gerade die besten und eifrigsten Anhänger und Verfechter des Sozialismus ehedem ernste und warme Katholiken waren. Der Glaube ist nicht das Hinderniß, sondern der Erfolg des Zentrums beruht in der Rückständigkeit mancher Gegenden und Schichten und auf den zahlreichen und vielseitigen Machtmitteln und noch viel mehr in der skrupellosen Weise, wie sie angewandt werden. Das weiß Pfarrer Lehnen am allerbesten; weilt er doch da, wo die ultramontane Kampfesweise die unglaublichsten Blüthen hervorbringt; ist doch

die südliche Rheinprovinz der Theil des „katholischen Deutschland", wo die Knüppeltaktik am meisten und ungenirtesten gepredigt und geübt wird. Das ist auch der „Kölnischen Volkszeitung" bekannt. Trotzdem geht sie nicht gegen die Rohheiten ihrer christlichen Mitbrüder an. —

Ultramontane unter sich. Die „Märkische Volks-Zeitung", ein Zentrumsblatt, hatte kürzlich geschrieben, „dem Eintritt einiger Sozialdemokraten in das Abgeordnetenhaus könnte mit größter Ruhe entgegengesehen werden; ein Unglück wäre es jedenfalls nicht." Darob ergrimmte die „Rheinische Volksstimme" und in ihrer Erwiderung nannte sie auch den Namen des Kaplans Dasbach, des Eigenthümers der „Märk. Volks-Ztg." und mehrerer anderer Zentrumsblätter. Dieser brachte darauf eine Entgegnung in der „Trier'schen Landeszeitung" worin folgende Stelle vorkommt:

„Zunächst ist es sehr überflüssig, mich für jedes Wort verantwortlich zu machen, was einer meiner (!) Redakteure schreibt. Ferner aber erlaubt sich die „Rhein. Volksstimme" mit ihren Bemerkungen eine Fälschung."

Militarismus und Ernte. Eine recht bezeichnende Geschichte wird aus Rheinhessen berichtet. Am Sonntag fand in Elsheim eine Versammlung rheinhessischer Landwirthe statt, um gegen die willkürlichen Gelände-Absperrungen durch das Militär zu protestiren. Herr Lichtenstein-Windhäuserhof führte unter anderem aus: Wir sind nicht mehr Herr im eigenen Hause. Die Regierung hat nicht ihre Schuldigkeit gethan, nun, so müssen wir uns selbst helfen. Vor vier Jahren schrieb der Oberst der 118er, Herr v. Puttkamer, an den Redner: „Wir müssen schießen, was geht uns Ihre Ernte an, oder schaffen Sie uns einen anderen Schießplatz!" Es wurde die Hilfe des Kreisrathes angerufen. Er that seine Schuldigkeit — aber ohne Erfolg; nicht mehr erzielte eine Zuschrift an das Ministerium Finger. Dann wanderte eine Beschwerde nach Kassel an das Generalkommando. Der Erfolg aller mühsamen und zeitraubenden Bemühungen war, daß die Zeit der Absperrungen um einige Tage gekürzt wurde.

Eine Interpellation Lichtenstein in der Kammer fand die Unterstützung aller Abgeordneten, nur nicht die des Herrn des Ministers Finger, der allein daran Schuld trägt, daß wir heuer wieder die alte Geschichte haben. Dieses Jahr hat man den Landwirth beim Einbringen seiner Hauptfrucht, der Gerste, schwer geschädigt. Redner hatte, als die Absperrungen dieses Jahr bekannt wurden, wiederum sofort Schritte beim Kreisamt und beim Minister des Innern gethan — erhielt aber keine Antwort und es wurde doch abgesperrt und geschossen. Dem Landwirth gingen neun Tage verloren in einer Zeit, in der er keine Stunde entbehren kann. Herr Lichtenstein richtete eine Eingabe an den hessischen Landwirthschaftsrath, auch hier ohne Erfolg. Sehen Sie, wie machtlos unsere Behörden den Militärbehörden gegenüber sind, und dies hat mir Herr Ministerialrath Braun auch bestätigt. Im landwirthschaftlichen Provinzialverein hat dann Herr Ministerialrath Braun die volle Unterstützung des Ministeriums zugesagt. Erst im Provinzialverein wurde dem Referenten eine Antwort zu theil. „Welchen Rang muß der Mensch in Hessen einnehmen, um seitens der Behörden einer Antwort würdig zu sein?"

Es sprachen noch einige Bürgermeister, worauf eine Eingabe an den Reichstag verlesen und genehmigt wurde.

Die Eingabe schildert die Verhältnisse. Trotz aller Vorstellungen wurde in diesem Jahr wieder inmitten der Ernte eine der fruchtreichsten Gegenden Rheinhessens für längere Zeit zur Ausführung von Scharfschießübungen dem Landwirth unzugänglich gemacht! 1500 Hektar, wovon nicht ein Aar unbebaut liegt, mit zirka 1000 Hektaren schnittreifer Frucht wurden vom 10. bis einschließlich 16. August, soweit es nicht Feiertage waren, von morgens 5 Uhr bis mittags 1 Uhr abgesperrt! Diese Maßregeln sind erfolgt durch die in Mainz garnisonirenden Regimenter der 41. Brigade Nr. 87 und 88 ohne vorherige Vereinbarung mit den Zivilbehörden oder den Grundbesitzern. Es wurde einfach in den Kreisblättern verfügt, daß das Gelände zwischen Wackernheim, Ober-Olm, Essenheim, Elsheim, Sauer-Schwabenheim, Großwinterheim, Ober- und Nieder-Ingelheim für längere Zeit abgesperrt werde. —

Manövernunfall. Aus Kempten wird depeschirt: Das „Staats- und Anzeige-Blatt" meldet aus Nesselwang den folgenden Unfall: Als am Freitag Abend nach beendetem Manöver die Geschütze zusammen gestellt waren und viele Leute sie umstanden, ging eines der Geschütze, dem die Kartusche noch nicht entnommen war, los. Sechs Zivilpersonen wurden verwundet, darunter ein junger Mann lebensgefährlich. Ein Militärarzt war rasch zur Stelle. Der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus, die übrigen in ihre Wohnungen gebracht. —

Die deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften hielten am 3. September in Breslau ihren 18. ordentlichen Verbandstag ab. Der bekannte Baumeister Felisch aus Berlin paradirte mit einer öden Philippika gegen die auf den Ausbau der sozialen Gesetzgebung gerichteten Bestrebungen. Um zu zeigen, was für ein Geist unter den Versammelten wehte, genügt es, mitzutheilen, daß beschlossen wurde, an das Reichs-Versicherungsamt das Gesuch zu richten, es solle „die Anforderung auf zu liefernde außerordentliche Statistiken möglichst beschränken." Der Befürworter dieses, von Hannover gestellten Antrags hatte denselben damit empfohlen, daß weitergehende Angaben nur der Sozialdemokratie agitatorisches Material liefern würden. Von dem anwesenden Vertreter des Reichs-Versicherungsamts war mitgetheilt worden, das Amt sei gern bereit, eine Erleichterung in der Form eintreten zu lassen, für eine Beschränkung der Statistik könne es sich aber nicht erklären.

Aus Elsaß-Lothringen, 4. Sept. (Eig. Ber.) Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß die klerikale Gruppe der Elsässer im Reichstag aus ihrer Sonderstellung herauszutreten und eine engere Fühlung mit der Zentrumspartei zu gewinnen sucht. Auf die Meldung der „Deutschen Reichs-Zeitung", die klerikalen elsaß-lothringischen Abgeordneten beabsichtigten, in Zukunft beim Zentrum zu hospitiren, bemerkt der unter der Leitung eines katholischen Geistlichen erscheinende Straßburger „Volksfreund": „Ob die Nachricht sich bestätigt, bleibt dahingestellt. Gut ist sie jedenfalls, und ein solcher Anschluß an das Zentrum wäre erwünscht. Wie Epheu, wenn er sich um einen Baum rankt, dadurch gestützt wird und in die Höhe wächst, so erhält eine kleine Partei Stütze und Befestigung, wenn sie sich an eine große Partei anschlicht. Nun aber ist die Elsässergruppe die zweitkleinste und das Zentrum die größte Partei im Reichstage." Diese Schwenkung einzelner Führer der klerikalen Landespartei in ihrer Stellung zur Gruppirung der Parteien Altdeutschlands ist ein neuer Beleg für das vollständige Verschwinden des Protestlerthums in Elsaß-Lothringen.

Unser reichsländisches Partei-Organ schreibt: Ein Reichstags-Abgeordneter aus dem Elsaß, der sich mitten in der Session auf den Weg nach Berlin macht und in Straßburg seine Fahrt auf einen Tag unterbricht, weil er durch eine Depesche erfährt, daß die ihn interessirende Abstimmung erst 24 Stunden später stattfinde — ein solcher Musterdeputirter wird uns im „Journal de Colmar" von heute vorgeführt. Leider verschweigt das klerikale Blatt den Namen dieses wackeren Volksvertreters, der sich so sehr davor fürchtet, im Reichstag seine Zeit zu vergeuden. Gehört er vielleicht der klerikalen Partei an, heißt er Spieß, Preiß, Winterer?

Ein Blatt der „patriotards", die antisemitische „Libre parole" in Paris, hatte vor einigen Tagen die folgende seltsam klingende Nachricht gebracht: „Der leitende Ausschuß der Elsaß-Lothr. Partei hat in gerechter schmerzlicher Erregung über den russischen Abrüstungsvorschlag eines seiner Mitglieder nach Paris entsandt mit dem Auftrage, an berufener Stelle Aufklärungen über die Absichten der französischen Regierung zu erlangen." — Dieser Delegirte, so bemerkt dazu die klerikale „Oberels. Landeszeitung" in Mülhausen, der als Botschafter in partibus in einer so heiklen Mission von Elsaß-Lothringen nach Paris reisen soll, existirt offenbar nur in der Einbildung eines allzu phantasiereichen Mitarbeiters des Herrn Drumont.

Ueber einen Preßprozeß wird aus Metz berichtet: Die „Metzer Presse" hatte unlängst gemeldet, daß die Soldaten einer gewissen Kompagnie besonders roh behandelt würden und schlechte Kost bekämen. Der betreffende Hauptmann stellte darauf Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur des Blattes und erzielte dessen Verurtheilung zu einer Geldstrafe von 300 M. —

Kiautschou ist zum Freihafen erklärt worden. Das heißt, allen Nationen ist freier Schiffsverkehr ohne Erhebung von Zöllen gewährleistet. Das entspricht den Ankündigungen, welche die deutsche Regierung schon bei der Festsetzung in Kiautschou gemacht hatte. —

Oesterreich.

Wien, 5. September. („Magdeb. Ztg.") Die Verhandlungen der Regierung mit den Parteiführern scheinen endgiltig aufgegeben zu sein. Graf Thun will die Verhinderung der Ausgleichsberathung durch Obstruktion mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses beantworten. Der bisherige Präsident Fuchs soll wiedergewählt werden. Die Sessionsdauer wird jedenfalls sehr kurz sein. —

Triest, 4. September. Wegen Auslieferung militärischer Geheimnisse an fremde Staaten ist in Clissa bei Spalato ein Geniewerkführer verhaftet worden. —

Ungarn.

Budapest, 4. September. Heute tagten hier mehrere Klubs oppositioneller Parteien. Diejenigen der Nationalpartei und der Volkspartei beschäftigten sich mit der Ausgleichsfrage. Die Volkspartei vermeidet jede Stellungnahme, solange nicht konkrete Vorschläge der Regierung vorliegen. Die Nationalpartei beschloß, in geeigneter Form die Regierung aufzufordern, sich schon jetzt über jene Schritte zu äußern, welche geplant sind, falls ein parlamentarischer Ausgleich mit Oesterreich unmöglich ist. Graf Albert Apponyi betonte, die Partei habe freie Hand, da die Regierung von jenen Prinzipien abgewichen sei, welche sie im vorigen Jahre bei der Verhandlung der Provisoriumsvorlage sich zu eigen gemacht habe.

Franz Kossuth hat in Ausführung eines Beschlusses der Unabhängigkeitspartei für die am Montag stattfindende erste formelle Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Dringlichkeits-Interpellation über den Ausgleich angemeldet und in das Interpellationsbuch eingezeichnet. Die Interpellation ist an den Ministerpräsidenten und an die Gesammtregierung gerichtet und lautet: „1. Welche Absichten hegt die Regierung für den Fall, daß der österreichische Reichsrath sich als arbeitsunfähig erweisen sollte? 2. Nach welchen Grundsätzen beabsichtigt die Regierung, den Anordnungen des § 3 des Gesetzartikels 1 vom Jahre 1898 zu entsprechen? (Es ist dies jene Disposition des im Vorjahre vom Reichstage beschlossenen Gesetzes, welche die Regierung anweist, für die dauernde Regelung der Beziehungen mit Oesterreich auf grund des Selbstbestimmungsrechtes Ungarns vorzusorgen.) 3. Zu welcher Zeit beabsichtigt die Regierung, ihre Vorschläge bezüglich der dauernden Regelung dem ungarischen Reichstage zu unterbreiten, welche, von der Basis des § 68 des Gesetzartikels 12 vom Jahre 1867 ausgehend, den Verfügungen des § 3 des Gesetzartikels 1 vom Jahre 1898 entspricht?" Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Abgeordnetenhaus dem Wunsche Kossuth's willfahren und die Begründung dieser Interpellation sofort am Montag gestatten wird, trotzdem nur eine formelle Sitzung für 12 Uhr anberaumt wurde. Ein anderes ist es, ob die Regierung diese Interpellation sofort beantworten wird, obgleich Ministerpräsident Baron Banffy darauf vorbereitet ist. Möglicherweise werden auch die übrigen oppositionellen Parteien bis zum Montag über die weiter einzureichenden Interpellationen sich geeinigt haben. Für Mittwoch erwartet man die Einbringung des Beschlußantrages des Abg. Karl Eötvös über dieselbe Angelegenheit. In der Freitagsitzung des Abgeordnetenhauses wird Baron Banffy die Schlußrechnung für das Jahr 1897 unterbreiten. Finanzminister Dr. Lukacs wird den Voranschlag für 1899 vorlegen und denselben mit dem Exposé über die finanzielle Lage einbegleiten. Die Regierung wünscht, daß in der Sonnabendsitzung des Abgeordnetenhauses die Verhandlung über Petitionen auf die Tagesordnung gesetzt werde. In diesen politisch bewegten Tagen ist dies der einzige von den Ausschüssen zur Plenarberathung vorbereitete Stoff. —

Schweiz.

Don Karlos in der Schweiz. Das Leiborgan des Chefs des politischen Departements, des Bundespräsidenten Ruffy, die Lausanner „Revue", brachte vor kurzem einen bemerkenswerthen Artikel, betitelt: „Die karlistische Agitation in Spanien". Nachdem das Treiben der Insurgentenbanden geschildert, wird das angebliche Gespräch Don Karlos mit einem Freunde mitgetheilt, laut welchem derselbe vorläufig sich passiv verhalte. Nun fügt die „Revue" hinzu:

„Trotz dieser friedlichen Deklamation scheint Don Karlos sich sehr aktiv mit der karlistischen Bewegung zu beschäftigen, welche, sage er was er wolle, sich in den baskischen Ländern sehr fleißig vorbereitet. In der That kommen täglich karlistische Führer ihn besuchen, empfangen seine Befehle und reisen ab."

Nun folgt ein recht heuchlerischer Schluß:

„Es ist zu hoffen, daß die Ereignisse diesem armen Lande, welches schon ruinirt ist durch die Reaktion und den Klerikalismus, das nicht mehr gut zu machende Unglück einer karlistischen Beherrschung der Regierung erspart bleiben werde, welche erklärt, sich nur von den alten absolutistischen Grundsätzen leiten lassen zu wollen. Es wäre die Reaktion in der höchsten Potenz, der Verlust des bischen Freiheit, welche den Spaniern unter den mäßig liberalen Regierungen der letzten Jahre noch übrig blieb."

Der demokratische „St. Galler Stadt-Anzeiger" bemerkt hierzu:

Unter Herrn Ruffy werden die ehrlichen Leute, welche nach Freiheit für ihr Vaterland streben, ausgewiesen oder brutal und summarisch ausgewiesen. Vornehme Verschwörer aber, wie Don Karlos, welche Umsturzkomplotte anzetteln, um den Absolutismus einzuführen und die Freiheit zu erdrosseln, werden geduldet und dürfen am hellen Tage von Luzern aus die Brandfackel des Bürgerkrieges anzünden. . . . Die Kleinen und Armen fängt man, vor den Großen und Reichen verneigt man sich.

Um den braven Vergnanini auszuweisen, hat man von Italien über seine Vergangenheit sich berichten lassen. Wegen Don Karlos kann sich der bequeme Herr Bundesanwalt diese Mühe sparen. Bei der letzten karlistischen Insurrektion hat sich Don Karlos als ein wahres Scheusal gezeigt. Die Mord- und Brandthaten, die in seinem Namen verübt wurden, waren in allen Zeitungen zu lesen! —

Dänemark.

Die Wahlen zum dänischen Landesthing (Oberhaus). Am Freitag fanden die Ersatzwahlen zum dänischen Landesthing von 27 ausgeschiedenen Abgeordneten statt. Natürlich ist das Gesammtresultat noch nicht zu übersehen, da die Ergebnisse aus den Landbezirken noch nicht festgestellt sind. Trotz des jammervollen Wahlrechts behauptete in Kopenhagen die Opposition ihre drei Mandate (1 Liberaler, 2 Sozialdemokraten) mit riesig wachsender Stimmenzahl. (1890 hatte die „Rechte" im ganzen 20 372 Stimmen, die Opposition 18 510, jetzt hat die Opposition: 24 271 Stimmen, die Rechte nur 9002.) Die Opposition hat also um 6000 Stimmen zugenommen, die Rechte ist um 11 000 Stimmen zurückgegangen.

Außerdem hat die Opposition in den Städten Aalborg, Hjörring, Aarhus (Nordkreis) und Rönne stark zugenommen, was von erheblichem Einfluß für die Vertretung dieser Wahlbezirke sein wird.

Nordseeland, Nordjytland, Kreis Aarhus-Randers werden der Opposition zufallen. Man hofft auf Eroberung von 2 Mandaten auf den Inseln (1 davon für die Sozialdemokratie) und 3 in Jytland (wovon 1 für die Sozialdemokratie).

Die Liberalen haben sich bei den Wahlen überaus rege betheiligt, die Sozialdemokraten erschienen Mann für Mann an der Wahlurne.

Das Riesenemporschnellen der Sozialdemokratie ist in vielen Kreisen besonders bemerkbar. In zahlreichen Landkreisen haben sie Wahlmänner durchgebracht.

Im Aalborg-Kreise siegte definitiv die Opposition (7 Sozialdemokraten, 7 Radikale) mit 1388—1301 Stimmen. (Die Rechte bekam 1227.) 1890 siegte die Rechte mit 990 Stimmen gegen 885 der Opposition.

Im Aarhus-Kreise siegte die Opposition mit 1412 Stimmen gegen 1309 der „Rechten". (1890 hatte diese 1440, die Opposition enthielt sich der Wahl.)

Als sicheres Resultat steht bereits fest, daß die Sozialdemokratie im Landesthing 4 Mandate erringt, statt der bisherigen zwei. —

Italien.

Rom, 5. September. Heute Abend werden die amtlichen Erlasse veröffentlicht werden, durch welche der Belagerungszustand in den Provinzen Florenz und Mailand aufgehoben wird. —

Spanien.

Madrid, 4. September. Dem Vernehmen nach wird sich der Senat zunächst mit einem Indemnitätsantrag bezüglich der Aufhebung der konstitutionellen Garantien beschäftigen, während die Kammer sich über die Bevollmächtigung zu den Friedensverhandlungen schlüssig machen wird. General Weyler ist hier eingetroffen, zahlreiche Freunde erwarteten ihn an der Bahn.

Blättermeldungen zufolge hätte es Leon Castillo abgelehnt, an der Kommission für die Friedensverhandlungen theilzunehmen.

Man versichert, zur Bezahlung der kubanischen Schuld von 1886 werde eine Anleihe abgeschlossen werden, doch erst später, da die Regelung der gesammten kubanischen Schuld Sache der Pariser Konferenz sei.

Der Dampfer „Maria Christina" ist mit den von Kuba zurückkehrenden Soldaten in Corunna eingetroffen.

General Jaudenes hat sich dahin ausgesprochen, es bedürfe, um die Wiederherstellung der spanischen Oberhoheit auf den Philippinen zu sichern, einer ständigen Besatzung von 60 000 Mann, sowie eines zahlreichen Kriegsmaterials und einer Flotte. —

Rußland.

Ein „Offener Brief an die Polnische Sozialistenpartei" ist uns von der Parteileitung der litthauischen Sozialdemokratie im Auftrage der organisirten litthauischen Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Bitte um Veröffentlichung übersandt worden. Da aber der „Brief" zu umfangreich für unsere Zeitung ist, sind wir genöthigt, uns auf die Wiedergabe des wesentlichen Theiles seines Inhaltes zu beschränken.

Der Brief beginnt mit einer Schilderung der Entstehung und Entwickelung der — in Deutschland noch fast gar nicht bekannten — Arbeiterbewegung unter den litthauischen Arbeitern in Rußland. Eine solche begann sich zu entwickeln seit dem Jahre 1893 und zwar zunächst unter der intelligentesten Arbeiterschicht der beiden größten Städte Russisch-Litthauens, Wilna und Kowno. Es waren bereits früher seitens der polnischen Sozialisten Versuche gemacht worden, eine Agitation unter den litthauischen Arbeitern einzuleiten, aber diese Versuche waren erfolglos geblieben, weil die Stimmung und Richtung jener Agitatoren von der litthauischen Arbeiterschaft, welche jedweder Bewegung fern gestanden hatte, nicht verstanden werden konnten. Erst nachdem eine zweijährige Propaganda in geheimen kleinen Arbeiterzirkeln stattgefunden hat, durch welche eine Reihe von Arbeitern, welche zu agitatorischer Thätigkeit fähig sind, herangebildet worden sind, wurde im Jahre 1895 eine Taktik festgelegt, welche geeignet war, eine Bewegung in die arbeitende Masse zu bringen. In jenem Jahre entstand eine Bewegung unter den Fabrikarbeitern Litthauens zu gunsten einer Besserung ihrer Lebensverhältnisse, wie auch Organisationen zu diesem Zwecke, so z. B. unter den Lederarbeitern, den Arbeitern der Holzsägereien, der Kachel- und Kieselsteinfabriken, Mühlen 2c. Im Jahre 1896 erstarkte diese Bewegung und führte zu bemerkenswerthen Verbesserungen in der Lage der in den Kampf getretenen Arbeiter. Nach der Maifeier jenes Jahres wurde die erste litthauische Partei-Organisation begründet, im Auslande erschienen die Nr. 1 der Revue: „Der litthauische Arbeiter" (in litthauischer und in polnischer Sprache) sowie die Broschüren: „Das Programm der litthauischen sozialdemokratischen Partei" (litthauisch), „Die Lage der Schlosser in Wilna" und „Materiale für das litthauische sozialdemokratische Programm" (in polnischer Sprache.) Es war auch eine Gruppe entstanden, welche sich mit Herausgabe von litthauischen sozialistischen Broschüren speziell für die ländliche Bevölkerung befaßte. (Bis 1898 sind stets solche Broschüren herausgegeben worden.) Im Jahre 1897 beschloß eine litthauische Parteikonferenz außer wirthschaftlichen auch politische Forderungen aufzustellen und für sie zu agitiren und zwar für die Rechte, welche der Arbeiterschaft am nothwendigsten sind, für das Versammlungs- und Vereinsrecht und die Preßfreiheit. Es begann eine energische Flugblätteragitation in polnischer und litthauischer Sprache und durch ein Arbeiterblatt: „Echo des Arbeiterlebens". Die Wirkung der Flugblätter war, daß die Arbeiter, welche zum Streiken aufgefordert wurden, sofort die Arbeit niederlegten und die in diesen Blättern vorgezeichneten Forderungen aufstellten. Die Regierung gab sich nun die größte Mühe, die Bewegung zu bekämpfen. Verhaftungen und Ausweisungen der Arbeiter nach ihren Heimathsorten wurden zu einer alltäglichen Erscheinung. Die Verfolgungen seitens der Polizei haben aber keineswegs die Energie der litthauischen Arbeiter geschwächt, sie führten vielmehr zur Ausbildung eines politischen Selbstbewußtseins unter ihnen. Im gegenwärtigen Jahre wächst die Bewegung weiter an. Es gelangen zahlreiche Flugblätter zur Verbreitung. Streiks hören nicht auf. Im Auslande ist im Januar die Nr. 2 des „Litthauischen Arbeiters" erschienen. Zugleich sind innige Beziehungen mit den litthauischen Sozialdemokraten in Amerika angeknüpft worden, dort leben einige hunderttausend litthauische Arbeiter, für welche zwei sozialdemokratische Wochenschriften: „Dartiwinkas" und „Vienyte", herausgegeben werden.

Der vierte Parteitag hat nun unter anderem auch Stellung zu den revolutionären Strömungen in Litthauen genommen und indem er einerseits dem polnischen zentralen Arbeiterkomitee den Auftrag gegeben hat, mit jenen litthauischen Gruppen, welche die Agitation in litthauischer Sprache betreiben, enge, auf gegenseitiger Unterstützung beruhende Beziehungen anzuknüpfen, insofern diese Gruppen eine Feindschaft zum polnischen Volke nicht anfachen — dieser Beschluß bezieht sich offenbar auf die bäuerlich-demokratische Bewegung in Litthauen — wurde andererseits betreffs der litthauischen Sozialdemokratie der folgende Beschluß gefaßt:

„In Erwägung, daß in Litthauen eine große Anzahl von Proletariern leben, welche nicht litthauisch sprechen, mit dem polnischen Proletariat aber aufs innigste durch die gemeinsame Sprache und historischen Traditionen verbunden sind, daß weder die politischen noch die ökonomischen Forderungen dieses Proletariats eine aparte Organisation nöthig machen, welche ihm die Gruppe unter dem Namen „Litthauische Sozialdemokratie"*) aufzwingt,

sieht der Parteitag keinen genügenden Grund ein für das Bestehen dieser litthauischen Sozialdemokratie und schlägt dem Zentral-Arbeiterkomitee vor, mehr Aufmerksamkeit als bisher der Entwicklung des politischen Selbstbewußtseins in diesem Proletariat und der Vereinigung desselben mit der polnischen Sozialistenpartei zu widmen. Eine Folge dieses Beschlusses des Parteitages ist, daß gegenwärtig verschiedene Personen aus den Reihen der polnischen Sozialistenpartei die litthauische Sozialdemokratie angreifen, einem jeden Arbeiter, welcher sich bereit erklärt, gegen die litthauische Parteiorganisation zu kämpfen, unbedingtes Vertrauen schenken, mit einem Wort, alle Kräfte anspannen, um die litthauische Sozialdemokratie zu vernichten und die polnische Sozialistenpartei ihren Platz einnehmen zu lassen.

---

*) Im „offenen Brief" wird bemerkt, daß aus der Thatsache, daß die städtischen Arbeiter in Litthauen polnisch sprechen und die Agitation unter ihnen in dieser Sprache geführt werden muß, die polnische Sozialistenpartei um so weniger ein Monopolrecht für sich auf Agitation unter diesen Arbeitern abzuleiten berechtigt ist, als sie selbst eine Agitationsliteratur für deutsche, weiß-russische und jüdische Arbeiter in deren Sprache herausgiebt.

Diese Stellung der polnischen Sozialistenpartei zur litthauischen Arbeiterbewegung bewog die organisirte litthauische Arbeiterschaft, den folgenden Beschluß zu fassen:

„Wir litthauischen Arbeiter und Arbeiterinnen verschiedener Gewerkschaften, Mitglieder der litthauischen Sozialdemokratie, beschließen, gegen das bisherige Verhalten der polnischen Sozialistenpartei gegenüber der litthauischen Arbeiterbewegung öffentlich unseren Protest auszusprechen . . . . . Die auf dem letzten polnischen Parteitage angenommene Resolution betreffend die litthauische Partei ist eine unberufene Einmischung der polnischen Sozialistenpartei in die Angelegenheiten unserer litthauischen Arbeiterbewegung, es hat niemand dem Parteitage eine Vollmacht gegeben, Beschlüsse über unsere Organisation zu fassen. Abgesehen davon, daß ein feindseliges Verhalten gegenüber der im Wachsthum begriffenen organisirten litthauischen Arbeiterbewegung großes Unheil anrichten kann, steht die Stellung, welche die polnische Partei gegenüber der litthauischen Sozialdemokratie eingenommen hat, in einem schroffen Widerspruch mit den Grundprinzipien der internationalen Sozialdemokratie. Diese hat auf allen ihren internationalen Kongressen (so auch auf dem Londoner) den Arbeitern einer jeden Nationalität das Recht zuerkannt, sich selbständig zu organisiren. Die polnische Sozialistenpartei, welche dieses Recht für sich in Anspruch nimmt und für eine Selbständigkeit der polnischen Arbeiterbewegung eintritt, spricht nicht allein den litthauischen Arbeitern dasselbe Recht ab, sondern bemüht sich noch, eine selbständige Entwickelung der litthauischen Sozialdemokratie zu verhindern. . . . Wir fordern die polnische Partei auf, den Kampf gegen unsere Bewegung einzustellen, wir fordern dies umsomehr, als wir nicht im Zweifel darüber sind, daß die polnischen Arbeiter, zu welchen wir seit den ersten Augenblicken des Erwachens unseres Selbstbewußtseins die tiefste Bruderliebe empfinden und mit welchen wir bereit sind, Hand in Hand gegen unseren gemeinsamen Feind zu kämpfen, uns dieselben Gefühle entgegenbringen."

Wir wollen hoffen, daß unsere polnischen und litthauischen Genossen in Rußland möglichst bald zu einem brüderlichen Einvernehmen gelangen, es liegt das ja im Interesse der beiderseitigen Bewegung. —

Türkei.

Konstantinopel, 5. September. In amtlichen türkischen Kreisen wird die Meldung eines auswärtigen Blattes über eine angebliche Niedermetzelung von 300 Personen, zumeist Frauen, in Musch (Vilajet Erzerum) als völlig unbegründet bezeichnet. —

Asien.

Industrielle und soziale Probleme in Japan. Wie wir schon häufig ausgeführt haben, schreibt die „Engineering", ist Japan dadurch, daß es westliche Zivilisation und Industrialismus angenommen hat, sozialen und ökonomischen Problemen gegenübergestellt, die den Gegenstand eifriger Erörterung in den dortigen Zeitungen bilden. Wenn auch einzelne von diesen übertreiben, so läßt sich doch nicht leugnen, daß bei dem wachsenden Wohlstand des Landes sich einzelne große Vermögen bilden, während andererseits die Armuth der niederen Klassen zunimmt. Ein Blick auf die japanischen Zeitungen zeigt, daß Arbeitseinstellungen in allen Industriezweigen und allen Theilen des Landes stattfinden. In der Textilindustrie schließen sich die Unternehmer zusammen nicht nur gegen die Forderungen ihrer Arbeiter, sondern auch gegen „unlauteren Wettbewerb" ihrer eigenen Kollegen. Von anderen ökonomischen Fragen wird viel diskutirt, die Verstaatlichung der Eisenbahnen, Grundsteuer, Einkommensteuer und Währungsfrage.

Infolge des Steigens der Arbeitslöhne sind die Preise der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände enorm gestiegen. Mehr als verdoppelt hat sich seit Januar 1897 der Preis für Kohlen, Salz, Eier, Oel, Kupfer, Leinwand, Gerste, Nutzholz, Reis, Mehl. Der Durchschnittspreis von vierzig angegebenen Artikeln stieg um 80 pCt. Die Wirkung des größten Theiles der Lohnerhöhungen ist dadurch aufgehoben und nur in den Zweigen, in denen eine größere Geschicklichkeit und Kunstfertigkeit erforderlich ist, sind die Lohnerhöhungen erheblicher. Der Unterschied der in Europa und Japan gezahlten Löhne ist zwar trotzdem immer noch beträchtlich, nimmt aber von Jahr zu Jahr ab, eine Thatsache, die man bei Betrachtung über die Zukunft Ostasiens nicht außer acht lassen darf. —

Zur preußischen Landtagswahl.

Nicht viel weniger Tinte und Druckerschwärze wie über den Hamburger Parteitagsbeschluß, ist in letzter Zeit über den Berliner Beschluß verwendet worden. In der liebenswürdigsten Weise wurde von den verschiedenen Partei-Organen den Berlinern klar gemacht, daß sie die Berliner Verhältnisse eigentlich gar nicht richtig erkannt haben, denn sonst mußten sie einen anderen Beschluß fassen. Ein Organ hat sich dadurch bewogen gefühlt, festzustellen, daß es sich „in der Intelligenz der Berliner Genossen geirrt habe".

Die Blätter aber, welche fortwährend dafür eintraten, daß man Bündnisse und Kompromisse mit anderen Parteien abschließen müsse oder sofort für die Freisinnigen einzutreten habe, entdeckten plötzlich ihr Parteigewissen und verwiesen die Berliner Genossen strenge auf den Parteitagsbeschluß. Beängstigend wurde die Anzahl der Artikel, die oft so übereinstimmten, daß man glaubte, sie seien nach einer Eingebung gewissermaßen fabrikmäßig hergestellt, und eine Philosophie entwickelten, mit der sich der selige Leibniz gewiß nicht einverstanden erklären würde.

Nun, die Berliner Genossen scheinen das nicht zum ersten Male zu erleben, denn so recht zerknirscht und bußfertig haben wir eigentlich noch niemand gesehen.

Als letzter Kämpe trat nun der Genosse Bebel auf und hielt den Berliner Genossen eine donnernde Philippika.

Wir stimmen mit dem Genossen Bebel nun darin gewiß überein, daß es das gute Recht jedes Genossen ist, seine Meinung zu sagen, gleichgiltig, an welcher Stelle er steht, und daß sein Wort soviel gilt, wie das jedes anderen Genossen, — nicht mehr, nicht weniger —; gegen den Artikel müssen wir uns aber doch wenden.

Der Genosse Bebel wirft den Berliner Genossen vor, sie hätten gegen den Parteitagsbeschluß gehandelt. Wo? fragen wir.

Wenn man den Parteitagsbeschluß nur dem Buchstaben gemäß nimmt, dann kann man allerdings zu dieser Auffassung kommen. Es heißt darin: „Die Betheiligung . . . ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen." Die rein äußerliche Möglichkeit ist hier in Berlin vorhanden, das ist nicht zu bestreiten; aber handeln wir, wenn wir uns betheiligen, auch dem Sinne des Beschlusses gemäß?

Soll der Hamburger Beschluß überhaupt einen Sinn haben, so kann es nur der sein, die Reaktion zu schwächen. Das kann nur erreicht werden durch direkte oder indirekte Unterstützung der bürgerlichen Opposition — da wir durch eigene Kraft keinen Kandidaten durchsetzen können und die Ansicht, Kompromisse mit den Gegnern abzuschließen, um dadurch Mandate zu erringen, abgelehnt ist. Für die so gestellte Resolution Bebel (mit dem Amendement Mittag) stimmte u. a. Arons, Auer, Bebel u. s. w.

Der Antrag, direkt für die Freisinnigen einzutreten, wurde von Auer auf dem Parteitag zurückgezogen. Wir fragen nun: Was hatten die Berliner zu thun, um dem Parteitagsbeschluß gerecht zu werden?

„Wahlmänner wählen zu lassen, um die Reaktion zu schwächen", trifft für Berlin nicht zu, da ohnehin Freisinnige gewählt werden.

„Wahlmänner wählen zu lassen, um durch Kompromisse Mandate zu erringen", ist glücklicherweise durch die Resolution Bebel verboten.

Bliebe übrig, daß wir Wahlmänner wählen ließen, nur um wählen zu können. Für diese Komödie ist aber in Berlin kein Genosse zu haben.

Das bewegt den Genossen Bebel aber auch nicht. Deutlicher wird er weiter unten, wo er ausführt, es wäre möglich, so viel Wahlmänner durchzusetzen, daß wir die Gegner zwingen könnten, uns etliche Mandate zuzugestehen. Ja, Genosse Bebel, wo bleibt da der Hamburger Beschluß? Die liebevolle Erwärmung für die Karlsruher Genossen hindert nicht, daß dergleichen Dinge durch den Hamburger Beschluß verboten sind.

Wie stehen nun die Dinge?

Man will uns den Vorwurf machen, wir halten den Parteitags-Beschluß nicht und empfiehlt uns, gegen den Beschluß zu handeln.

Hiergegen erheben wir energisch Protest!

Und nun noch eins: Wochenlang hat man in der ungenirtesten Weise gegen den Hamburger Beschluß agitirt, indem man für die sofortige Unterstützung der Freisinnigen oder für Kompromisse eintrat. Da hat sich kein Parteigewissen geregt, erst der Berliner Beschluß hat es ihnen angethan. Und nun in der Polemik: nach rechts zarte Worte, nach links scharfer Tadel! Ist das ein Zufall oder Charakteristikum?

Wenn der Genosse Bebel die Genossen im übrigen Preußen auffordert, sich durch das Beispiel der Berliner nicht beirren zu lassen, so rathen wir den Genossen: Ueberlegt Euch erst sorgfältig, ob Ihr für die Parteien, welche etliche sonderbare Schwärmer in der Partei leider jetzt auch schon zur „bürgerlichen Opposition" rechnen — das Zentrum und die Nationalliberalen — eintreten könnt; hütet Euch vor Kompromissen, welche korrumpirend wirken müssen; lehrt unsere Arbeitsgenossen kämpfen, aber nicht im Heerbann der bürgerlichen Parteien!

Die Vertrauensleute
von Berlin, Teltow-Beeskow und Nieder-Barnim.

Partei-Nachrichten.

Die Kreis-Konferenz für die Ostprignitz, die am 4. September in Pritzwalk tagte, war von 8 Delegirten besucht. Aus den Berichten ist das folgende hervorzuheben: Die Wahlkosten betrugen 646,40 M.; Versammlungen konnten nur fünf abgehalten werden. Unsere Presse ist in dem Kreise sehr schwach vertreten. Dennoch hat sich trotz der im allgemeinen schwächeren Wahlbetheiligung und trotz der niederträchtigen Kampfesweise der Gegner unsere Stimmenzahl von 1330 im Jahre 1898 auf 1731, von 11,19 pCt. auf 15,21 pCt. vermehrt. Allgemein wurde aus den Orten berichtet, daß die ländliche Arbeiterbevölkerung der Wahl sich aus Furcht ferngehalten habe und daß gegen das geheime Wahlrecht auf den Dörfern in gröbster Weise verstoßen worden sei. Man war sich einig, daß diesem Zustande nur durch Ausbreitung und Stärkung der Organisationen abgeholfen werden könne; es wurde daher ein Organisationsplan festgesetzt, wonach künftig gearbeitet werden soll. Auch soll die „Brandenburger Zeitung" mehr als bisher im Kreise verbreitet werden. Von der Betheiligung an der Landtagswahl nahm man Abstand. (Den Beschluß hierüber siehe unter der Rubrik „Preußische Landtagswahlen".) Zur Provinzialkonferenz wurden die Genossen Sassenbach und Weydig delegirt. Falls die Kosten aufgebracht werden, wird auch ein Delegirter zum Parteitag nach Stuttgart gesandt werden. Zum Kreis-Vertrauensmann wurde Weydig, zum Stellvertreter Sperling gewählt.

Abends wurde eine sehr gut besuchte Volksversammlung abgehalten, Sassenbach referirte.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeiter der städtischen Kanalisation haben das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen, um die Beilegung verschiedener Differenzen herbeizuführen, die in den letzten Wochen zwischen ihnen und der Verwaltung ausgebrochen sind.

Der Verband der Glasschleifer macht darauf aufmerksam, daß bei der Firma Koch u. Bein, Ritterstr. 49, die Forderungen der Glasschleifer bisher nicht anerkannt sind und deshalb vor Zuzug gewarnt wird.

Die ausgesperrten Maurer und Zimmerer in Spandau haben am Montag durch drei gewählte Personen (Lemme, Stolz u. Blanke) die Vermittlung des Einigungsamtes in Spandau angerufen.

Die Aussperrung der Bauhandwerker in Magdeburg. Der Arbeitgeberverband will sich auf keinerlei Verhandlungen einlassen. Weder will er die Kommission zwecks Schlichtung der Streitigkeiten und Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen noch die bereits bestehende Organisation der Arbeiter anerkennen. Demgegenüber ist nochmals festzustellen, daß sich die Arbeiter bereit erklärt haben, die Arbeit zu den bisher gezahlten Löhnen von im allgemeinen 43 Pfennig für Maurer und Zimmerer, 38 Pf. für Bauarbeiter, und den sonst bisher üblichen Arbeitsbedingungen aufzunehmen und auch die infolge der Aussperrung Magdeburg verhängte Sperre vollständig aufzuheben. Diese Arbeitsbedingungen waren frühere Vereinbarungen zwischen Unternehmer und Arbeiter — neue Lohnforderungen haben die Ausgesperrten also nicht gestellt. Sodann haben dieselben gewünscht, daß gegen Ende dieses Monats mit einer Kommission, wie dieselbe in dem Protokoll über die gepflogenen Unterhandlungen vor dem Herrn Oberbürgermeister Schneider festgesetzt, in Unterhandlung zu treten ist, um

a) gemeinschaftlich auf grund des von dem Arbeitgeberverband selbst angezogenen Protokolls einen Arbeitstarif auszuarbeiten, und

b) die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das nächste Jahr, vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Mandatgeber zu vereinbaren.

So ist denn der Kampf durch das starrköpfige Verhalten der Unternehmer, die eine demüthige Unterwerfung der Arbeiter ohne jede Verhandlung fordern, verschärft und der Beschluß der Bauhandwerker, auch auf den übrigen Bauten die Arbeit einzustellen, wenn eine Verhandlung abgelehnt würde, zur Ausführung gekommen. Die Zahl der Ausständigen und Ausgesperrten hat sich um 500 vermehrt und befinden sich somit 2000 Bauhandwerker im Ausstand. Dieses rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer wird im ganzen Lande die lebhafteste Sympathie für die Ausgesperrten entfachen und wir sind überzeugt, den Bauhandwerkern wird in dieser über sie frivol verhängten Aussperrung auch die materielle Unterstützung der Arbeiterschaft sicher sein.

Soziales.

Preußisches Gewerbe-Inspektorat. Der Gewerbe-Inspektor Niemeyer in Mühlhausen i. Th. ist vom 10. September an in gleicher Eigenschaft nach Erfurt versetzt; mit der Verwaltung der Inspektion in Mühlhausen i. Th. ist von demselben Zeitpunkt an der Inspektionsassistent Liebig in Waldenburg i. Schl. kommissarisch betraut.

Mit Panken und Trompeten begrüßt der Leibjournalist des Zentralverband deutscher Industrieller, Herr Schweinburg, die Entwicklung der Arbeiterorganisation in — Japan. Das ferne ostasiatische Inselreich ist durch den Uebergang zum Maschinensystem im Bunde mit den niedrigen Arbeitslöhnen, die es bisher zahlte, ein nicht zu unterschätzender Konkurrent der europäischen Exportindustrie geworden. Die japanischen Arbeiter sind aber keine chinesischen Kulis, die ja mit allem zufrieden sein sollen, sondern sie nutzen den guten Geschäftsgang aus und verlangen höhere Löhne. Frohlockend schreibt Herr Schweinburg: Am stärksten ist der Aufschwung der Löhne in den kunstgewerblichen Betrieben. Dort ist die Nachfrage nach tüchtigen Kräften eine so intensive, daß die Arbeiter vielfach in der Lage sind, von sich aus die Bedingungen, unter denen sie eintreten wollen, festzustellen.

Die japanischen Arbeiter können das natürlich auch nur im Wege der Organisation. Den deutschen Arbeiter aber möchten die Industriellen, für die Herr Schweinburg sich literarisch prostituirt, am liebsten das ganze Koalitionsrecht genommen wissen; wenn es nach ihnen ginge, so würde der deutsche Arbeiter noch schlechter bezahlt als der japanische und chinesische, denn um so leichter könnten sie auf dem Weltmarkte konkurriren.

Soziale Rechtspflege.

Weil er am Sonntag Vormittag nicht zur Arbeit kam, war der Schlächter B. von dem Schlächtermeister Goldmann entlassen worden. B. klagte darauf beim Gewerbegericht gegen G. und verlangte eine Lohnentschädigung, indem er betonte, er habe an jenem Sonntage eine Landpartie gemacht und den Beklagten davon vorher in Kenntniß gesetzt. Im übrigen habe für den Sonntag keine Arbeit vorgelegen. Die Beweiserhebung ergab, daß Goldmann auf den Wunsch des Klägers, am Sonntag dem Betriebe fern zu bleiben, erklärt hatte, er müsse kommen, um zu kassiren und die Pferde zu besorgen. Die Kammer VI des Gewerbegerichts wies mit Rücksicht hierauf die Klage zurück und der Vorsitzende führte noch aus, da der Sonntag Vormittag unbestritten zur Arbeitszeit des Klägers gehörte, so liege in seinem Verhalten eine Arbeitsverweigerung, die zur sofortigen Entlassung berechtige.

Eine Restlohnforderung in Höhe von 17,90 M. machte der Nachtportier Z. gegen den Hotelier Kort vor dem Gewerbegericht geltend. Der Beklagte wandte ein, der Kläger habe ein Packet, das ihm als Portier des Hotels anvertraut worden sei, abhanden kommen lassen und müsse mit seinem Lohn dafür haften. Z. bestritt, zum Schadenersatz verpflichtet zu sein. Er habe seine Loge öfter verlassen müssen, da ihm auch die Bedienung des Fahrstuhls und des Telephons obgelegen habe. Der Beklagte mußte das zugeben, er blieb aber dabei, daß der Portier ersatzpflichtig sei, wenn ein seiner Obhut anvertrautes Packet verschwinde. Das Gewerbegericht verurtheilte jedoch Herrn Kort, dem Kläger seinen Lohn auszuzahlen und führte aus: Z. brauche nur für einen Schaden aufkommen, den er selbst verschulde; ein Verschulden seinerseits sei aber nicht dargethan worden und sei um so weniger anzunehmen, als Kläger außer in seiner Loge auch noch am Fahrstuhl und am Telephon zu thun gehabt habe.

Gerichts-Zeitung.

Eine böse Stiefmutter empfing gestern vom hiesigen Schöffengericht ihren Lohn für die unmenschliche Behandlung, die sie ihrem Stiefkinde hat angedeihen lassen. Die Fabrikarbeiterin Frau Liebich soll nach dem Zeugniß zahlreicher Nachbarinnen die ihrer Obhut anvertraute Stieftochter Anna zum Zielpunkt ihres Jähzorns gemacht und das ihr zustehende Züchtigungsrecht in einer Weise überschritten haben, daß sich schließlich die Hausbewohner des bedauernswerthen Mädchens annahmen und dafür sorgten, daß es dem Bereiche der stiefmütterlichen Gewalt entzogen wurde. Die kleine Märtyrerin machte gestern vor Gericht von dem Rechte der Zeugnißverweigerung Gebrauch, die Qualen, die sie erlitten, wurden aber von zahlreichen Zeugen recht anschaulich geschildert. Nach den Behauptungen derselben sollen Mißhandlungen mit dem Schrubber, dem Feuerhaken oder den Stiefelabsätzen an der Tagesordnung gewesen sein, einmal soll die Angeklagte dem Mädchen mit einer Scheere ein Loch in den Kopf gestoßen, zu anderen Malen das nur mit Hemd bekleidete Kind in kalter Winternacht ausgesperrt und auf dem Flur haben kampiren lassen 2c. 2c. Die Angeklagte behauptete, daß sie gezwungen gewesen sei, gegen das Mädchen streng vorzugehen und es wiederholt zu züchtigen und daß die gegen sie erhobenen Beschuldigungen arge Uebertreibungen der ihr feindlich gesinnten Belastungszeugen darstellten. Der Staatsanwalt hielt dagegen für nachgewiesen, daß die Angeklagte das ihr zustehende Züchtigungsrecht in gröblicher Weise überschritten habe und beantragte 9 Monate Gefängniß. Auch der Gerichtshof war der Meinung, daß das Verhalten der Angeklagten, welches der Vorsitzende als „mehr wie viehisch" bezeichnete, eine strenge Strafe verdiene. Es wurde daher auf 6 Monate Gefängniß erkannt.

Eine Privatklage des Pfarrers Witte beschäftigte gestern wieder einmal die Berufungs-Strafkammer des Landgerichts I. Pfarrer Witte hatte gegen den Gemeindelehrer Kolbe die Privatklage angestrengt unter der Behauptung, daß dieser in einer Versammlung von Mitgliedern der St. Golgatha-Gemeinde vom 14. August 1891 über ihn beleidigende Mittheilungen gemacht habe. Der Privatbeklagte soll danach in jener Versammlung die Behauptung aufgestellt haben: Pfarrer Witte, der den damaligen Hilfsprediger Crolow anscheinend besonders protegirte, habe über dessen Privatleben Aeußerungen gemacht, die denselben in der öffentlichen Achtung stark herabsetzen mußten. Das Schöffengericht hatte seinerzeit den Lehrer Kolbe für schuldig befunden, ihn aber nur zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt. Hiergegen legte Justizrath v. Gordon für den Privatkläger, Rechtsanwalt Lattermann für den Verurtheilten die Berufung ein. Nach eingehender Erörterung der thatsächlichen Verhältnisse und nach Vernehmung des Stenographen Roller, der die Verhandlungen jener Versammlung vom 14. August 1891 stenographirt hatte, endete diesmal die Verhandlung damit, daß die Berufung des Privatklägers verworfen, auf die Berufung des Privatbeklagten dagegen das erste Urtheil aufgehoben und auf Freisprechung erkannt wurde. Die Kosten wurden dem Pfarrer Witte auferlegt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schönhausen a. d. Elbe, 5. September. (W. T. B.) Beim Salutschießen anläßlich der vom hiesigen Kriegerverein gestern veranstalteten Sedanfeier entzündete sich vorzeitig die Pulverladung eines Geschützes. Drei Personen wurden erheblich verletzt. —

Leipzig, 5. September. (W. T. B.) Die Theilnehmer an der Arbeits-Nachweis-Konferenz, die heute unter dem Vorsitz des Dr. Martens aus Hamburg in Leipzig abgehalten wurde, faßte folgende Resolution: „Die Versammlung spricht ihre Ueberzeugung dahin aus, daß im Interesse des Groß- und Kleingewerbes der Arbeitsnachweis von den Arbeitgebern zu organisiren und zu handhaben ist."

Budapest, 5. September. (W. T. B.) In einer Konferenz der Unabhängigkeitspartei wurde der Abg. Eötvös beauftragt, im Abgeordnetenhause ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung wegen ihrer Haltung in der Ausgleichsfrage zu beantragen.

Paris, 5. September. (W. T. B.) General Zurlinden nahm das Kriegsportefeuille an, nachdem ihm Ministerpräsident Brisson gleichzeitig mit seinem Ersuchen um Uebernahme des Portefeuilles das Schreiben des Justizministers Sarrien hatte zukommen lassen, in welchem dieser vom Kriegsministerium die Uebermittelung des Protokolls über die Geständnisse des Oberstlieutenants Henry und die Akten des Dreyfus-Prozesses verlangt. General Zurlinden nahm das Portefeuille mit dem Ausdruck des lebhaften Bedauerns darüber an, daß er den Posten des Militär-Gouverneurs von Paris verlasse. Auf Verlangen des General Zurlinden wurde vereinbart, daß er die Akten durchsehen könne, bevor dieselben an den Justizminister gelangten, damit er, mit der Angelegenheit völlig vertraut, an den Ministerberathungen theilnehmen könne. — Morgen Vormittag treten die Minister im Elysee zu einer Berathung zusammen.

Madrid, 6. September. (W. T. B.) Senat. Der Minister-Präsident Sagasta verlas ein Dekret, durch welches die Regierung ermächtigt wird, im Parlemente einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher der Regierung Vollmacht ertheilt, die Souveränetät Spaniens über den Kolonialbesitz gemäß den Festsetzungen des Präliminar-Friedensvertrages aufzugeben. Der Präsident verlangt, daß die Frage in geheimer Sitzung verhandelt würde und ordnet die Räumung der Tribünen an. Dies geschieht trotz des Einspruchs eines Senators unter dem Murren der auf den Tribünen Anwesenden.

Kammer. Ein Abgeordneter tadelt das Rundschreiben des Generalkapitäns von Madrid hinsichtlich der Veröffentlichung eines Auszuges aus dem Sitzungsberichte der Kammer und erhebt Einspruch gegen die Zensur, welche die Mittheilung der Presse über die Depesche des Generals Linares, worin die Lage in Santiago geschildert wurde, verhindert habe.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Poetzsch in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Preußische Landtagswahlen.

Die Genossen von Niederbarnim

nahmen in ihrer am Sonntag abgehaltenen Kreisversammlung zu den bevorstehenden Wahlen Stellung. Stadthagen als Referent führte aus: Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß wir den Hamburger Beschluß auszuführen haben, ob wir ihn billigen oder nicht. Der Beschluß sage, daß die Betheiligung überall geboten ist, wo die Verhältnisse den Parteigenossen eine solche ermöglichen, und er lasse den einzelnen Wahlkreisen die Entscheidung darüber, ob eine solche Möglichkeit vorliege. Wir haben uns also die Frage vorzulegen, ob eine Wahlbetheiligung in unserem Kreise uns irgend welche Erfolge bringen kann. Wenn man die soziale Struktur des Kreises betrachtet, so komme man zu der Ansicht, daß eine Verdrängung der Konservativen ausgeschlossen erscheine. Nicht einmal Erfolge propagandistischer Art könnten wir durch unser Eingreifen in die Wahlbewegung erzielen. Der Redner führt, gestützt auf die Statistik der Landtagswahl von 1893, aus, daß in dem Landtags-Wahlkreise, der aus den Reichstags-Wahlkreisen Ober- und Niederbarnim besteht, die Konservativen in der ersten Abtheilung die Mehrheit nicht nur der Wählenden, sondern der Wahlberechtigten hatten, daß sie in der zweiten Abtheilung über 47 pCt. der Wahlberechtigten verfügten, und daß also, selbst wenn wir in der dritten Abtheilung die Mehrheit der Wahlmänner bekommen könnten, diese nicht in der Lage wären, bei der Abgeordnetenwahl den Ausschlag zu geben. Nun hätten sich aber seit dem Jahre 1893 die Verhältnisse wesentlich zu ungunsten der Minderbesitzenden verschoben. Wenn man weiter berücksichtige, daß der Wahlmodus ein umständlicher und zeitraubender sei, so könne man annehmen, daß eine Wahlbetheiligung zum Landtag unsererseits noch nicht so stark sein werde, wie die Betheiligung an den Gemeindewahlen. An eine Verdrängung der Konservativen sei unter diesen Umständen nicht zu denken, im übrigen seien auch die Freisinnigen, welche bisher den Kreis vertraten, von unserem Standpunkte aus den Konservativen nicht vorzuziehen. Was die etwaigen propagandistischen Erfolge anbetreffe, so sei schon der Ausfall der Reichstagswahlen dadurch beeinträchtigt worden, daß infolge des Hineinwerfens der Landtagswahlfrage in die Kreise unserer Genossen Uneinigkeit unter den letzteren hervorgerufen worden sei. Sollte eine solche Uneinigkeit auch in diesem Kreise noch herrschen, so würde eine Propaganda für die Landtagswahlen uns schaden. Wir haben auch nicht die Kräfte zur Verfügung, welche in den für den Landtag in betracht kommenden Fragen so bewandert sind, daß sie eine erfolgreiche Agitation betreiben könnten. Wir freuen uns daher, daß der Hamburger Parteitag uns die Entscheidung über die Wahlbetheiligung in unserem Kreise in die Hand gegeben hat. Der Redner streift die prinzipielle Frage der Wahlbetheiligung. Er mißt dem Landtage keine so große Bedeutung bei, daß es sich für unsere Partei lohnt, in eine Wahlagitation für dieses Ständeparlament, an dem wir nichts ändern können, einzutreten. Wir müßten vielmehr unsere Kräfte auf den Reichstag konzentriren. Genosse Stadthagen empfahl schließlich folgende Resolution:

„Die Kreisversammlung des Nieder-Barnimer Kreises lehnt es in Ausführung des auf dem Parteitage zu Hamburg gefaßten Beschlusses ab, in eine Agitation für die bevorstehenden Landtagswahlen einzutreten, da die Landtagswahlen keinerlei Erfolge, und seien dieselben auch nur propagandistischer Natur, für den Nieder-Barnimer Kreis in Aussicht stellen."

Ein zweiter Theil dieser Resolution, welcher denjenigen Genossen des Kreises, die sich als Einzelne an den Landtagswahlen betheiligen wollen, empfiehlt, keinem bürgerlichen Kandidaten die Stimme zu geben, der nicht die Gewähr für Erfüllung gewisser Forderungen giebt, wurde vom Antragsteller später zurückgezogen.

Meinhard-Borhagen sprach gegen die Wahlbetheiligung seitens der Partei, er empfahl aber den Genossen angelegentlichst, sich als Einzelne an den Wahlen zu gunsten der Liberalen zu betheiligen, da diese doch den Konservativen vorzuziehen seien. Gerstenberger trat gegen jede Form der Wahlbetheiligung ein. Bruhns führte aus, daß der Klassenkampf durch unsere Betheiligung an den Landtagswahlen beeinträchtigt werde, das sei eine unbegründete Behauptung. Wenn wir uns nicht an den Wahlen betheiligen, dann könnten wir auch nicht wissen, ob wir überhaupt einen Einfluß auf dieselben haben und wie groß unser Einfluß sei. Darum gelte es, diesmal eine Probe zu machen. Zeige sich dann, daß unser Einfluß zu schwach sei, dann könne es bei einer Probe sein Bewenden haben. An agitatorischen Kräften fehle es uns nicht. Durch unsere Betheiligung werde das erreicht, was der Parteitag wollte, nämlich den Gegensatz zwischen Konservativen und Liberalen zu benutzen, um für uns Vortheile herauszuschlagen. Wenn die Freisinnigen, die bei der Wahl von 1893 sehr lässig waren, sehen, daß wir sie unterstützen, dann würden sie sich wohl in größerer Zahl betheiligen, und so wäre vielleicht eine Verschiebung der Parteiverhältnisse möglich. Redner überschätzt unsere Erfolge nicht, aber ein Versuch müsse doch gemacht werden. Ein Erfolg sei es schon, wenn die Genossen mit den für den Landtag in betracht kommenden Verhältnissen vertraut werden. Man möge die Resolution Stadthagen ablehnen und die in Oberbarnim gefaßten Beschluß annehmen. Freiwald sprach gegen Wahlbetheiligung. Mit solchen Experimenten sollte man uns nicht kommen. Die Freisinnigen, die uns ebenso schroff gegenüber stehen, wie die Konservativen, seien nicht werth, daß wir für sie eintreten. Reim erklärt sich aus Prinzip gegen jede Art der Wahlbetheiligung. Wir haben keine Zeit, Proben zu machen und stehen dem Zensuswahlsystem mit Verachtung gegenüber. Puck und John empfahlen die Resolution Stadthagen. Gebauer ist der Meinung, daß in Rummelsburg ein großer Theil der Arbeiter in der zweiten Klasse wählt. Wir könnten daher nicht nur in der dritten, sondern auch in der zweiten Klasse eine große Anzahl von Wahlmännern durchbringen, und bei dieser Sachlage ein Abkommen mit den Freisinnigen dahin treffen, daß sie für unsere und wir für ihre Kandidaten stimmen. Nachdem noch Holzhüter gegen die Wahl gesprochen, bemerkte Stadthagen in seinem Schlußwort unter anderem, in Rummelsburg lägen die Verhältnisse nicht so günstig, wie Gebauer meine. Es sei eine Utopie, wenn man glaube, wir könnten im Wahlkreise einen nennenswerthen Einfluß auf die Landtagswahl ausüben. Selbst mit den Freisinnigen zusammen würden wir die Mehrheit nicht bekommen. Die Resolution sei daher sehr wohl erwogen. Hierauf wurde die Resolution Stadthagen mit großer Mehrheit angenommen.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Potsdam-Osthavelland

verhandelte am Sonntag in Spandau über die Stellung zu den Landtagswahlen. Der Referent Staab-Potsdam bemerkte, er sei nach der Reichstagswahl ein noch entschiedenerer Gegner der Betheiligung an der Landtagswahl geworden. Zu der bürgerlichen Opposition könnten wir, zumal nach den bei der Reichstagswahl gewonnenen Erfahrungen, nicht das geringste Vertrauen haben; wir hätten aber nach Lage der Sache keine Aussicht, in den beiden Landtags-Wahlkreisen Spandau-Osthavelland und Potsdam irgend welche Erfolge zu erzielen. In der Diskussion vertrat Huth den Standpunkt, daß durch eine Betheiligung an den Landtagswahlen praktische Politik betrieben werde; entweder gelinge es uns, unsere Genossen in den Landtag hineinzubringen oder wir machten doch die liberalen Vertreter, falls diese mit unserer Unterstützung gewählt werden, von uns abhängiger. Sind uns denn, so führte der Redner aus, alle die Tausende Bergleute, Eisenbahn-Angestellte 2c., deren Verhältnisse durch den Landtag geregelt werden, so gleichgiltig? Huth schlägt schließlich eine Resolution vor, wonach von einer Wahlbetheiligung in dem Landtags-Wahlkreise Spandau-Osthavelland für diesmal wegen Aussichtslosigkeit Abstand genommen, die Regelung der gleichen Frage für Potsdam aber einer besonderen Versammlung der Potsdamer Genossen überlassen werden sollte. Die nachfolgenden Diskussionsredner Laukant-Spandau, Schmidt-Velten, Schröer u. a. sprechen sich sämmtlich gegen die Wahlbetheiligung aus. Schröer führte aus, es sei bedauerlich, daß der Hamburger Parteitag nicht bestimmtere Normen für die Wahlbetheiligung gegeben habe, es gebe gar keine Grenze dafür, was alles als bürgerliche Oppositionspartei angesehen werden kann. Die Betheiligung an den Landtagswahlen bedeute unter den gegebenen Umständen nicht praktische, sondern Zweckmäßigkeitspolitik und könne nur dazu dienen, unsere Prinzipien nur noch mehr zu verwischen; irgend welche Erfolge könnten wir in den beiden Kreisen auch gar nicht erwarten. Er sei gegen die Betheiligung. Heinrich-Potsdam ist im Prinzip wohl für die Wahlbetheiligung, hält diese aber für die genannten beiden Landtags-Wahlkreise gleichfalls für aussichtslos. Schließlich wurde eine von Laukant beantragte Resolution:

„Die Kreiskonferenz beschließt: Die Betheiligung an den Landtagswahlen für die Kreise Spandau-Osthavelland und Potsdam wird abgelehnt"

mit 26 Stimmen angenommen.

Die Kreiskonferenz für die Ostprignitz,

die am Sonntag in Pritzwalk abgehalten wurde und von acht Delegirten besucht war, nahm einstimmig folgende Resolution an: „In Erwägung, daß im Kreise Ostprignitz es unmöglich ist, eigene Wahlmänner aufzustellen, eine Verdrängung der konservativen Partei unter dem elenden Wahlsystem absolut ausgeschlossen ist, beschließt die Kreiskonferenz, von einer Betheiligung an der Landtagswahl Abstand zu nehmen."

Die „Brandenburger Zeitung"

schreibt im Anschluß an unseren Artikel über die Zustände auf der Zeche „Gustav": „Wird unsere Partei im Reichstage es sich zur Aufgabe machen, fortgesetzt auf den Erlaß eines Reichs-Berggesetzes hinzuwirken, so ist zunächst die Tribüne des preußischen Abgeordnetenhauses der Ort, an dem mit Entschiedenheit für die preußischen Bergarbeiter einzutreten wäre und an dem das hier Mitgetheilte in wirkungsvoller Weise vorgebracht werden könnte. Aber das kann nur mit Hilfe der Arbeiter selbst geschehen. Ist es ihnen ernst mit einem Wandel der Dinge in der preußischen Bergaufsicht, so müssen sie sich schon bequemen, an den Wahltisch zu treten und laut und deutlich Männern die Stimme zu geben, welche gewillt sind, Abgeordnete nach Berlin zu senden, welche mit Entschiedenheit in diesem Sinne wirken wollen."

Wahlvorbereitungen in Halle und dem Saalkreise.

Das „Volksblatt für Halle" schreibt: „Bei den Landtagswahlen wollen die Kuddelmuddelparteien, also die Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und Landwirthsbündler in Halle und dem Saalkreise zusammengehen. Aus dem freisinnigen Lager ist noch nicht bekannt geworden, in welcher Weise und mit welchen Kandidaten in die Wahlbewegung eingetreten werden soll. Bei der Zerfahrenheit, die unter dem hiesigen Freisinn herrscht, darf das nicht wundernehmen, obwohl es nicht schwer fallen würde, den Kuddelmuddlern die beiden zu besetzenden Mandate zu entreißen."

Gegen die Konservativen,

die auch in der Provinz Hannover den Nationalliberalen den Boden abgraben möchten, wendet sich in ungewohnt scharfer Weise der Hannoversche „Courier", der vor allem schmerzhaft berührt ist, daß die Konservativen auch in dieser welfischen Gegend vielfach mit Unterstützung von Regierungsstellen arbeiten. Gegen die offizielle Unterstützung nationalliberaler Kandidaten hatte das Blatt freilich noch nie etwas einzuwenden gehabt. Das Blatt bemerkt noch:

„Vielleicht glaubt man, daß infolge der wirthschaftlichen Verhetzung die Gelegenheit jetzt günstiger ist, einen Keil in die nationalliberale Partei zu treiben. Der Erfolg würde für den im Sinne jener Bestrebungen günstigsten Fall nur der sein, daß die kompakte nationale Partei Hannovers durch Absplitterungen geschwächt und die Stellung der reichsunfreundlichen und antimonarchischen Parteien dadurch gestärkt würde." —

Kommunales.

Die erste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung nach den Sommerferien wird am nächsten Donnerstag stattfinden. Unter den zahlreichen Gegenständen der Tagesordnung befindet sich auch der Antrag der Stadtvv. Ladewig u. Gen. auf Ueberführung der für die Potsdamer Brücke hergestellten vier Bronzegruppen in einen der städtischen Parks und anderweitige angemessene Ausschmückung der Potsdamer Brücke.

Obgleich durch die zu erwartende Errichtung eines zweiten Rathhauses auf dem Grundstücksblock zwischen Jüden-, Parochial-, Kloster- und Stralauerstraße das Bedürfniß an Räumlichkeiten zur Unterbringung städtischer Bureaus vorläufig gedeckt ist, will doch, wie berichtet wird, der Magistrat angesichts des andauernden Wachsthums der Stadt, auch für die weitere Zukunft Sorge tragen und gewisse, wohlarrondirte Bauplätze im Zentrum der Stadt rechtzeitig erwerben. Er hat daher sein Augenmerk auf das alte Waisenhaus-Grundstück gerichtet, dessen bauliche Umänderung doch bald zur unabweisbaren Nothwendigkeit wird. Der Magistrat schlägt vor, dieses Grundstück durch Ankauf des Nachbargrundstückes, Stralauerstr. 57, für den Preis von 543 000 M. zu einem werthvollen Bauplatz zu erweitern. Der Magistrat glaubt hierauf um so mehr Bedacht nehmen zu sollen, als der Plan der Anlage einer Uferstraße längs der Spree, zwischen der Waisenbrücke und dem Molkenmarkt immer noch unausgesetzt einen Gegenstand der Berathungen des Magistrats bildet.

Der kaiserlich chinesische General Konstantin v. Hanneken hatte im Verein mit dem Ingenieur Mennicke und dem Brunnentechniker Betzer seinerzeit von der Stadt einige zu Großbeeren und Kleinbeeren belegene Wiesen gepachtet, um daselbst in mit Drainwasser gefüllten Teichen die Fischzucht zu betreiben. Das Unternehmen ist sowohl in technischer wie finanzieller Beziehung mißglückt und hat von den Unternehmern ziemlich hohe Opfer gefordert. Die Ursache des Mißlingens liegt einerseits in den zu hohen Betriebskosten, andererseits darin, daß das den Rieselanlagen entnommene Wasser keineswegs so viel Fischnahrung enthält, wie zu einer gedeihlichen Zucht nothwendig ist. Die Unternehmer haben sich jetzt mit dem Antrage an den Magistrat gewandt, sie aus dem noch bis 1908 laufenden Pachtvertrage zu entlassen.

Lokales.

In der Ausstellung für verbesserte Frauenkleidung und für Frauenhygiene sind neben ganz vorzüglichen Sachen Dinge zu finden, die gar nicht dem Zweck der Ausstellung dienlich sind. Den Hauptkampf führen die Veranstalter gegen das mit recht geschmähte Korsett. Dennoch sind aber verschiedene Ersatzmittel für dieses Instrument ausgestellt, die ebenfalls mit Stangen, Gummischnüren und Schnallen den Körper zusammenpressen. Das hätte nicht zugelassen werden dürfen. Die Frauen sind schon so wie so schwer zugänglich für energische Neuerungen — wenn es nicht Mode und Putz gilt. Nun werden sie den „Ersatz" der wirklich verbesserten Kleidung vorziehen. Sie bleiben bei der alten Art und können doch sagen, daß sie das Neue tragen. Um das zu vermeiden, dürfte nur das wirklich Gute ausgestellt werden, damit ein bestimmter Wegweiser gegeben würde.

Das beste unter den vielen Taillen, Korsett-Ersatzen u. s. w. ist ein Fabrikat des Schneiders W. Kästner aus der Linienstraße. Die Röcke werden durch Bänder an eine glatte, nur bis unter die Büste reichende Taille ohne Aermel gehalten. Das Schwergewicht ist hierbei in der bequemsten, und auch für jede Arbeiterin, jede thätige Frau zweckmäßigsten Weise auf die Schulter gelegt.

Die ausgestellten Frauenkleider zeigen sämmtlich die Reformart. Die vielen Unterröcke, die auf den Körper drückten und die Bewegung erschwerten, sind überflüssig. Der Kleiderrock wird über eine Hose vom Stoff des ganzen Kleides getragen. Sie ist so ähnlich wie die Radfahr-Beinkleider der Frauen und kann, durch Ansatz von Besatzstücken, den ganzen Wust der Unterröcke ersetzen. Der Mode können die Frauen trotzdem treu bleiben. Fast alle ausgestellten Kleider, Prinzeßform und Blusen, an denen die Röcke angeknöpft werden, sind recht ansprechend. Viele haben eine einfache, elegante Vornehmheit, wie die Kleider der Frau Drude. Sie haben sogar einen künstlerischen Schnitt. Die Abwesenheit des Korsetts mag sogar noch ihre Schönheit erhöhen. Jede harte, erzwungene Linie fehlt. Unsere Frauen, mögen sie nun in der Fabrik oder daheim arbeiten, werden sich sicher wohl fühlen in solcher Kleidung. Und sie brauchen nicht fürchten, daß sie häßlicher aussehen, denn ein feiner gebildetes Auge wird durch die von Schnürleibern verdorbenen Formen verletzt.

Auch Arbeitskleider für Fabrikarbeiterinnen sind ausgestellt. Ueberkleider aus Leinen oder Kattun. Sie sind der jetzt üblichen Methode, die alten Kleider in der Fabrik aufzutragen, aus Gesundheitsrücksichten vorzuziehen. Aber leider liegt hier der Knüppel beim Hund. Die Arbeiterinnen müssen aus ökonomischen Rücksichten mit dem alten Zeug thätig sein. Aus ökonomischen Rücksichten wäre aber auch zu wünschen, daß sie Reformkleidung tragen, damit sie die Unterröcke entbehren können. Und darum ist es nicht gut, daß die Ausstellung 50 Pf. Eintrittsgeld verlangt. Das ist zu theuer und hindert die interessirten Kreise am Besuch. Sie würden außer der Kleidung noch vieles Nützliche finden. Und den Veranstaltern kann doch auch nur an recht weiter Verbreitung gelegen sein. Ferner ist die Ausstellung, wie jede solche Ausstellung, eine vortreffliche Reklame für die Aussteller. Aus diesen Gründen müßte das Eintrittsgeld erniedrigt werden.

Die Jury für die Ausstellung für verbesserte Frauenkleidung und Frauenhygiene hat ihre erste Sitzung abgehalten. Die Verkündigung der ertheilten Auszeichnungen findet am 10. September statt.

Vom Trinkgeld-Unwesen in den Bade-Anstalten. Das Bedienungspersonal der meisten Bade-Anstalten erhält bekanntlich nur einen sehr geringen Lohn und wird dafür auf die Trinkgelder verwiesen, die die Besucher geben. Auf diese Trinkgelder rechnen nicht nur die Angestellten, die ohne sie gar nicht bestehen könnten, sondern auch der Anstaltsbesitzer, der sich um die Gewährung eines höheren Lohnes herumdrücken darf, wenn er sein Personal theilweise durch das Publikum bezahlen läßt. Da aber manche Besucher sich nicht freiwillig zu einem Trinkgeld verstehen wollen — sei es aus nothgedrungener oder übertriebener Sparsamkeit, oder sei es deshalb, weil ihnen nicht bekannt ist, daß dieses sogenannte „Trinkgeld" thatsächlich einen Theil der Löhnung bildet — so wird man in mehreren Anstalten geradezu mit der Nase darauf gestoßen, daß noch eine kleine Vergütung für das Personal erwartet wird. Daß bei bestimmten Arten von Bädern, die eine umständlichere Bedienung und Hilfeleistung erfordern, neben dem Preise für das Bad noch ein besonderer Zuschlag für Bedienung u. s. w. erhoben wird, das ist am Ende berechtigt. Dieser Zuschlag ist durch Tarif festgesetzt und trägt den Namen „Trinkgeld", der ihm in der Regel beigelegt wird, sehr mit Unrecht. Wenn er überhaupt gesondert aufgeführt wird, so geschieht das augenscheinlich nur, um die Höhe der Bäderpreise zu maskiren. Richtige Trinkgelder werden bei anderen Bädern, die weniger Bedienung erfordern, — und übrigens auch bei den oben erwähnten Bädern noch neben dem tarifmäßigen Zuschlag — gezahlt. Damit aber nicht das Personal das Trinkgeld, auf das es bei der, wie gesagt, meist erbärmlichen Besoldung angewiesen ist, von weniger gebelustigen Besuchern durch Mienen oder Worte einzufordern braucht (was von manchem als Belästigung empfunden würde und ohnehin nicht bei jedem die gewünschte Wirkung hätte), so fordert es der Besitzer selber. Eine Kur- und Badeanstalt in der Großen Hamburgerstraße vertheilt Reklamezettel mit ihrem Preiskourant. Bei mehreren Bädern werden für Bedienung u. s. w. 25—50 Pf. extra berechnet. Darunter steht außerdem: „Im übrigen nach Belieben." Auf den Zetteln wird die Anstalt als „Wasserheilanstalt ersten Ranges" und das Personal als „tüchtig" und „geschult" bezeichnet. Der Leiter einer Anstalt ersten Ranges sollte es für unter seiner Würde halten, die Besucher in dieser Weise um Trinkgelder anzugehen und seine Angestellten trotz ihrer Tüchtigkeit in ihrem Einkommen von dem Belieben der Besucher abhängen zu lassen. Aber selbst größte Unternehmer finden dieses Verfahren nicht beschämend. In den Anstalten der Aktiengesellschaft „Admiralsgarten-Bad" wird der Besucher durch die überall aushängende Anstalts-Ordnung darauf hingewiesen, daß es dem Personal verboten ist, Trinkgelder zu fordern. Der Wortlaut des betreffenden Paragraphen läßt aber erkennen, daß die Verwaltung dieser Gesellschaft auf Trinkgelder rechnet. „Die Zahlung von Trinkgeldern an die Badedienerschaft", sagt § 6, „ist dem Belieben der Badegäste anheimgestellt. Das Trinkgeldfordern ist bei Strafe verboten." Das ist deutlich! Früher lautete der Trinkgelder-Paragraph sogar — noch deutlicher — so: „Die Badegäste sind zur Zahlung von Trinkgeldern an die Badedienerschaft nicht verpflichtet; es ist das Zahlen von Trinkgeldern ganz dem Ermessen der Gäste anheimgestellt. Die Badebedienung, welche einen höheren Betrag fordert, als der Badegast freiwillig giebt, wird streng bestraft." Ueberlegt man sich freilich, wie sehr das Personal solcher Bade-Anstalten auf die Trinkgelder angewiesen ist, dann möchte man den Besitzern fast noch dankbar dafür sein, daß sie sich nicht schämen, den Besuchern diesen Wink mit dem Zaunpfahl zu geben. Wenn das Trinkgeld, wie es leider der Fall ist, die Stelle des Lohnes vertritt, dann muß — im Interesse des Personals — jeder Besucher wünschen, daß er erfährt, was er zu thun hat. Nur sollte man dann noch einen Schritt weiter gehen und dem Trinkgelder-Paragraphen der Anstalts-Ordnung den Zusatz geben: „Unsere Badedienerschaft wird aber so erbärmlich bezahlt, daß sie ohne Trinkgeld nicht bestehen kann."

Die Waarenhäuser, die Verkaufspaläste, die Magazine größten Stils verdrängen nach und nach die kleineren Läden und vor allen Dingen die Privatwohnungen aus der inneren Stadt. Diese Erscheinung drängt sich jedem auf, der Berlin, wenn auch nur seit vielleicht zehn Jahren, kennt und die bauliche und soziale Entwickelung der Stadt verfolgt hat.

Am gestrigen Montag ist wieder so ein moderner Verkaufspalast eröffnet worden, und zwar der der alten Firma R. Israel gehörige, Ecke Spandauer- und Königstraße. Eisen, Stein und Glas, das sind im wesentlichen die Materialien, aus denen diese modernen Waarenhäuser errichtet sind, so auch hier. Wo noch vor wenig Jahren sieben kleine verwitterte Häuser standen, erhebt sich jetzt ein mächtiger Sandsteinbau, von einem imposanten Thurm gekrönt. Das werthvolle Terrain, auf dem bis vor wenig Jahren eine Reihe kleinerer Geschäftsleute in engen Läden ihre Waare feilboten, ist von dem benachbarten großen Konkurrenten mit Beschlag belegt worden. Das ist der moderne Kapitalismus! Für die betroffenen kleinen Geschäftsleute bedeutet diese Entwickelung den Untergang oder bringt ihnen doch großen Schaden; das laufende Publikum jedoch gewinnt mehr, als es verliert. Jedenfalls liegt dieser Entwickelungsgang so im Zuge der Zeit, daß er durch kleinliche, vom „Mittelstand" allerdings heiß erstrebte Erdrosselungsmittel, wie Umsatzsteuern und dergleichen, nicht aus der Welt geschafft werden kann.

Auffallend ist an dem Israel'schen Waarenpalast die Aehnlichkeit der Raumanordnung mit Wertheim's Waarenhaus in der Leipzigerstraße. In der Mitte ein riesiger zu Verkaufszwecken dienender Lichthof, dem Eingang gegenüber eine breite in die oberen Etagen führende Freitreppe, und dieser Lichthof mehrere Stockwerke hoch umgeben von breiten Gallerien, auf denen der Verkauf stattfindet. Uebrigens beabsichtigt die Firma, es nicht bei diesem, auf neuerworbenem Terrain errichteten Neubau bewenden zu lassen; sie läßt auf den in der Spandauerstraße gelegenen Grundstücken, auf denen sich jetzt noch die alten Geschäftslokalitäten befinden, Gegenstücke zu dem jetzigen Eckgebäude errichten, sodaß das Ganze schließlich einen sich um drei Lichthöfe gruppirenden Gebäudekomplex bilden wird, der ca. 4600 Quadratmeter Fläche bedeckt.

Interessant speziell für unsere Leser ist, daß diese modernen Waarenhäuser gezwungen sind, irgendwelche Vorkehrungen für die Unterkunft und Verpflegung ihrer Angestellten zu treffen. Für das ca. 700 Köpfe starke Personal der Firma sind Garderoben- und Restaurationsräume, nicht gerade pompös aber doch sauber ausgestaltet, im Kellergeschoß untergebracht. Interessant an den Einrichtungen dieser Firma ist ferner, daß das ganze Geschäft nicht nur Sonntags, wozu die gesetzliche Sonntagsruhe zwingt, sondern auch, altjüdischen Traditionen folgend, Sonnabends absolut geschlossen ist, — durch welche Einrichtung das Personal zwei freie Tage in der Woche erhält. Jedenfalls ein Beweis dafür, daß es mit dem Geschrei der Mehrzahl der Unternehmer, die soziale Gesetzgebung bedeute den Untergang von Handel und Industrie, nicht allzu viel auf sich hat.

Die Verhältnisse des Rabatt-Sparvereins „Norden" scheinen sich allmälig ruhiger zu entwickeln. Nachdem der frühere Vorstand mündlich und schriftlich sein Amt niederlegte und eine am vorigen Donnerstag zwecks Neuwahl des Vorstandes einberufene Generalversammlung resultatlos verlief, tagte zu gleichen Zwecken am Sonntage im Kösliner Hof unter dem Vorsitz der Siebener-Kommission eine Generalversammlung, während eine weitere von den Anhängern des alten Vorstandes auf Montag Nachmittag nach dem Röhr'schen Saale, Brunnenstraße, einberufen ist. Die Sonntags-Versammlung war zumeist von Männern besucht, und nahm auch einen weniger erregten Verlauf, als ihre Vorgängerinnen, weil hinreichend Maßnahmen getroffen waren, etwaige Ruhestörer sofort zu entfernen. Kurz nach dem Eintritt in die Tagesordnung protestirte Stiebitz, Revisor des bisherigen Vorstandes, gegen die Giltigkeit der Verhandlungen, weil die Versammlung lediglich im „Vorwärts" und daher nicht satzungsgemäß bekannt gemacht sei. (Unruhe.) Fehse, Schneidermeister, wendete sich ebenfalls gegen die Weitertagung mit der Motivirung, daß sich dieselbe erübrige, da der bisherige Vorstand die Auszahlung der Spargelder durch Plakate zugesagt habe. Scheffler, Vorsitzender der Siebener-Kommission, rekapitulirte nochmals kurz die bereits in der vorletzten Generalversammlung bekannt gegebenen Vorkommnisse innerhalb des alten Vereinsvorstandes und erklärte, daß er sich zwar der Auszahlung aller Sparguthaben nicht widersetzen werde, daß dieselbe aber leicht zu der von den Lieferanten gewünschten Auflösung des Vereins führen könne. Nach heftiger Debatte wurde die Vorstandswahl durchgesetzt, und zwar wurden von den Mitgliedern der Siebenerkommission gewählt: Scheffler als erster, Vogel, zweiter Vorsitzender, Walter, Rendant, Vogeler, Schriftführer. Vor Beginn der durch Zuruf erfolgten Wahl verließ ein erheblicher Theil der Anwesenden demonstrativ die Versammlung. — Auf die Weiterentwickelung der Angelegenheit darf man umsomehr gespannt sein, als der alte Vorstand allein zur Erhebung der bei der Berliner Bank deponirten Spargelder in Höhe von 400 000 M. berechtigt ist.

Ueber die Dauer der Heilerfolge bei Lungenkranken hat der Chefarzt der Heilstätte des Rothen Kreuzes am Grabowsee, Dr. Brecke, Erhebungen angestellt, indem er bei den aus der Heilstätte Entlassenen Umfrage hielt. Die Anfragen fanden im April dieses Jahres statt. Sie wurden von 192 Kranken, die im Jahre 1896, und 189 Kranken, die im Jahre 1897 gebessert oder geheilt entlassen worden waren, beantwortet. Nach den Angaben der im Jahre 1896 Behandelten standen im April dieses Jahres noch 52 pCt. voll in Arbeit und Verdienst. Weitere 16 pCt. haben bis dahin zeitweise gearbeitet. Von den im Jahre 1897 Entlassenen waren im April noch 58 pCt. erwerbsfähig, während 22 pCt. seit der Entlassung ebenfalls zeitweise gearbeitet hatten. Nähere Mittheilungen über die Ergebnisse der Umfrage sollen demnächst in der offiziellen Zeitschrift des Volks-Heilstättenvereins „Das Rothe Kreuz" veröffentlicht werden.

Ueber ein Aufsehen erregendes Verbrechen wird aus Potsdam berichtet: Vom Zweirad herabgeschossen wurde am Sonntag Nachmittag ein Radfahrer auf der Chaussee zwischen Belzig und Treuenbrietzen. Der Radfahrer kam auf der Landstraße ahnungslos daher, als plötzlich ein Mann aus dem angrenzenden Walde hervortrat, einen Revolver auf ihn anlegte und ihn so schwer verwundete, daß er vom Rade stürzte und blutüberströmt liegen blieb. Der Angreifer schwang sich alsdann auf das Rad des Ueberfallenen und fuhr in rasendem Tempo in der Richtung nach Potsdam davon. Gegen Abend wurde der Schwerverletzte aufgefunden und nach Belzig ins Krankenhaus geschafft. Er war noch im stande, eine Personalbeschreibung des Thäters zu geben. Die Polizeibehörden der umliegenden Orte sind sofort verständigt worden. Bisher ist der Verbrecher noch nicht entdeckt.

Der Verletzte ist der 18jährige Berliner Mechaniker Töpfer aus der Rostizstraße 19. Er wurde nach der königlichen Klinik in der Ziegelstraße gebracht; die Verwundung soll zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich sein.

Der erste Schuß drang in den Hals, so daß sich der Mund des Ueberfallenen sofort mit Blut füllte, eine zweite Kugel drang neben dem linken Auge ein. Mechanisch fuhr der Radfahrer noch einige Schritte weiter, an dem Räuber vorbei und brach dann zusammen. Jetzt gab der Verbrecher noch einen dritten Schuß ab, wodurch sein Opfer hinter dem Ohre verwundet wurde. In diesem Augenblicke schwang sich der Straßenräuber auf das Fahrrad und fuhr in der Richtung nach Beelitz von dannen, wahrscheinlich in dem Gedanken, daß der Ueberfallene todt sei. Die Eltern des jungen Mannes wurden benachrichtigt. Sie waren gestern in Beelitz, um ihren Sohn abzuholen und nach Berlin zu bringen. Leider muß, wie ein hiesiges Blatt meldet, mit der Befürchtung gerechnet werden, daß das Auge, neben welchem die Kugel eingeschlagen ist, verloren sein wird. Der Thäter hat auf der Mordstelle seinen Spazierstock zurückgelassen. Von dem geraubten Fahrrade wird folgende Beschreibung ausgegeben: Marke „Sturmvogel"; eine Speiche des Hinterrades fehlt; eine schwarze lackirte Laterne. — Vor dem Ueberfall auf den unglücklichen Töpfer hatte sich der Räuber an einen Radfahrer Braun, welcher denselben Weg fuhr, herangemacht, war aber durch das Dazwischenkommen eines Wagens gestört worden.

Die Sperrung des zwischen der neuen Potsdamer- und der Augusta-Brücke gelegenen Theils des Schöneberger Ufers ist endlich für den Wagenverkehr wieder aufgehoben worden.

Von den Schutzlisten nicht empfehlenswerther Miether wird jetzt bereits die Herausgabe der dritten Nummer vorbereitet. — Eine Schutzliste nicht empfehlenswerther Hauswirthe fehlt immer noch.

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im August 1898 nächtigten im Männerasyl 20 326 Personen, im Frauenasyl 3129 Personen. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer Wiesenstr. 55/59, für Frauen Füsilierstr. 5.

Im Thiergarten erschossen hat sich am Sonntag Nachmittag der 41 Jahre alte Pförtner und herrschaftliche Diener Wilhelm Ottermann, der in der Bandlerstraße seit 7 Jahren seine Stellung bekleidete. Ein unlauteres Verhältniß, das der verheirathete Mann unterhielt, soll die Ursache zum Selbstmord abgegeben haben.

Durch eine brennende Zigarre wurde am Sonntag Nachmittag das Dienstmädchen Martha Grundmann, welches bei einer Herrschaft in der Grünauerstraße bedienstet ist, schwer verletzt. Dasselbe begab sich den Kottbuser Damm entlang nach der Hasenhaide. Beim Umbiegen um eine Straßenecke prallte es mit einem jungen Manne zusammen, welcher eine brennende Zigarre im Munde trug. Diese drang dem Mädchen tief ins rechte Auge, so daß dasselbe mit einem gellenden Schmerzensschrei zusammenbrach und mittels Droschke zu einem Arzte befördert werden mußte. Der junge Mann, welcher das Unheil angerichtet hatte, war in der bei dem starken Verkehr durch den Vorfall hervorgerufenen Verwirrung verschwunden.

Wegen eines räuberischen Ueberfalls wurde der neunzehn Jahre alte wohnungslose Paul Lietzmann am Sonntag verhaftet. L. kam früh morgens um 7½ Uhr zu dem Zahnarzt Dr. Sauer am Schiffbauerdamm und überreichte ihm eine Rechnung, die er angeblich für den Schneider des Zahnarztes einkassiren sollte. Da der Zahnarzt keine Schneiderrechnung zu erwarten hatte, so bedeutete er dem jungen Mann, daß er sich in einem Irrthum befinden müsse und wollte die Thür wieder schließen. In diesem Augenblick aber stieß Lietzmann die Thür zurück, sprang dem Dr. Sauer an die Kehle und versuchte ihn zu erwürgen. Der Ueberfallene rief um Hilfe, und auf den Lärm kamen dann auch bald Hausgenossen herbei. Der Restaurateur Droescher trat dem Angreifer in dem Augenblick entgegen, als er eben im Begriffe stand, den Ueberfallenen mit mit einem Knüppel niederzuschlagen. Der Pförtner und andere Hausbewohner nahmen Lietzmann fest, verabreichten ihm eine Tracht Prügel und übergaben ihn dann der Polizei.

In Sachen Grünenthal meldet das „Kl. Journ." die vor einigen Tagen in Dresden erfolgte Verhaftung einer früheren Geliebten von ihm, Hedwig Jähde, wegen Verbrechen gegen § 218 R.-St.-G. Grünenthal werde der Beihilfe zu diesem Verbrechen beschuldigt.

Einen tödtlichen Ausgang hat ein Unfall genommen, dem der Betroffene zunächst keine große Bedeutung beimaß. Der 61 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter Friedrich Schuster aus der Oranienstr. 183 kam am Freitag Abend um 6 Uhr mit einem Handwagen durch die Leipzigerstraße. Vor dem Hause 62/63 fuhr ihn eine Droschke an, die vorschriftswidrig auf der linken Straßenseite lief. Die Stange seines Handwagens traf Schuster mit großer Wucht am Unterleib. Leute, die den Vorgang sahen, brachten den Verunglückten in einen Omnibus, mit dem er nach Hause fuhr. Erst mehrere Stunden später, als der Zustand sich verschlimmerte, wurde ein Arzt zu Rathe gezogen. Gestern Nachmittag um 2½ Uhr war Schuster bereits todt. Die Leiche ist zur Einleitung eines Strafverfahrens von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Das Versuchs-Kornlagerhaus am Nordhafen auf dem Hamburger Güterbahnhofe soll nunmehr dem Betriebe übergeben werden. Die von der Staatsregierung nach Plänen der Eisenbahn-Verwaltung und des landwirthschaftlichen Ministeriums errichtete Anstalt ist zur Trocknung, Reinigung, Sortirung und Lagerung von 1100 Tonnen Getreide eingerichtet; die Anfahrt für Fuhrwerke geschieht von der Haidestraße aus, am Bahnübergang.

Schwer verunglückt ist gestern Nachmittag der 21 Jahre alte Rollkutscher Gustav Paris aus der Gneisenaustr. 12. Paris wollte mit seinem mit Kisten hochbeladenen Wagen in den Thorweg des Hauses Wilhelmstr. 47 einfahren. Bei dem scharfen Ruck fiel er vom Wagen und eine Kiste, die von oben herabstürzte, fiel ihm auf den Kopf. Der Verunglückte wurde so schwer verletzt, daß man ihn von der Unfallstation in ein Krankenhaus bringen mußte.

Beim Wettschwimmen ertrunken ist im Summter-See der in Berlin, Reichenbergerstr. 131/132 wohnhafte Schwimmlehrer, Malermeister J. Wünschel. Der 72jährige Herr wurde, wie der aus Mühlenbeck herbeigerufene Arzt Dr. Buchwald konstatirte, im Wasser von einem Herzschlage getroffen, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

Sechzig Marken des Textilarbeiter-Verbandes sind am Sonnabend Abend von einem Verbandsmitgliede auf dem Wege von Versammlungslokal in der Gegend des Königsthors verloren worden. Vielleicht veranlaßt diese Mittheilung den Finder, die für ihn werthlosen Marken bei Lenz, Alte Jakobstr. 69, gegen Erstattung der Kosten abzuliefern.

Auf eine eigenthümliche Weise wurde vorgestern Nachmittag der zweijährige Sohn des am Kottbuserdamm wohnhaften Mechanikers Krause sehr schwer verletzt. Herr Krause besuchte mit seinem Kinde das in der Gräfestraße belegene Lokal von Br., wo er mit mehreren Bekannten zusammentraf. Um sich die Zeit zu verkürzen, spielten die Herren Billard, während das Kind im Zimmer herumlief. Infolge eines ungeschickten Stoßes eines der Mitspielenden sprang ein Ball vom Billard herunter und fiel mit voller Wucht dem gerade vorübergehenden Kinde auf den Kopf, so daß das Kind augenblicklich bewußtlos zusammenbrach. Ein herbeigerufener Arzt konstatirte eine schwere Gehirnerschütterung und ordnete die sofortige Ueberführung des Kindes nach dem Krankenhause am Urban an.

Der frühere Kommandeur des Gardekorps, General v. Winterfeldt, ist in der Nacht zum Sonntag in Schreiberhau gestorben.

Ein Steckbrief hinter dem Gemeindelehrer und königlichen Domsänger Karl Hauptstein von hier ist jetzt seitens der Staatsanwaltschaft am Landgericht I hierselbst erlassen worden. H., dessen plötzliches Verschwinden, wie noch erinnerlich sein dürfte, vor einiger Zeit großes Aufsehen erregte, lebt in zweiter Ehe und ist Eigenthümer des Grundstücks Ramlerstr. 2. Nach seiner Flucht stellte es sich heraus, daß er das Vertrauen und Ansehen, dessen er sich erfreute, und welches ihm infolge seines überaus ehrbaren Auftretens von allen Seiten entgegengebracht worden war, in der perfidesten Weise getäuscht hatte, was aus einer Anzahl gegen ihn zur Anzeige gelangter Betrugsfälle hervorgeht.

Der italienische Verwandlungskünstler Leopolda Fregoli giebt zur Zeit im Friedrich-Wilhelmstadtischen Theater Proben seiner erstaunlichen Kunstfertigkeit zum besten. Man darf diesen merkwürdigen Mann nicht mit dem unter gleicher Bezeichnung in Spezialitäten-Theatern auftretenden Artisten vergleichen; Fregoli's Virtuosenthum steht in der That einzig da. Stimme und Maske wurden von dem vielseitigen Italiener mit einer unheimlich verblüffenden Geschwindigkeit gewechselt und die Zahl der von ihm dargestellten männlichen und weiblichen Rollen ist fast endlos. In der Parodie einer italienischen Oper stellt er einen alten Säbelrasseler, seine Tochter, deren Anbeter und einen Nebenbuhler dar und singt die Rollen als Baß, Sopran, Tenor und Bariton. Dann führt der Künstler eine eigene Dichtung komischen Inhalts auf, in der nicht weniger als fünfzig Personen auftreten, die alle von ihm allein gespielt werden. Von wirkungsvoller Komik war besonders die Darstellung verschiedener Artisten, einer französischen Chansonnette, eines Zauberkünstlers und eines Hypnotiseurs. Der originelle Mann wird an den wenigen Abenden, wo er auftritt, einer zahlreichen Zuhörerschaft sicher sein.

Theater. Das Deutsche Theater bringt als nächste Novität Mitte dieses Monats Rostand's „Cyrano von Bergerac"; diesem sollen zunächst Arthur Schnitzler's Schauspiel „Das Vermächtniß" und Gerhard Hauptmann's neueste, soeben vollendete schlesische Dialekt-Tragödie in fünf Akten folgen. Später schließen sich Sudermann's Märchen „Die drei Reiherfedern" an, Georg Hirschfeld's dreiaktiges Berliner Lustspiel „Die Pauline", ein orientalisches Versstück von Hugo v. Hofmannsthal: „Die junge Frau", ein Einakter-Zyklus von Otto Erich Hartleben. Auch ein zweites Werk von Gerhard Hauptmann: „Das Hirtenlied", sowie drei kürzere Stücke von Arthur Schnitzler aus dem sechzehnten, achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert: „Paracelsus", „Der grüne Kakadu und „Die Gefährtin" stehen noch auf dem Novitätenprogramm des Deutschen Theaters", das außerdem eine Anzahl klassischer und nachklassischer Werke, zum theil aus Anlaß des mit Ende dieser Spielzeit erfolgenden Ausscheidens von Josef Kainz wieder ins Repertoir aufzunehmen gedenkt, wie „Romeo und Julia", „Julius Cäsar", „Weh dem, der lügt", „Jüdin von Toledo". Von modernen Werken sind u. a.: Henrik Ibsen's „Rosmersholm" und Ludwig Fulda's „Verlorenes Paradies" zu neuer Einstudirung in Aussicht genommen, und auch Henrik Ibsen's jüngstes Werk, an dem der Dichter gegenwärtig arbeitet, wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte dieser Spielzeit zur Aufführung gelangen. Alle diese Werke werden auch den Abonnenten des Deutschen Theaters zugänglich gemacht werden, die am 8. September ihre erste Vorstellung erhalten. Anmeldungen nimmt die Theaterkasse noch entgegen. — Die erste Volksvorstellung, die am 18. September im Thalia-Theater unter Regie von Julius Türk zur Aufführung kommen soll, bringt das romantische Drama von Friedrich Halm „Der Sohn der Wildniß". Den Ingomar spielt Herr Cäsar Beck vom Berliner Theater, die Parthenia eine junge Künstlerin, Fräulein Walden, die im letzten Winter im Stadttheater zu Görlitz großes Aufsehen erregte, die Actäa Meta Bünger vom Deutschen Theater. Zur Aufführung sind in Aussicht genommen: „Die Ahnfrau" von Grillparzer", „Die Bluthochzeit" von Albert Lindner und „Die Braut von Messina". Im Schiller-Theater kommt Shakespeare's „Hamlet" noch heute und morgen zur Aufführung. Von Donnerstag an beginnt wieder ein wechselnder Spielplan. Die erste Vorstellung des Schiller-Theaters im Theater des Westens wird Grillparzer's dramatisches Märchen „Der Traum ein Leben" sein mit Musik vom Hofkapellmeister Kleemann. — Im Ostend-Karl Weiß-Theater geht morgen „Schlunz sol. Wwe." zum ersten Male in Szene. Dieser Vorstellung vorauf geht ein humoristischer Prolog, welcher vom Direktor Weiß verfaßt und gesprochen wird. Die Vorstellung beginnt morgen ausnahmsweise um 7½ Uhr.

Tolstoifeier. Wir werden um die Aufnahme des Folgenden ersucht: Am 9. September (28. August alten Stils) vollendet Leo Tolstoi sein 70. Lebensjahr. Die Unterzeichneten sind zur Veranstaltung einer volksthümlichen Feier zusammengetreten, die aus einer Festrede, Vorlesungen aus den erzählenden Werken Tolstoi's und Vorführung einzelner Szenen aus seinen Dramen bestehen soll. Um die Feier, die in dem großen Konzertsaale des „Deutschen Hofs" (Luckauerstr. 15, am Moritzplatz) stattfindet, für jedermann zugänglich zu machen, ist der Preis der Theilnehmerkarten auf 50 Pf. festgesetzt. Die Karten sind zu haben: im Berliner Preßklub, Unter den Linden 33, in den Buchhandlungen von Hermann Lazarus, Friedrichstraße 66, J. M. Späth, Königstraße (gegenüber dem Rathhaus), T. Trautwein, Leipzigerstr. 8, ferner für die Mitglieder der Gesellschaft für Ethische Kultur, der Neuen Freien Volksbühne, des Vereins für Volks-Unterhaltung an den üblichen Verkaufsstellen. Das Komitee: Wilhelm Bölsche, Redakteur Gustav Dahms, Ludwig Fulda, Ludwig Jacobowski, Sanitätsrath Dr. Küster, Raphael Löwenfeld, Gotthelf Rathanson, Otto Neumann-Hofer, Dr. R. Penzig, Rechtsanwalt Dr. W. Rothe, Prinz Emil zu Schönaich-Carolath, Sanitätsrath Dr. Schwerin, Otto Sommerdorf, Hermann Sudermann, Karl Vollrath, Bruno Wille.

Feuerbericht. Sonntag früh 2 Uhr stand Greifswalderstraße 161 ein Karoussell in Flammen. Die herbeigerufene Wehr vermochte nur wenig zu retten. Ob Brandstiftung vorliegt, konnte nicht festgestellt werden. Mittags 11 Uhr brannten Neustädtische Kirchstr. 1 Möbel und Betten in einer Wohnung. Aus gleichem Anlaß wurde die Wehr um 1 Uhr nach Calvinstr. 3 gerufen. Lützowstr. 6 war um dieselbe Zeit in einem Fabrikraum ein kleines Schadenfeuer abzulöschen, das Tische und Schreibpulte zerstörte. Ein Rohr gab hier kurze Zeit Wasser. — Lübbenerstr. 19 war nachmittags ein unbedeutender Zimmerbrand und Mittelstr. 12/13 ein Schornsteinbrand zu beseitigen. Montag erfolgte eine einzige Alarmirung und zwar nach Stettinerstr. 39, wo Möbel in einer Wohnung eingeäschert wurden.

Aus den Nachbarorten.

Schmargendorf. (Berichtigung.) Die Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet heute Abend um 8 Uhr im „Wirthshaus Schmargendorf" statt und nicht, wie infolge eines Fehlers in der Sonntagnummer zu lesen war, im „Schützenhaus Schmargendorf". Letzteres gehört nach wie vor zu den gesperrten Lokalen. Indem wir diesen Irrthum richtig stellen, ersuchen wir gleichzeitig die Parteigenossen, sich zahlreich in der Versammlung einzufinden. Der Vorstand.

Baumschulenweg. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der Verein „Vorwärts" am Mittwoch, den 7. September, abends 8½ Uhr, im Restaurant H. Speer seine Versammlung abhält. Genosse Dr. Weyl hält einen Vortrag über: „Hypnotismus und Magnetismus". Zahlreicher Besuch ist erwünscht. Gäste sind willkommen.

Redakteur vermißt. Vermißt wird seit Donnerstag voriger Woche der Redakteur der „Charlottenburger- und Moabiter-Nachrichten", der Nachfolger des wegen seiner Preßprozesse bekannt und flüchtig gewordenen Redakteurs Knorr, Paul Kleemann. Der Genannte ging am Donnerstag aus seiner in Moabit, Rathenowerstr. 59, gelegenen Wohnung fort, mit der Angabe, daß er sich zu dem Verleger nach Hermsdorf in M. begebe. Dort ist aber Kleemann bis jetzt nicht eingetroffen auch ist er in seine Wohnung nicht wieder zurückgekehrt. Das Verschwinden des Redakteurs ist um so unerklärlicher, da nach keiner Richtung hin Veruntreuungen 2c. vorliegen. Nach neuerer Meldung hat Redakteur Kleemann von Leipzig aus die Nachricht an seine Verwandten gelangen lassen, er wolle sich das Leben nehmen, da dasselbe für ihn keinen Werth mehr habe. Kl. bittet wegen dieses Schrittes um Verzeihung. Seine in Berlin lebende Mutter hat die Berliner Polizei von dem Vorhaben ihres Sohnes in Kenntniß gesetzt.

Spandau. Am 2. September brachten wir eine Mittheilung aus unserer Nachbarstadt, in welcher berichtet wurde: „Vor kurzem erklärte der Herr Oberbürgermeister, als er von einem unserer Genossen in der Stadtverwaltung darüber interpellirt wurde, weshalb die Arbeiten an der Kläranlage jetzt ruhten, und ob man dem Unternehmer aus Rücksicht auf die gegenwärtige Arbeitsruhe im Baugewerbe etwa Frist gegeben, „die Arbeiten drängten nicht so sehr". Hierauf bezugnehmend, ersucht uns Herr Oberbürgermeister Kölze um Aufnahme folgender Berichtigung: „Es ist unwahr, daß ich auf die Anfrage, weshalb die Arbeiten an der Kläranlage ruhten, erklärt habe: „Die Arbeiten drängten nicht so sehr". Vielleicht klärt sich bei Gelegenheit auf, was der Herr Oberbürgermeister dem Interpellanten geantwortet hat.

Die plötzliche Verabschiedung zweier Offiziere des ersten Garderegiments in Potsdam, die kürzlich erfolgte, soll dem „Berl. Fremdenblatt" zufolge mit einer Spielangelegenheit im Zusammenhange stehen. Ihren Abschied haben der Sekondelieutenant v. Götze, Sohn des kommandirenden Generals vom VIII. Armeekorps, und der Adjutant des 1. Gardefüsilier-Bataillons Edler v. d. Planitz genommen, längeren Urlaub hat der Erbprinz Alfred von Sachsen-Koburg, Premierlieutenant jenes Regiments, erhalten. Nach Meldung einer hiesigen Korrespondenz hat der Kommandeur Oberstlieutenant v. Pleitenberg erfahren, daß während der Schießübung in Döberitz verschiedene Offiziere seines Regiments stark spielten. Er habe dem Kaiser Mittheilung gemacht. Bald darauf sei die Verabschiedung zweier Offiziere erfolgt und bei der Parole verkündet: „Auf Befehl der Division wird Erbprinz von Sachsen-Koburg-Gotha bis zum 30. September beurlaubt." Der Erbprinz ist mit seiner Mutter zum Besuch des Großfürsten Sergius von Rußland nach Moskau gereist. Nach seiner Rückkehr wird er angeblich Dienst im Leibregiment zu Darmstadt thun.

Verhaftungen von Eisenbahn-Beamten, die im Verdacht des Diebstahls stehen, fanden gestern Vormittag und am Sonnabend auf der Station Grunewald statt. Auf dem dortigen Güterbahnhof waren seit einiger Zeit beständig Entwendungen vorgekommen, ohne daß es gelang, die Diebe zu ermitteln. Die Berliner Kriminalpolizei hielt nun bei allen auf der Station Grunewald angestellten Bahnbeamten, deren Wohnungen sich zumeist im Grunewald, Schmargendorf, Halensee und Charlottenburg befinden, Haussuchungen ab, welche die Verhaftung von sechs Beamten zur Folge hatten. Bei dem Rangirmeister T. fand die Polizei einen ganzen Sack voller Lebensmittel, über deren Herkunft seine Frau aussagte, daß T. den Sack aus dem Dienst mitgebracht hätte. T. wurde sofort verhaftet. Im Laufe des gestrigen Tages wurden noch fünf weitere Bahnbedienstete festgenommen, von denen sich jedoch nur noch zwei und zwar die Bahnarbeiter K. und Sch. aus Charlottenburg, welche des Diebstahls resp. der Beihilfe zum Diebstahl verdächtig sind, in Haft befinden.

Witterungsübersicht vom 5. September 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.
Swinemde.	768	W	1	wolkig	14	Haparanda	765	NNW	4	wolkenl	7
Hamburg	771	W	1	bedeckt	15	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	769	NW	2	wolkig	14	Cork	768	SO	4	heiter	18
Wiesbaden	771	Still	—	bedeckt	19	Aberdeen	768	S	1	hlb. bed.	21
München	772	SO	2	wolkenl	17	Paris	770	NO	2	wolkenl	18
Wien	770	N	1	hlb. bed.	14						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 6. September 1898.

Ziemlich trübe und nebelig bei schwachen nordwestlichen Winden und wenig veränderter Temperatur; keine erheblichen Niederschläge.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

R. R. M. T. Diese Frage ist vor der Wahl im „Vorwärts" auf das eingehendste erörtert worden. Die Eintheilung der Reichstags-Wahlkreise ist durch Reichsgesetz geregelt, die Gemeinden können somit eigenmächtig nichts ändern. Die jetzige Abgrenzung der Wahlkreise Berlin IV und Niederbarnim entspricht dem Reichsgesetze. 1893 und bei früheren Wahlen waren die Kreise falsch abgegrenzt. Die jetzige Aenderung bedeutete also die Herstellung des gesetzlichen Zustandes.

Mischke. Der Bericht enthält nichts, was nicht auch von anderen Unternehmerverbänden zu melden wäre. Wir hätten einige Beschlüsse erwähnt, wenn nicht die Tagung des Kongresses nahezu ein Vierteljahr zurückläge.

H. R. 43. Diese allgemein bekannte Sternwarte wird „Lick" ausgesprochen, wie es geschrieben ist.

Genosse A. Ja. — W. F. 4. Gegen das Arbeiten Ihres Obermiethers bis gegen 11 Uhr abends und gegen das mit der Arbeit nothwendig verbundene Geräusch können Sie nichts ausrichten, wohl aber mit einer Klage gegen den Miether auf Unterlassung des mit der Arbeit nicht nothwendig verbundenen, absichtlich verursachten Lärms vorgehen. Die Klage wäre gegen den Miether zu richten.

Todesanzeige.

Hiermit die traurige Mittheilung, daß meine liebe Frau

Auguste Nagel geb. **Els**

am 3. September nach kurzen aber schweren Leiden verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch Nachm. 5 Uhr von der Leichenhalle der Markusgemeinde in Wilhelmsberg aus statt. 815b

Der trauernde Gatte Ferdinand Nagel.

Todesanzeige.

Allen Kollegen hierdurch die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Bilderrahmenmacher

Heinrich Kuttig,

am Sonnabend Vormittag 9 Uhr nach kurzem Krankenlager sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Dienstag Nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes (Hermannstraße) aus statt. Um rege Betheiligung ersucht 44/3

Der Vorstand des Fachv. der Bilderrahmenmacher Berlins und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Am 4. September, morgens 7 Uhr, verschied nach langen Leiden meine Frau **Henriette Rebentisch** geb. **Menzel** im 59. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 7., nachm. 3½ Uhr, von der Halle der St. Bartholomäus-Gemeinde, Falkenberger Chaussee (hinter Weißensee), aus statt.

Um stille Theilnahme bitten

Heinrich Rebentisch und Kinder.

Soeben erschien bei mir:

Wolfgang Heine,

Wählen oder Nichtwählen?

Ein Wort zur Frage der Betheiligung der Sozialdemokratie an den preußischen Landtagswahlen.

Preis 20 Pf.

Johannes Gaulke,

Ueber die Grenzen des Nationalismus und Internationalismus.

Preis 20 Pf.

Durch jeden Kolporteur zu beziehen.

Joh. Sassenbach, Verlag, Berlin.

Große und freundliche **Vereinszimmer** Schönhauser Allee 30. [821b

Neue Freie Volksbühne

Sonntag, den 11. September, nachm. präzise 2½ Uhr, im

Ostend-Karl Weiss-Theater, Gr. Frankfurterstr. 132

zur 70jährigen Geburtstagsfeier Graf **Leo Tolstoi's:**

Die Macht der Finsterniß

Volksdrama in 5 Akten von Leo Tolstoi.

Regie: **Cord Hachmann** (Oberregisseur vom Deutschen Theater.)

Unter Mitwirkung der Damen: Frl. **Bünger** und **Höhne** vom Deutschen Theater, Frl. **Gontard** vom Berliner Theater, Frl. **Kronau** vom Residenz-Theater, sowie der Herren: **Aschenbach** vom Deutschen Theater, **Jaray** vom Neuen Theater, **O. de Nolte** vom Hoftheater in Sondershausen, Regisseur **Jos. Dill** vom Ostend-Karl Weiß-Theater u. a.

Die Mitglieder werden ersucht, den Umtausch der Mitgliedskarten in den Zahlstellen **umgehend** vorzunehmen. **Mit Vorstellung und bei Gratislieferung der Vereinsschrift beträgt der monatliche Beitrag 75 Pf.**

Neu-Aufnahmen werden jederzeit durch die Zahlstellen vorgenommen. **Einschreibegeld 50 Pf.** Nur diejenigen neu aufgenommenen Mitglieder haben zur angezeigten Vorstellung Zutritt, die sich mindestens drei Tage vorher haben aufnehmen lassen. Zahlstellen siehe Säulenanschlag am Mittwoch.

NB. Auf verschiedene Anfragen sei bemerkt, daß das Ostend-Karl Weiß-Theater, seitdem es Herr Direktor Karl Weiß übernommen, wesentliche Verbesserungen erfahren hat, daß insbesondere der Zuschauerraum neu renovirt und geschmackvoll ausgestattet worden ist. 150/15

Für den Vorstand: **Adolf Löhr**, Kassirer, Ackerstr. 40.

Oranien-Hallen

Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.

Inhaber: **Hermann Scholze** 5656Q*

empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.

Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: **Porträts** sozialistischer Führer, Lassalle, Marx 2c. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Sprechst. 9-6. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. *

Wedding-Park

Müller-Strasse 178.

Jeden Dienstag: Jeden Dienstag:

Norddeutsche Sänger

Biegler, Woff, Hohenberg etc.

Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

Achtung! Achtung!

Feldschlößchen,

Müllerstraße 142. [5730Q*

Jeden **Mittwoch: Großes Kinderfest** mit Verloosung.

Cohn's Festsäle,

Beuthstr. 19—22.

Säle von 100—1000 Personen fassend, für Versammlungen u. Vergnügungen. September noch zwei Sonnabende frei. Oktober einige Sonntage.

Zum Ausschank gelangt **Schultheiß Märzen und Versandt.** 5759Q*

Altes Schützenhaus

Linienstr. 5 [7485*

empfiehlt seine **„neuen" Säle.**

Flora-Säle

1000 Pers. fass. Elektr. Beleuchtung. Besitzer: **Bernh. Nieft, Weberstr. 17.**

Sonnabende Septemb. bis Dezember gratis zu vergeben. [*

Buss' Ball-Salon,

Gr. Frankfurterstr. 85.

empfiehlt seine **Säle** zu Versammlungen und **Vergnügungen.**

Oktober und November sind noch einige Sonnabende frei.

Achtung! Achtung!

Empfehle allen Kollegen u. Genossen mein Restaurant 5862Q*

„Zur Metallarbeiter-Börse",

Mainzerstr. 21 (nahe d. Frankf. Allee). Zahlstelle des Metallarbeiter- und Buchbinder-Verbandes

W. Hansen.

Robert Drescher,

Linienstr. 218, am Schönh. Thor. empfiehlt sein **Weiss- und Bairisch-Bierlokal** nebst schönem **Vereinszimmer.** *

Berlin. Ressource

57 Kommandantenstr. 57.

Sonntag, 9. Oktober, u. Sonnabend, 15. Oktbr. frei geworden.

Teleph. Amt IV 9675. [822b

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 5045Q*

Robert Meyer,

No. 2. Mariannenstr. No. 2.

Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets 2c. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Fahrräder!

nur erstklassig, verkauft zu äußerst niedrigen Preisen [5581Q*

Fr. Stange, Oppelnerstr. 7 I.

Eine **goldene Brosche** (Hufeisen mit Reitgerte) von der Brunnenstraße bis Chausseestraße u. Müllerstraße verloren gegangen. Gegen Belohnung von 25 M. abzugeben bei **Ebert**, Swinemünderstr. 31. [819b

Ein alt. **Beutelportemonnaie** mit ca. 30 M. Inh. ist Sonnab. Ab. verl. Abzug bei **Hönisch**, Stargarderstraße 13, p. l. 800b

Maurern u. Zimmerern

erth. Unterricht im Zeichnen, Rechnen, stat. Berechnungen 2c. (auch Abends) Architekt **Karl König, Rixdorf,** 5872Q* Ringbahnstr. 34, I.

Möbel auf **Theil**zahlung **J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.**

Mühlenstraße 8, a. d. Oberbaumbrücke, 5 Min. von Station **Warschauerstraße,** sind p. **1. Oktober frdl. Hofwohnungen** p. 1 u. 2 Stuben nebst **allem Zubehör p. 72—94 Thaler** zu vermiethen. 5881Q*

Näheres daselbst beim **Verwalter.**

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!

In der Möbelfabrik von Zelder & Plathen,

Königsbergerstr. 26—27 u. 28—29, haben 91 Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist bis zur Regelung der Angelegenheit fernzuhalten.

107/1 **Die Ortsverwaltung.**

Lebensversicherung.

Geeignete Personen zur **Acquisition** von **kleinen und großen Lebensversicherungen** für eine durchaus **solide** und **konkurrenzfähige Versicherungsbank** finden jederzeit Anstellung gegen **hohe Provision** und eo. **Wochen- oder Monats-Fixum.** Nur respektable Bewerber wollen sich melden unter „G. 290" an **Max Gerstmann's Annoncen-Bür., Berlin W. 9.** [127/17*

Arbeiter auf **Gaslyren und Kronen**

und zum Montiren von Gashähnen **gesucht.** Nur gut eingeübte wollen sich melden. 104/5*

Bünte & Remmler,

Lampenfabrik **Frankfurt a. M.**

Cementeure

gut eingearbeitete Leute auf Monterarbeiten (Kreuzkappen) können sich sofort für größere und dauernde Arbeit in Posen bei uns melden. 5871Q*

Otto Schwirtz & Co.,

Inowrazlaw.

Arbeitsburschen verlangt **Louis Michaelis,** Knopffabr., Mohrenstr. 40.

Schneider-Lehrling verl. Genosse **Sikorski,** Berlin, Neue Roßstr. 9.

Tüchtige **Farbignacherin** w. verl. Kottbuser Damm 100 [816b

Steinmetz-Lehrling verlangt **Wiese,** Müllerstr. 137.

Geldschrank-Tresorbau!

Für eine gr. Fabrik (Ausland) wird gesucht ein 104/3

tüchtiger Werkmeister,

der die Fabrik selbständig leiten kann. Eifer und Pünktlichkeit, sowie Kenntniß aller Neuerungen im Tresorbau 2c. f. — Sprachenkenntniß nicht Bedingung. Ia. Referenzen, dauernde Stellung bei gutem Gehalt. Offerten mit Angaben von Gehalt, Alter, verheirathet 2c. unter H. M. 503 an **Haasenstein & Vogler, Aktien-Gesellschaft, Berlin SW. 19.**

50 Mansells

auf leichte Jaquets, 1,50 bis 1,75 M. Arbeitslohn, außer dem Hause, verl. **Gottlieb,** Prinz Eugenstr. 26.

Vergolderer auf Leisten verlangt **Richard Schultz jun.,** Rixdorf, Selchowstr. 4. Fahrgeld vergütigt.

Arbeiterinnen auf wattirte Röcke verl. **Möglich,** Falckensteinstr. 42 III.

Zigarrenmacher-Lehrlinge verlangt **Paul Juhl,** Pankow, Berlinerstr. 29.

Zigarren-Sortirer verlangt **Paul Juhl,** Pankow, Berlinerstr. 29. [800b

Einen wirkl. tüchtigen Farbignacher, aber nur solchen, auf dauernde Beschäftigung verl. Wrangelstr. 56. [808b

2 tüchtige **Hammerarbeiter** nach außerhalb per sofort, Lohn 36—42 M., b. tüchtiger Leistung entsprechend mehr. **Arbeitsnachweis deutscher Gold- u. Silberarbeiter.** 72/7 Holzmarktstr. 8.

Stuckateur.

Ein tüchtiger **Werkstattarbeiter** (Former u. Gießer) sowie ein tüchtiger **Ansetzer** können Arbeit in Copenhagen finden. Tagelohn für Werkstatt 4,50—5,50 M., auf Bau 6—7 M., hier indeß meistens Akkord. Arbeitszeit zehn Stunden. Schriftliche Hinwendungen an Dekorationsbildhauer **Hans Chr. Berg, Gothersgade 91, Kopenhagen.** 5918Q*

Jugendliche u. ältere Arbeiterinnen verlangen **Gebr. Siemens & Co., Charlottenburg,** Salzufer 2. 775b

Geübte Einleiter u. Ausputzer sucht Filzschuhfabrik Markusstr. 50 780l

---

Hamburger Engros-Lager

A. Jandorf & Co.

SW. Belle-Alliance-Str. 1—2. **C. Spittelmarkt 16|17.**

Ausnahme-Preise.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag

in den bedeutend vergrösserten Abtheilungen für

Glas, Porzellan u. Wirtschaftsartikel

Steingut

Speiseteller weiss	Stück 5 Pf.	Speiseteller flach und tief, blau Zwiebel	Stück 8 Pf.
Desserteller weiss	4 Pf.	Dessertteller blau Zwiebel	7 Pf.
Näpfe Satz 4 Stück	28 Pf.	Compotteller	6 Pf.
Näpfe Satz 6 Stück	53 Pf.	Suppenterrine 5 Pers.	Stck. 1,25 Mk.
Vorratstonnen Streublumenmuster	Stück 42 Pf.	Brotplatten rund 19 cm., mit u. ohne Spruch	Stck. 16 Pf.

Waschgarnituren Vogelmuster 4 Theile Schüssel ca. 32 cm. 1,00 Mk. Blumenmuster Schüssel 38 cm. 2,50 Mk.

Porzellan

Tassen weiss	Stck. 3 Pf. und 7 Pf.	Kaffeeservice 8 Teile, 6 Person., bunt	Stck. 2,00 Mk.
Tassen Golddekor	Stck. 14 Pf.	Kaffeeservice 5 Teile, 2 Person., bunt	Stck. 1,45 Mk.
Tassen Blumendekor	Stck. 23 Pf.	Kuchenteller bunt	Stck. 8 Pf.
Kaffeebecher blau Zwiebel	8, 9, 10 Pf.	Leuchter Golddekor	Stck. 18 Pf.
Butterdose	Stck. 35 Pf.	Schmuckschalen bunt	Stck. 5 Pf.

Satztöpfe Satz 6 Stück bunt mit Spruch **1,25 Mk.** bunt mit Gold **1,40 Mk.**

Glas

Bierbecher glatt, Stck. **5 Pf. Bierbecher** mit Goldrand, 3 Stck. **20 Pf.**

Salatschüsseln	Stck. 12, 15 Pf. (16 ctm. 19 ctm.)	Zuckerschalen mit Fuss, geschliffen	Stck. 28 Pf.
Zuckerschale mit Fuss	Stck. 9 Pf.	Bierbecher	18 Pf.
Salzfässer doppelt	4 Pf.	Wasserbecher	17 Pf.
Likörgläser	4 Pf.	Likörschalen	12 Pf.
Wassergläser	5 Pf.	Käseglocken	45 Pf.

Kristall-Weingarnituren mit Blumenschliff

Rotweingläser 35 Pf. Weissweingläser 35 Pf. Champagnergläser 35 Pf.

Hellblaue Emaille

Durchmesser ca.	12	14	16	18	20	22	24 ctm.
Schmortöpfe ohne Rand	—	—	35	48	55	70	85 Pf.
Schmortöpfe mit Rand	—	—	52	65	70	85	95 Pf.
Kasserollen ohne Rand	—	—	52	65	70	85	95 Pf.
Kasserollen mit Rand	20	30	35	—	—	—	— Pf.
Wasserkessel ohne Absatz	—	—	—	—	95	1.10	1.30
Wasserkessel mit Absatz	—	—	—	—	1.10	1.15	1.35

Schaumlöffel	10 ctm. 20 Pf.	11 ctm. 25 Pf.	Waschgarnitur	3 Teile 1.45 Mk.
Schöpflöffel	9 ctm. 18 Pf.	10 ctm. 25 Pf.	Kehrschaufel weiss	40 Pf.

Eimer 28 ctm. hellblau **74 Pf.** hellblau mit Deckel **1,10 Mk.** marmor. **68 Pf.**

Wirtschaftsartikel

Kaffeebrett mit bunter Einlage 44×48 ctm. ohne Griff gemessen			95 Pf.
Kaffeebrett fein graviert, ca. 34×47 ctm.			45 Pf.
Theesiebe Stck. 4 Pf., 6 Stck. 20 Pf.		Küchenmesser Stck. 4 Pf. 6 Stck. 20 Pf.	
Theelöffel Britania-Metall 4 Pf., 6 Stck. 20 Pf.		Salznäpfchen Stck. 8 Pf. 2 Stck. 15 Pf.	
Esslöffel Brittania-Metall Stck. 9 Pf. 6 Stck. 50 Pf.		Brotkorb mit Fuss und Griffen	35 Pf.
Fruchtschale mit stark vernickeltem Messingfuss und blauer Glasschale			1,25 M.
Tafelaufsatz	blaue Schale und Vase		1,90 M.

Küchenbretter

13 × 20	14 × 28	16 × 29	19 × 31
8 Pf.	10 Pf.	12 Pf.	16 Pf.
21 × 33	22 × 35	23 × 37	27 × 40
20 Pf.	25 Pf.	28 Pf.	30 Pf.
29 × 44	32 × 48	35 × 50	40 × 56
40 Pf.	50 Pf.	65 Pf.	80 Pf.

A. Jandorf & Co., SW. Belle-Alliancestr. 1-2. C. Spittelmarkt 16|17.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 6. Septbr.:

Opernhaus. Der Barbier von Sevilla. Phantasien im Bremer Ratheskeller. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Donna Diana. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johanna. Anf. 7½ Uhr.
Lessing. König Heinrich V. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. König Heinrich. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Tartüffe. Anfang 7½ Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Hamlet. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Ueber Land und Meer. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Sie ist wahnsinnig. Der Geigenmacher von Cremona. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Seine Puppe. Hierauf: Entdeckt. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Leopoldi Fregoli (Verwandlungskünstler). Die Sünde. Eldorado. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Demi-Monde. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Dienstag:
Hamlet.
Mittwoch:
Hamlet.
Donnerstag:
Der Geizige.

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.

Sie ist wahnsinnig.
Schauspiel in 2 Akten von Melleville.
Der Geigenmacher von Cremona.
— Drama in 1 Akt von Coppée. —
Anfang 8 Uhr.
Vorzugs-Billets haben Giltigkeit.
Morgen, zum 1. Male: **Schluntz sel. Wittwe.** Gesangsburleske von Haneld. Bearbeitet von J. Dill. Musik von G. Steffens.
Vorher: **Humoristischer Prolog,** verfaßt und gesprochen vom Direktor — Carl Weiß. —

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55—57.
Direktor: Rich. Schultz.
Theater-Telephon Amt I. Nr. 378.
Kasse-Telephon Amt I. 2126.
Novität. Zum 4. Male: Novität.

Das Paradies der Frauen.
Gr. Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz in 6 Bildern nach Blum u. Toché's „Madame Satan" von Jul. Freund, Musik von Jul. Einödshofer u. Bertr. Sänger. In Szene gesetzt vom Dir. Richard Schultz. Der choreographische Theil v. Balletmeister Louis Gundlach. Im 2. Bilde: **Ballet u. Die Moden des Jahrhunderts.** (60 Damen.) Im 6. Bilde: **Eva's Vermächtniß,** großes Balletbild mit Apotheose (80 Damen).
Preise der Plätze: Orchestersauteuil 4,50 M., Parkettsauteuil 3 M., Parket 2 M., Promenoire 1,50 M. **Von 9 Uhr ab 1 M.**
Anfang der Vorstellung ½8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Das Paradies der Frauen.** Restaurants unter Leitung des Hoflieferanten L. Schaurté. Konzert der **Tscherkessen-Kapelle Petrow.**

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:

Seine Puppe.
Volksstück in 3 Akten nach dem Französischen v. **Max Schönau.** Musik von **Fritz Krause.**
Hierauf: Auftreten des ersten, deutschen Verwandlungsschauspielers
A. Angeloti in seiner Tragikomödie:
Entdeckt!
(4 Personen, dargestellt v. A. Angeloti.)
Zum Schlusse: **Sinfonia Cosmopolita,** musikalischer Scherz von **A. Angeloti.**
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Prater-Theater,

Kastanien-Allee 7/9.
Schloss Trauenstein.
Melodramatisches Märchen mit Gesang und Tanz in 4 Abtheil. von Hugo Schulz. Musik von A. Kersten.
Klown **Tanti** mit seinen dressirten Hunden. **The 3 Forleys,** chinesische Excentrics. **Gebr. Milardo,** Grotesque-Duettisten. **Elly Viola,** Kostümsoubr. **Jan and Jim,** Knockeboutis. **Morleys, Fata Morgana.**
Ballet, Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kalbo.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Täglich:
Vom Matterhorn z. Jungfrau.
Invalidenstr. 57/62:
Sternwarte.
Nachmittags täglich 5—10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Im Theatersaal von 6 Uhr ab:

Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entrée.
Auftreten der Hellacher Geschwister **Schäfer** zum ersten Mal in Deutschland und des ges. Künstlerpersonals.

Castan's Panopticum.

Major Graf Walsin-Esterhazy.
Neu!!
Neu!! Lebende Bilder
dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

Central-Theater

Direktion: J. Ferenczy.

Die Geisha
oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**
Operette in 3 Aufzügen v. Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von C. M. Röhr und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Ferenczy. Dirig. Hr. Kapellmstr. C. Goldmann. Kassen-Eröffnung 6½, Anfang 7½ Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.**

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 118.
Otto Reutter
Consuelo Tortajada
Les Minstrels Parisiens
und 15 hervorragende Debuts.
Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Actien-
Brauerei Friedrichshain

früher Lips. Am Königsthor.
Dienstag, 6. September:
Eröffnungs-Vorstellung.
Berliner
Sänger- und Theater-Ensemble Tyll Eulenspiegel. Direktion: Oskar Klein und Gustav Obery. **Prolog. Festvorstellung. Bunter Theil.**
Humor, 10 Damen, 12 Herren, großes Orchester.
Beg. d. Konzerts 7½, der Vorst. 8 Uhr. Reserwirt 75, Saal 50, Vorverk. 40 Pf.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48

Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Anfang 8 Uhr, Sonnt. 7 Uhr.
Entree 30 Pf., 50 Pf., 1 M.
Reservisten im Biwak.
Aus Frankreich zurück.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: **Richard Winkler.**
Novität! Täglich: Novität!
Die Kiebitze.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz.
Neu! Neu! Neu!
Meta's Verlobung.
Schwank in 1 Akt.
Gesammtauftreten des durchweg neuengagirten **Künstler- und Spezialitäten-Personals.**
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Res. Platz 50 Pf.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Täglich: **Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Eine Stunde Kaiser von Oesterreich.
Historisches Lustspiel in 1 Akt von Oppenheim.
Liesecke in Italien.
Komisches Singspiel in 2 Bildern von Fritz Waldau.
Im Saal: **Ball.**

Arbeitsanzüge W. Pahr Brunnenstr. 112.

Victoria-Brauerei.

Lützow-Strasse 111/112
Letzte Woche!!

Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader).

Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 11. September:
Abschieds-Soirée.
Sonnabend, 17. Sept.:
Erste Soiree
in den Reichshallen.
(Im großen Theatersaal.)
Humoristisch-orchestraler Eröffnungs-Festprolog v. Meysel. Vor der Soiree: **Gr. Konzert.** Anfang der Soiree präzise 8 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr. Entree (Saal durchweg) **50 Pf.,** Vorverk. 40 Pf., Num. Balkon 75 Pf., Balkon-Logen 1 M., Orchester-Logen 1 M. 50 Pf., Fremden-Logen 2 M. Die Kasse ist vom Sonntag, 11. September an in den Reichshallen täglich von 11—1 Uhr geöffnet.

Reichshallen-Restaurant

(vom 17. Septbr. an):
Jeden Abend: **Großes Konzert** des 24 Mann starken Reichshallen-Orchesters mit seinem populär-amüsanten Repertoire. (Kapellmeister Max Schmidt).
Jeden Mittag: **Grossartiger Mittagstisch.** Während des Diners: Tafel-Musik des gesammten Reichshallen-Orchesters.
Restaurations-Chef: Felix Müller.
Küchen-Chef: Fritz Schallié.

Mähr's Theater

Oranienstr. 24.
Neu! Neu!
Kulike als Kuli
oder:
Die Entführung nach Kiautschou.
Große Ausstattungsposse.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr. Preise wie bekannt.
Bons haben Giltigkeit.

Volks-Theater im Welt-Restaurant

Dresdener-Straße 97.
Täglich: **Theater- und Spezialitäten-Vorstellung**
Neu! **Novität!** Neu!
Unser Junge.
Posse mit Gesang v. E. Braune.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Entree: Wochentags 20 Pfennig. Sonntags 40 Pfennig.
Die Direktion: Aug. Kolig.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Wiederholung der Gr. Fest-Vorstellung
im neu renovirten
Riesen-Theater.
Auftreten des neu engagirten **Spezialitäten- und Schauspiel-Personals.**
Gr. erfolgreiches Programm.
Neu! Neu!
Stürmischer Beifall.
's ist unheimlich!
Original-Burleske mit Gesang.
Hauptrollen: **R. Winkler u. Wilh. Fröbel.**
Anf. 7½ Uhr, Sonnt. 6 Uhr.
Entree 50 Pfg.
Billet-Vorverkauf vormittags von 11—1 Uhr.

Max Kliem's Sommer-Theater,

Hasenhaide 14/15. — Artistischer Leiter: **Paul Milbitz.**
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Neues Programm:
Wienecke's Zwerg-Theater. Mackwell, Froschmensch. Benedetti, Imitator. **Edler von Metz,** Transformationskünstler. **Bertoletti,** Jongleuse. **Max Grabow,** Komiker. **Elsa Rotti,** Chansonnette. **„Das Täubchen von Quedlinburg",** Volksstück mit Gesang.
In den Festsälen:
Grosser Ball.
Die Kaffeküche ist geöffnet.
Max Kliem.

24 Stunden-Rennen.
Rennbahn Halensee.

Preise 20000 Mark.
Beginnt am **Mittwoch,** den 7. Septbr., **abends 8 Uhr.**
Schluss am **Donnerstag,** 8. September, **abends 8 Uhr.**
Billets vorher: bei Herrn **O. Wendt,** Leipzigerstr. 112 und im Depeschensaal des Berl. Lokal-Anz., Unter den Linden 3.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.

Nur noch kurze Zeit!
CARL HAGENBECK's **INDIEN.**
Heute, Dienstag, den 6. September, 8½ Uhr
(in der Riesen-Arena):
Zweiter grosser Ringkampf
zwischen dem Indier **Mhabool Khan** vom Hofe des Fürsten von Beludschistan
und dem Berliner **Paul Jankowski,** preisgekr. Ringkämpfer.
Dauer des Ringkampfes 15 Minuten.
Donnerstag, 8. September: **3. Ringkampf.**
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Achtung! Achtung!
Täschner u. Kofferarbeiter!

Dienstag, den 6. September, abends 8½ Uhr, bei Brochnow, Sebastianstraße 39:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Streik bei der Firma A. u. C. Schmidt. 2. Verschiedenes.
Kollegen, beweist durch zahlreiches Erscheinen, daß wir gewillt sind, den streikenden Kollegen zum Siege zu verhelfen! 813b

Posamentirer!

Mittwoch, den 7. September d. J., abends präzise 8½ Uhr, bei **Busching, Neue Roßstr. 3:**
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Alb. Reichelt aus Burgstädt (Sachsen). 2. Abrechnung vom Reservefonds. 3. Die Agitation in Annaberg und Buchholz. Referent Alb. Reichelt. 4. Mißstände in unserer Branche.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten. 153/3

Arbeiter-Bildungsverein Wilmersdorf.

Mittwoch, den 7. Septemb., bei Klingenberg, Berlinerstr. 40:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Dr. Borchardt** über: Materialistische Geschichtsauffassung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. [13/3
Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!
Volks-Versammlung

Mittwoch, den 7. September, abends 9 Uhr, im „Concerthaus Sanssouci", Kottbuserstraße 4a.
Tages-Ordnung:
1. Soziale Genossenschaft und Rabatt-Sparverein Südost. Referent: Herr Rechtsanwalt Steinschneider. 2. Diskussion.
Die Mitglieder des Rabatt-Sparvereins Südost sind hierdurch eingeladen. Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt. [812b
Der Einberufer: Wilhelm Eicke, Rüdersdorferstr. 35.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).
Versammlung

am Dienstag, 6. September, abends 8 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Dr. med. Weyl: Das Naturheilverfahren gegenüber der medizinischen Behandlung.
2. Diskussion. 243/7
3. Verschiedenes.
Die Versammlung wird präzise eröffnet.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 6. September, abends 8¾ Uhr:
Versammlung
in Dahse's Lokal, Brunnenstraße 152.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand.
Rege Betheiligung der Mitglieder ist Pflicht.
Gäste haben Zutritt. D. O.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 7. September, abends 8 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen.
Moabit: im Lokale Thurmstraße 84.
Wedding und Gesundbrunnen:
im Lokale des Herrn Raabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
Schwedterstraße 23 bei Wernau.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Hierzu sind die Kollegen der Werkstatt von **Kussin,** Wollinerstraße, und **Finke,** Schwedterstraße, eingeladen.
Osten und Nordosten: bei Mann, Strausbergerstr. 3.
Tages-Ordnung: 1. Bericht der Obmänner. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Wie stellen wir uns zu den Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinen? 4. Verschiedenes. 107/4
Kollegen, **jede Werkstatt** muß vertreten sein.
Südosten: bei Rautenberg, Oranienstr. 180.
Tages-Ordnung: 1. Werkstatt-Angelegenheiten. 2. Die Agitation in den Werkstätten. 3. Verschiedenes.
Wohnung des Obmannes Wrangelstr. 23 II. Eingeladen ist die Werkstatt von **Schulz,** Reichenbergerstr. 57.
Süden: bei Krieger, Wasserthorstraße 68.
Tages-Ordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 3. Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung sind die Kollegen folgender Werkstätten eingeladen: **Gebrüder Brandt,** Dieffenbachstr. 36; **Bauer,** Schönleinstr. 23; **Bab,** Gitschinerstr. 75; **Roster,** Alte Jakobstr. 132; **Schönig,** Adalbertstraße 30. Das Erscheinen sämmtlicher Kollegen ist nothwendig.
Westen u. Südwesten: bei Zubell, Lindenstr. 106.
Folgende Werkstätten sind hierzu eingeladen: **Ciesel u. Komp.,** Steinmetzstraße 25; **Schirmer,** Steinmetzstr. 23; **Knorr,** Blumenthalstr. 5; **Gebr. Faul,** Hagelsbergerstr. 4; **Dunsky,** Hornstr. 11; **Grün u. Hettwig,** Fürbringerstr. 9; **Blasch,** Barutherstr. 15.
Modell- und Fabrik-Tischler
im „Vorstädtischen Kasino", Ackerstr. 144.
Musikinstrumenten-Arbeiter
im Lokale des Herrn Zubell, Lindenstraße Nr. 106.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Branchen-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Beiträge werden entgegengenommen. — Verbandsmitglieder haben Zutritt.
Vertrauensmänner-Versammlungen der Drechsler.
Norden: Ackerstraße 144 bei **Hoppe.**
Osten und Nordosten: Koppenstraße bei **Mühle.**
Die Kollegen von **Schüler,** Friedrichsbergerstr. 11 und von **Müller,** Memelerstr. 40, sind ganz besonders hierzu eingeladen.
Südosten und Südwesten! Oranienstr. 184 bei **Metzner.**
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Parkettbodenleger.
Im Lokale des Herrn Zubell, Lindenstraße 106.
Kommissions- und Vertrauensmänner-Sitzung.
Wegen Erledigung wichtiger Verbands-Angelegenheiten ist das Erscheinen aller Vertrauensmänner nothwendig.

Sonnabend, den 24. September 1898:
6. Stiftungs-Fest

In Keller's Festsälen, Koppenstraße 29.
Grosses Konzert! Grosser Ball!
Instrumentalsolo und **Gesangssolo** von Künstlern ersten Ranges.
Fest-Zeitung.
Anfang 8¼ Uhr. — Entree: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.
Tanz frei!
Avis! Die Kollegen werden gebeten, sich rechtzeitig mit Billets zu versehen, an der Kasse werden keine verkauft. Dieselben sind auf allen Zahlstellen und auf dem Bureau, Annenstr. 39, zu haben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Bezirks-Versammlung
für Charlottenburg
am Mittwoch, den 7. September, abends 8½ Uhr, im Lokale von Lehder, Bismarckstraße 74.
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Bezirksleitung. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 113/11
Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Am 25. September findet ein Herbst-Vergnügen statt. Die Billets hierzu gelangen in der Versammlung zur Ausgabe.
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Poetzsch in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Die Kreisversammlung für Nieder-Barnim

tagte am Sonntag in Rummelsburg. Abrechnung und Bericht über die Reichstagswahl erstattete Genosse Kopp namens des Wahlkomitees. Er führte aus: Der Umstand, daß wir bei dieser Wahl schon in der Hauptwahl gesiegt haben und zwar aus eigener Kraft und mit den durch den Kreis selbst aufgebrachten Mitteln, dürfe die Genossen nicht in Sicherheit wiegen und sie nicht veranlassen, in der Agitation und Organisation nachlässig zu sein. Die Einnahmen des Wahlkomitee's betrugen 5734,95 M., die Ausgaben 4490,30 M. Von dem Ueberschuß, der 1244,65 M. beträgt, sind dem Wahlkreise Osthavelland für die Stichwahl 260,40 M. zugewendet worden. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassirer entlastet.

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung: Brandenburger Provinzialkonferenz, brachte Gerstenberger den Antrag ein, welcher für den Vertreter des Kreises in der Agitationskommission für Brandenburg Stimmberechtigung verlangt. Ein von Stadthagen und Kopp gestellter Antrag ersucht die Delegirten zur Provinzialkonferenz, dafür einzutreten, daß im Interesse der Landagitation eine monatlich einmal erscheinende Zeitung nach Art des „Wähler", der während der Wahlbewegung erschien, herausgegeben werde. Beide Anträge wurden, nachdem die Antragsteller und andere Redner dafür gesprochen hatten, angenommen.

Zur Provinzialkonferenz wurde Krause-Pankow, Kopp-Friedrichsberg und Pasewaldt-Weißensee delegirt.

Hierauf wird in die Diskussion über die Betheiligung an den Landtagswahlen eingetreten, über die wir unter der betreffenden Rubrik berichten.

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zum Stuttgarter Parteitag, führte Stadthagen hinsichtlich des Referats über die Zoll- und Wirthschaftspolitik aus: Wir würden uns wohl soweit für den Freihandel erklären müssen, als durch Schutzzölle die Interessen der Arbeiter geschädigt werden. Zu einer Stellungnahme für unbedingten Freihandel würden wir wohl nicht kommen können. Eine andere Frage taktischer Natur scheine ihm von wesentlicher Bedeutung zu sein. Verschiedene Vorgänge der letzten Zeit beweisen, daß die Unternehmer sich zusammenthun, um gegen die Rechte der Arbeiter in einer Weise vorzugehen, die, wenn sie von Arbeitern gegen Unternehmer beliebt würde, unter dem Gesichtspunkt der Erpressung vor den Strafrichter gezogen würde. Auch unsere Stellung gegenüber ausländischen Arbeitern lasse eine Aussprache wünschenswerth erscheinen. Redner beantragt: „Der Parteitag wolle den Punkt auf die Tagesordnung setzen: Welche Forderungen sind an die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages zu stellen?" Nachdem mehrere Redner diesen Antrag befürwortet hatten, wurde derselbe angenommen.

Gleichfalls angenommen wurde folgender von Stadthagen eingebrachter Antrag:

„Der Parteitag möge, falls er zu den Landtagswahlen erneut Stellung nehmen sollte, beschließen:

1. Der Parteitag hält für die in diesem Jahre vorzunehmenden Wahlen zum preußischen Landtag folgende Beschlüsse aufrecht:

a) Den wiederholt auf Parteitagen gefaßten:

„Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, überall da, wo Erfolge, und seien dieselben auch nur propagandistischer Art, in Aussicht stehen, in die Wahlagitation einzutreten."

b) Den wiederholt, zuletzt auf dem Kölner und dem Hamburger Parteitag dahin gefaßten:

„Die Genossen haben keinerlei Kompromisse mit bürgerlichen Parteien einzugehen."

2. Ferner erläutert der Parteitag den zu Hamburg gefaßten Beschluß dahin: Ob und inwieweit Erfolge aus der Wahlagitation zu erwarten sind, und deshalb in die Wahlagitation einzutreten ist, entscheiden die einzelnen Reichstags-Wahlkreise.

Ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag: Den „Vorwärts" zu verbilligen, und ein anderer: Den Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden zu lassen, wurden nach kurzer Debatte angenommen.

Als Delegirte zum Parteitag wurden Gerstenberger-Weißensee und Puck-Stralau gewählt, und Hoffmann-Pankow als Ersatzmann bestimmt.

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung ihren Abschluß.

Pfälzischer Parteitag.

Frankenthal, 4. September.

Zum neunten Male versammelten sich heute die Vertreter der pfälzischen Sozialdemokratie. Anwesend waren 96 Delegirte aus 61 Orten, ferner 3 Vertreter des pfälzischen Agitationskomitee's, der Verleger der „Pfälzischen Post" und deren Redakteur Hänisch, als Vertreter der „Mannheimer Volksstimme" Genosse Dreesbach und Redakteur Jäckh, sowie in Vertretung der badischen Landesorganisation Genosse Wittig. Dem Parteitage voran ging eine Berathung am Sonnabend und der Besuch einer hiesigen Schnellpressen-Fabrik am Sonntag früh.

Die Leitung des Parteitages wurde in die Hände des Reichstags-Abgeordneten Ehrhart-Ludwigshafen gelegt. Mit warmen Worten gedachte dieser des Hinscheidens unseres unvergeßlichen Grillenberger. Zum ehrenden Andenken an den Verschiedenen erhoben sich die Anwesenden von den Sitzen.

Die Tagesordnung begann mit dem Bericht des Agitationskomitees. Berichterstatter Huber gab einen Ueberblick über die Thätigkeit bei der Nachwahl in Homburg-Kusel und bei der allgemeinen Wahl, über die abgehaltenen Sitzungen und Versammlungen, über den zum theil recht bedeutenden Stimmenzuwachs und die dadurch erreichten Erfolge und zuletzt noch über die Punkte finanzieller Natur.

Der zweite Punkt betraf die Organisation. Da das veränderte bayerische Vereinsgesetz ein Inverbindungtreten der politischen Vereine gestattet, waren verschiedene auf die Gründung einer Zentralorganisation hinzielende Anträge eingebracht worden. Angenommen wurde eine Resolution des pfälzischen Agitationskomitees, wonach Bayern in drei vollkommen selbstständige Agitationsbezirke (darunter einen für die Pfalz) eingetheilt, das Schwergewicht der Agitation jedoch auf die Wahlkreis-Organisationen gelegt und ein fester Beitrag erhoben werden soll. Die endgiltige Beschlußfassung über die Neu-Organisation wurde aber aufgeschoben, bis der demnächst in Würzburg zusammentretende bayerische Parteitag Stellung hierzu genommen hat.

Den größten Theil der Verhandlungen nahm der Punkt Presse in Anspruch. Obgleich dieser Punkt schon auf allen Parteitagen Stoff zu lebhaften Debatten und zum theil recht sonderbaren Anträgen gegeben hat, sah man diesmal den Berathungen doch mit sehr gespanntem Interesse entgegen. Die hinterpfälzischen Genossen — Kaiserslautern und Pirmasens — hatten Anträge gestellt, die die Errichtung einer eigenen pfälzischen Druckerei und die Herstellung von Kopfblättern für die Orte, wo bei der letzten Reichstagswahl über 1000 Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben wurden, bezweckten. Im Falle der Ablehnung wollen die Genossen im 6. pfälzischen Wahlkreise ein eigenes Blatt mit dem Sitze in Kaiserslautern gründen. Im Monat Juli stand aber Kaiserslautern nur mit 198, Pirmasens nur mit 248 Abonnenten des pfälzischen Partei-Organs zu Buche.

Den Bericht über die Presse gab der Vertreter der „Pfälzischen Post", Genosse Wenzel. Danach haben sich die auf dem vorjährigen Parteitage an das Unternehmen geknüpften Hoffnungen erfüllt, sodaß am Schluß des Geschäftsjahres von einem günstigen Resultat gesprochen werden kann.

Der derzeitige Leiter des Mannheimer Partei-Organs, Genosse Dreesbach, wandte sich dann, gestützt auf ein reiches Zahlenmaterial, gegen die von den hinterpfälzischen Genossen beabsichtigte Druckerei-Gründung. Nach langer, zum theil sehr heftiger Debatte wurde eine Resolution des Agitationskomitees angenommen, wonach den Wünschen der Genossen von Kaiserslautern und Pirmasens soweit als möglich entgegengekommen werden soll, dagegen die Herstellung von Kopfblättern und die Errichtung einer eigenen Druckerei abgelehnt wird.

Die Besprechung des nächsten Punktes, die bayerischen Landtagswahlen betreffend, wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit vertagt.

Zum Schluß wurde noch eine Resolution der Frankenthaler Genossen einstimmig angenommen, inhalts welcher gegen die in Italien über unsere Gesinnungsgenossen gefällten Klassenurtheile Protest eingelegt und den dortigen Genossen ihre Sympathie ausgesprochen wird.

Der nächste Parteitag wird in Kirchheimbolanden abgehalten.

Versammlungen.

Die in den Betrieben der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielten am Sonntag eine Versammlung im Feenpalast ab, die von etwa 3000 Personen besucht war. Auf der Tagesordnung stand die Berichterstattung der in der vorigen Versammlung gewählten Zwölfer-Kommission über das Resultat ihrer Thätigkeit. Bekanntlich plant die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft die Errichtung einer Fabrik-Betriebskasse, sie hat aber die betheiligten Arbeiter und Arbeiterinnen weder zur Mitberathung des Kassenstatuts hinzugezogen, noch denselben genügende Gelegenheit gegeben, das Statut zu studiren und sich mit den einzelnen Paragraphen zu befassen, sondern einfach die Anerkennung desselben nach einer fünftägigen Bedenkzeit gefordert. So weit nun von den Arbeitern das von der Direktion ausgearbeitete Statut geprüft werden konnte, stellte sich heraus, daß dasselbe eine Reihe von Bestimmungen enthielt, wodurch die Errichtung der Betriebskasse für die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht nur keinen Vortheil bot, sondern gegenüber den gegenwärtigen Verhältnissen eine erhebliche Benachtheiligung bedeutet. — Der Berichterstatter der Kommission Strüpp, der einleitend die bereits in der vorigen Versammlung gemachten Einwendungen gegen diese Betriebskasse nochmals rekapitulirte, kritisirte im Anschluß hieran die Schreibweise einiger bürgerlichen Blätter, die über den Verlauf der vorigen Versammlung in außerordentlich tendenziöser Weise berichteten und schon von einem durch sozialdemokratische Agitatoren angezettelten allgemeinen Streik faselten. Aus den weiteren Ausführungen des Referenten war zu entnehmen, daß die Direktion zunächst die Bedenkzeit um acht Tage verlängert hat und die aus drei Mitgliedern bestehende Subkommission von den Vertretern der Direktion auch empfangen wurde. Die Folge hiervon war, daß bereits am verflossenen Dienstag eine gemeinsame, mehrere Stunden währende Sitzung der Zwölferkommission mit dem Rechtsbeirath der Gesellschaft und einigen anderen Vertretern der Direktion stattgefunden hat. Leider verliefen die Verhandlungen im allgemeinen so ziemlich resultatlos. Seitens der Kommission wurde ein den Wünschen der Arbeiter und Arbeiterinnen mehr entsprechender Statutenentwurf ausgearbeitet, in welchem insbesondere gegenüber dem Statut der Gesellschaft eine Erhöhung des Krankengeldes und des Sterbegeldes vorgesehen ist und in dem geeignete Bestimmungen bezüglich der Beitragsleistung, der Zusammensetzung der Kassenverwaltung und der Aerzte-Anstellung enthalten sind. Außerdem sind in diesem Entwurf Abänderungen in bezug auf die Karenzzeit, die Doppelversicherung und andere Bestimmungen vorgenommen worden. Die Vertreter der Direktion erkannten wohl einige Punkte dieses Entwurfs als berechtigt an, hielten sich aber nicht für autorisirt, die geforderten Abänderungen vorzunehmen, und gaben der Kommission anheim, dieselben in der Generalversammlung der zu errichtenden Betriebskasse zu beschließen. In der Diskussion wurde das Statut der Direktion für unannehmbar erklärt. Schließlich gelangte eine von Litfin gestellte Resolution, nachdem derselbe aufgefordert hatte, alles zu versuchen, um auf gütlichem Wege eine Verständigung mit der Direktion herbeizuführen, einstimmig zur Annahme. Nach dieser Resolution erklärte sich die Versammlung mit der Thätigkeit der Kommission in jeder Beziehung einverstanden und verbleibt dieselbe in ihren Funktionen bis zu der Generalversammlung. Außer den sonstigen Obliegenheiten soll die Kommission insbesondere nochmals versuchen, Verhandlungen mit der Direktion anzuknüpfen und ihr alle die von den Arbeitern vorgebrachten Bedenken unterbreiten.

Die Maurer der zentralen Richtung hatten zum Freitag vier Versammlungen mit der gleichen Tagesordnung in Berlin, Charlottenburg, Rixdorf und Wilmersdorf einberufen.

Die Berliner Versammlung, die in der Tonhalle tagte und sehr stark besucht war, beschloß zunächst ohne Diskussion und einstimmig, dem Streikfonds der Maurer Deutschlands 2000 M. zu überweisen. Hierauf hielt Reichstags-Abgeordneter Fr. Zubeil einen Vortrag, in welchem er die Zerfahrenheit in den Reihen der Arbeiter und die Streitigkeiten über die Organisationsform bemängelte und auf die daraus resultirenden Nachtheile für die Arbeiter hinwies. Nur die außergewöhnlichen und insbesondere die politischen Verhältnisse in der Zeit des Sozialistengesetzes berechtigten die örtlichen Organisationen. Zweifellos haben diese Organisationen zur Zeit angesichts der Thatsache, daß sie einem losen, unorganisirten Unternehmerthum gegenüber standen, auch Siege errungen und Erfolge in den Lohnkämpfen zu verzeichnen. Mit der Zeit hat sich das Bild jedoch völlig verändert, die Zustände sind gänzlich andere geworden, indem die Arbeiter es nicht mehr mit dem einzelnen Unternehmer, sondern mit einem koalirten Unternehmerthum zu thun haben, dem außerdem noch die größtmöglichste Unterstützung seitens der Behörden zu theil wird. Es dürfte nicht mehr allzu lange dauern, so werden die einzelnen Branchen überhaupt nicht mehr in der Lage sein, gegen das geschlossene Unternehmerthum mit Erfolg anzukämpfen und Lohnkämpfe siegreich durchzuführen. Der Redner erinnert an den Verband der Industriellen, der sich des besonderen Wohlwollens der Regierung erfreut und dem bisher schon die kapitalkräftigsten Unternehmer angehören und der über ganz Deutschland verbreitet ist. Nach den bisherigen Resultaten dieser Organisation steht zu erwarten, daß dieselbe auch die gesammten kleineren Unternehmer unter ihre Fittiche nimmt und das Problem, die gegenseitige Versicherung bei Streiks, verwirklicht wird. Er erinnert an die verschiedenen Kämpfe in der letzten Zeit, unter anderen an den Ausstand der Hafenarbeiter, die trotz der großartigen Begeisterung für die Sache und ihrer anerkennenswerthen Haltung den vereinigten Unternehmern doch nicht gewachsen waren. Es kommt noch hinzu, daß seit der Bielefelder Rede, die ihre Wirkung nicht verfehlt hat, das nach § 152 der Gewerbe-Ordnung zweifellos zulässige Postenstehen der Streikenden, um die Kollegen von den Verhältnissen der betreffenden Arbeitsstelle zu unterrichten, immer mehr verhindert wird. Vielfach schreitet die Behörde ein, um die „Arbeitswilligen zu schützen", kaum daß die Streikenden die Arbeitsstelle verlassen haben und noch bevor der Unternehmer die Unterstützung der Behörde verlangt hat. Es ist deshalb um so mehr nothwendig, daß die Berufskollegen in der Provinz organisirt werden und unter diesen eine rege Agitation entfaltet wird, um bei diesen ebenfalls das Solidaritätsgefühl zu wecken, da es ohnedem auch in Berlin nicht mehr möglich ist, die Kämpfe mit Erfolg zu führen. Jedoch werden Fachvereine, lokale Organisationen in den Provinzialstädten, denen die am Ort ansässigen 30, 50 und mehr Berufskollegen angehören, allein, ohne die Berufskollegen der anderen Orte hinter sich zu haben, dem koalirten Unternehmerthum nicht entgegen treten können. Der Redner erörtert sodann die Nothwendigkeit und die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und schließt seine Ausführungen mit einem warmen Appell an die Versammelten, die Zersplitterung der Organisation zu beseitigen und einmüthig für den Zentralverband einzutreten, der angesichts der Verhältnisse gegenwärtig die geeignetste Organisationsform darstellt.

Eine Diskussion über das mit stürmischem Beifall aufgenommene Referat wurde nicht beliebt. Eine längere Debatte zeitigte die von uns bereits veröffentlichte und auch von den Bauarbeitern in ihrer letzten Versammlung angenommene Resolution, in der genaue Bestimmungen über das gemeinsame Vorgehen bei Arbeitsniederlegungen der Maurer oder der Bauarbeiter festgelegt sind. Schließlich gelangte die Resolution mit allen gegen 5 Stimmen zur Annahme. Zum Schluß wurde noch über die Mißstände von einigen Bauten berichtet.

In der Charlottenburger Versammlung referirte Genosse Metzner über „Den Kampf um die wirthschaftliche Existenz". Die treffenden Ausführungen des Redners, der insbesondere die gegenwärtigen wirthschaftlichen Zustände einer herben Kritik unterzog und auf die Nothwendigkeit einer einheitlichen und straffen Organisation hinwies, wurden mrt lebhaftem Beifall entgegen genommen. Die oben erwähnte Resolution gelangte einstimmig zur Annahme. Ebenfalls erklärt sich die Versammlung mit der Ueberweisung der 2000 Mark an den Streikfonds der Maurer Deutschlands einverstanden.

Die Rixdorfer Versammlung, die in den „Viktoria-Sälen" tagte und sehr stark besucht war, beschloß nach einem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag des Genossen Kiesel gleichfalls einstimmig die in der Resolution festgelegten Abmachungen mit den Bauarbeitern anzuerkennen. Die Ueberweisung der angeführten Summe an den Streikfonds der Maurer Deutschlands wurde ebenfalls von der Versammlung gutgeheißen.

In Wilmersdorf referirte Maurer Busch, wobei er auch das Verhalten der Polizei bei den Ausständen und Bausperren sehr zutreffend kritisirte. Gegen die Fassung eines Punktes in der Resolution wurden Bedenken erhoben, dieselbe aber nach einer kurzen Diskussion ohne Abänderung von der Versammlung angenommen. Mit der Abführung der Summe an den Streikfonds erklärte sich die Versammlung ebenfalls einverstanden.

In Spandau beschäftigte sich am Freitag eine von etwa vierhundert Personen besuchte Versammlung mit der Aussperrung der Maurer und Zimmerer daselbst und die von den dortigen städtischen Behörden hierzu eingenommene Haltung. Genosse Schröer hielt das Referat und kritisirte hierbei recht scharf die Stellungnahme der Behörde sowie die höchst volksfeindliche Mache der bürgerlichen Presse am Orte. In der Diskussion machte Rieger mehrere recht bezeichnende Mittheilungen über das Verhalten der Polizei. Die übrigen Diskussionsredner Hartmann, Scholz und Lemme sprachen sich gleichfalls hierzu abfällig aus und nahmen besonders die örtlichen Zeitungen gebührend mit. Schließlich wurde einstimmig folgende von Rieger gestellte Resolution angenommen:

„Die Versammlung drückt den von den Unternehmern in Spandau ausgesperrten Maurern und Zimmerern ihre vollste Sympathie aus und verurtheilt aufs schärfste das brutale, aller Menschenrechte hohnsprechende Vorgehen der Spandauer Bauunternehmer; die Versammelten sind entschieden der Meinung, daß die ausgesperrten Arbeiter bisher alles gethan haben, eine Beilegung des gegenwärtigen Streites im Wege friedlicher Unterhandlung mit den Arbeitgebern herbeizuführen, und daß den Spandauer Bau-Unternehmern, welche bisher stets hartnäckig die ihnen von den Arbeitern dargebotene Hand zurückgewiesen haben, allein die ganze Schuld an dem im Spandauer Baugewerbe entfachten, in unsere wirthschaftlichen Verhältnisse so tief einschneidenden Kampf beizumessen ist.

In Erwägung, daß nur durch ein mündliches Unterhandeln zwischen beiden Parteien eine gütliche, beide Theile zufriedenstellende Vereinbarung herbeigeführt werden kann, ersucht die heutige Versammlung die ausgesperrten Maurer und Zimmerer, unverzüglich die Vermittelung des Einigungsamtes bei dem Spandauer Gewerbegericht anzurufen.

Die versammelten Spandauer Steuerzahler drücken ferner den städtischen Behörden zu Spandau ihr Mißfallen für das Eintreten für die Bauunternehmer zu ungunsten der Arbeiter aus und sind der Meinung, daß eine auf Unparteilichkeit Anspruch erhebende Behörde unter allen Umständen die selbstverständliche Pflicht hat, jedem wirthschaftlichen Kampf neutral gegenüberzustehen und keine der kämpfenden Parteien weder direkt noch indirekt zu ungunsten der Gegenpartei zu unterstützen.

Schließlich erklärt die heutige Versammlung: Es ist die Pflicht eines jeden Arbeiters, fortan die ausgesprochen arbeiterfeindlichen Zeitungen, ganz besonders das „Spandauer Tageblatt" und den „Anzeiger für das Havelland" durch sein Abonnement nicht noch weiter zu unterstützen, sondern unverzüglich das Erforderliche zu veranlassen. Es ist allein durch Halten von Arbeiterzeitungen möglich, für die Förderung der Aufklärung unter den Arbeitern zu sorgen."

Berichtigung. In dem Versammlungsbericht vom zweiten Wahlkreis in Nr. 204 des „Vorwärts" heißt es, Dr. Arons führte aus: In einer Versammlung am 2. August habe der Vertrauensmann Werner gesagt, Woldersky sei schon von Köln her als gewerbsmäßiger Verleumder und Diktator bekannt, ferner hätte ich in Privatim von einer Unterschlagung gesprochen.

Das giebt den Anschein, als hätte ich thatsächlich diesen Ausdruck gebraucht. Demgegenüber muß ich erklären, daß ich in der Versammlung am 30. August mich ganz entschieden dagegen verwahrte, solche Aeußerung gethan zu haben. (Was aber aus dem Bericht nicht zu entnehmen ist.) Wohl habe ich gesagt, Wolderski ist bekannt als gewerbsmäßiger Nörgler, die Kölner Genossen seien froh, daß sie ihn los sind, und glaubten, daß er in Berlin kalt gestellt sei. Auch ist es unrichtig, daß ich den Genossen Wolderski in einer Privatunterredung der Unterschlagung bezichtigt habe.

Meine Erklärung in der Versammlung ging dahin, daß ich nicht wider besseres Wissen den Genossen Wolderski beleidigt habe, weil meine Information von Leuten herrührte, zu denen ich volles Vertrauen hatte. H. Werner.

Verein selbständiger Fensterputzer. Heute, Dienstag, den 6. Sept., abends 8 Uhr, Alte Jakobstr. 54/55, bei Mehwald: Sitzung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Donnerstag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

W. B. 1. Beleidigungen verjähren nicht in drei Monaten, sondern in fünf Jahren, durch die Presse begangene Beleidigungen in sechs Monaten. Unabhängig von dieser Verjährung ist das Erforderniß rechtzeitiger Stellung des Strafantrages. Der Strafantrag muß innerhalb drei Monaten gestellt werden, nachdem der Beleidigte von der Beleidigung und der Person des Thäters Kenntniß erlangt hat. 2. Ja, es sei denn, daß sechs Monate lang wegen der Beleidigung richterlicherseits keine Schritte unternommen sind. — **H. S.** Jawohl. — **H. Tr., Köthen.** Briefliche Auskunft ertheilen wir nicht. Ein Zwang, die Konzession zu ertheilen, liegt nicht vor. Kommen Sie um die Konzession ein. — **Weuster Schweim.** Briefliche Antwort ertheilen wir nicht. 1. und 3. An die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin I, Alt-Moabit 11/12. 2. In fünf Jahren. — **M. 21.** Ja. — **S.** 1. Ja, falls das Kind später als 9 Monate nach Eheschließung geboren ist. 2. Ja, falls nach Aufhebung der ersten Ehe das Eheversprechen gerichtlich oder notariell abgegeben war oder wenn die Ehe mit Zustimmung der Eltern oder Vormünder geschlossen oder in den Fällen, in denen es solcher Zustimmung nicht bedarf, die Verlobung ausdrücklich bekannt gemacht oder in Gegenwart von Bekannten oder Verwandten geschlossen oder erklärt ist. — **Zwang 111.** 1. Ja. 2. Nein. — **M. M. 98.** Gewiß ist der Juwelier Ihnen voll schadensersatzpflichtig. Sie müssen aber beweisen, daß Sie den Ring von dem Juwelier haben. — **Th. 75.** 1. Nein. 2. und 3. Sprechen Sie in der Sprechstunde vor oder legen Sie den Sachverhalt genauer dar, weil so nicht ersichtlich ist, ob Ihnen ein Recht auf Verweigerung der Aussage zusteht. — **H. L. 204.** Das Mädchen würde vor vollendetem einundzwanzigsten Lebensjahre mit ihrer Klage nicht durchdringen. — **Schwiegermutter.** Unfreundliches Benehmen der Schwiegermutter ist in keinem Lande strafbar. Umgekehrt bildet in den allein auf der Familie beruhenden Staaten, wie China, beleidigendes Benehmen gegenüber den Schwiegereltern einen Ehescheidungsgrund. Liegt denn wirklich die Schuld nur auf Seiten der Schwiegermutter?

Import. Export. **Cigarren** Engros. Versand.

Die zahlreichen Nachbestellungen, die uns fortgesetzt aus dem Leserkreise dieser Zeitung zugehen, beweisen uns, dass unsere Bestrebungen, **für mässige Preise gute Qualitäten** zu liefern, volle Anerkennung gefunden haben. Wir empfehlen heute als besonders beliebt:

100 Stück Mk. 2,50. **Flor de Lopez**

100 Stück Mk. 3,75. **Regina**

Goldonkel No. 4 . . .	Mk. 2,80	Marke Manilla I . . .	Mk. 3,50	Tabaksplant.	Mk. 4,50
Achtung präsentirt . .	„ 2,90	dieselbe, 300 St. franko	„ 10,—	Mexikanos	„ 5,—
Concordia (Bock-Façon)	„ 3,30	Casino No. 19	„ 4,—	Perla de St. Felix . .	„ 5,50
Marke Suprema . . .	„ 3,50	dieselbe, 300 St. franko	„ 11,—	Irene, feinblumig . . .	„ 6,—

Denjenigen Rauchern, die keinerlei Werth auf **das Aeussere** einer Cigarre legen, sondern lediglich auf Qualität sehen, empfehlen wir unsere nachstehenden

Ausschuss-Sorten,

welche **ca. 20 % billiger** als die rein sortirten Farben sind:

Ausschuss No. 13 . . .	Mk. 2,50	Sumatra-Felix, unsortirt	Mk. 4,50	Havana-Ausschuss . .	Mk. 5,60
Ausschuss S I	„ 3,80	Ausschuss III B	„ 5,—	Mexico-Havana	„ 6,—

Cigarillos zu Mk. **1,50** per 100 Stück, hiervon 500 Stück Mk. **7,—** franko; ferner 100 Stück zu Mk. **2,—, 2,50, 3,30, 4,50.**

Ausführliche Preisliste versenden wir auf Wunsch.

Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme, von 300 Stück an portofrei. Bei 1000 Stück 5 % Rabatt.

Nicht Zusagendes nehmen wir auf unsere Kosten zurück.

Cigaretten zu **70** Pf., Mk. **1,—, 1,20, 1,50, 2,—, 2,40, 3,—** per 100 Stück, mit oder ohne Mundstück, von 1000 Stück an franko.

Für Wiederverkäufer

bewährte Qualitäten zu Mk. **23,—, 25,—, 28,—, 30,—, 33,—, 35,—, 40,—** etc. per Mille.

Rauscher & Fabisch, Fabrik-Lager Berlin NW. 7,

Friedrichstrasse 94, Hof Portal 3, gegenüber Central-Hotel.

Angesichts der hohen Fleischpreise dürfte es für viele Hausfrauen von Wichtigkeit sein, von einem wohlfeilen, dabei schmackhaften und die Fleischkost vollständig ersetzenden Nahrungsmittel zu erfahren. Es ist der **„Pansfisch“**, aus frischen Seefischen mit Schmalz und Gewürzmittels Spezialmaschinen hergestellt von der Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“, (Nordenham a. d. Weser) und erhältlich in deren hiesigen Filiale: **Bahnhof Börse, Bogen 9—10.** **„Pansfisch“**, vollständig fertig zum sofortigen Gebrauch, ermöglicht die Zubereitung eines frugalen Mittagsmahles (als „Klopse“, „falscher Hasenbraten“ ꝛc.) innerhalb weniger Minuten. Der Preis beträgt 40—50 Pf. pro Pfund.

Musikinstrumenten-Handlung
von
Julius Luderer
Klingenthal, Kirchstraße Nr. 105
empfiehlt **alle Sorten von Musikinstrumenten.**
Spezialität: **Mund- u. Ziehharmonikas, Zithern, Geigen u. s. w.**
sowie **alle Bestandtheile** zu Instrumenten wie: **Saiten, Bogen u. s. w.** Lieferung nur gegen Nachnahme.
Alle Parteigenossen werden ganz besonders auf dieses Angebot aufmerksam gemacht, da Inhaber durch Maßregelung für Wohlthätigkeit gezwungen wurde, sich selbständig zu machen. [5800L*

Deutsch. Porter

Dessert- u. Malzkraftbier I. Rang. Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, bes. f. Blutarme, Brustkranke. Bleichs., Wöchn., Reconv. ꝛc. d. leicht bekömml., nahrh. kräftigste Bier. — Ist blutbild., desh. best. Gesichtsf. u. Gewichtszunahm. überr. 14 Flasch. drei, 50 zehn M. exkl. In Geb. (1/6, 1/8, 1/16) z. Selbstabz. wesentl. bill. Allein. Versandst. f. Berlin u. Prov. Porterkellerei **Ringler, Berlin, Brunnenstraße 152.** Nicht Flaschenzahl — Qual. entscheid.

Wichtig für Brautleute!

Möbel, Spiegel, Polsterwaaren verkaufe wegen Ersparniß der Ladenmiethe bedeutend billiger. Eig. Werkstelle i. Hause. Tischlermeister, **Bukow, Invaliden-Straße 13.**

Direct von Aachen!!

der **ersten** Tuchfabrikstadt Deutschlands, versenden wir zu **bekannt** billigen Preisen **berühmte prämiirte Aachener Anzügen, Paletots** etc. in **unübertroffener** Auswahl und andere **erstklassige** Stoffe zu **(Auch moderne, elegante Damentuche.)** JM 29/13

Tausende Empfehlungen und die staatliche **nachweisbare** Anzahl von **ca. 30 000 Kunden** beweisen unsere hervorragende Leistungsfähigkeit. **Muster v. Einfachsten bis Hochfeinsten franco an Jedermann.**

Monopol-Cheviot unsere berühmte Spezialität (für über 100 000 Mk. versandt), echtfarbig, reinwollig, modern, schwarz, blau, braun, **3 Meter zum gediegenen Anzug 12 Mk.**

Wilkes & Cie., Tuch-Industrie, Aachen Nr. 78.

Wilh. Jmrock, Tischlermeister, **Möbel-Fabrik bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen**

BERLIN S., 77 Alte Jacob-Strasse 77, nahe der Neuen Ross- u. Dresdener Strasse. Grösste Auswahl von **Möbeln, Spiegeln** und **Polsterwaaren** in gediegener und geschmackvoller Ausführung zu billigsten Preisen. — Gegründet 1869. [5920L*

Specialität: **Wohnungs-Einrichtungen zu Mark 300 — 346 — 448 — 711 — 1290 — 3000.**

ECHTE

Auer-Glühkörper

liefern wir, allseitigen Wünschen nachkommend, von nun ab

für alle Brennerarten.

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft

BERLIN C., Molkenmarkt 5. 5922L*

Achtung „Elektrotechnik“.

Durch bedeutende Erweiterung der Anstaltsräume ist unterfertigte Direktion in der Lage, um den **vielen Nachfragen entgegenzukommen,** dieses Jahr noch einen **letzten** Abendkursus für Praktiker, wobei Vorkenntnisse nicht nöthig sind, einzurichten. Beginn am **1. Oktober 1898.** Dauer 6 Monate, monatlich 6 M. **Erstes und einziges** Institut, welches im stande ist, in der verhältnißmäßig kurzen Zeit **Herren aller Branchen** für den **großen zukunftsreichen Beruf der Elektrotechnik voll und ganz auszubilden,** um nach Absolvirung der Anstalt in gut dotirte Stellungen zu kommen. **Professor Dr. Krebs schreibt:** Die Lehranstalt **„Elektra“, Berlin, Prinzenstraße 55. ist ein hervorragendes Institut, wo jeder Fleißige eine gute Zukunft findet.** Für die bedeutenden Erfolge, welche in der Anstalt erzielt werden, spricht die hohe Zahl der Absolventen. Es wird besonderer Werth darauf gelegt, die Herren durch **Demonstrations- und Experimental-Vorträge** nach einem der Praxis angepaßten System zu unterrichten. **Die Anstalt besitzt über 400, einzig für Lehrzwecke** gebaute, neueste **Apparate, Maschinen und Lampensysteme,** sowie **alle zur Elektrotechnik erforderlichen Hilfsmittel.** Akkumulatoren, Modelle ꝛc. 5893L*

Herren, welche gesonnen sind, dem Abendkursus (wöchentlich zweimal abends von 8—10 Uhr) beizutreten, wollen ihre Anmeldung **baldigst** bewirken.

Man verlange Prospekte. Geöffnet bis Abends 10 Uhr. Sonntags bis Mittags 12 Uhr.

Die Direktion der „Elektra“
Oberingenieur Eyting und Ingenieur Frank.
Lehranstalt und Lehrwerkstätten für Elektrotechnik. Fabrik elektrotechnischer, physikalischer und chemischer Apparate. Hilfs- und Versuchsstation sowie Modell-Bauanstalt für Erfinder.
Vielfach prämiirt und mit Medaillen ausgezeichnet.
Technisches Bureau: Prinzenstraße 55.

Auf die Experimental-Vorträge über Elektrotechnik ꝛc., welche in den Wintermonaten in dem 600 Personen fassenden Saal abgehalten werden, wird noch besonders aufmerksam gemacht. Absolventen, deren Angehörige und Interessenten erhalten Eintrittskarten von der Direktion. Für Reichhaltigkeit und Abwechslung der vielen, in den letzten Jahren in den meisten Städten abgehaltenen Vorträge spricht die einstimmig befriedigende Anerkennung der Presse. Nächster Vortrag: Donnerstag, den 8. September 1898. Die Vorträge, deren höheres Interesse der Wissenschaft obwaltet, sind von der Königlichen Regierung genehmigt.

Für Fabriken, Werkstätten, Kantinen ꝛc.
liefere ich: 5921L*
40/2 Fl. Export-Weißbier f. M. 3,—
ohne Wasserzusatz.
50 Fl. Echt Grätzer Exportbier für M. 5,—,
40 Flaschen helles Lagerbier für M. 3,—,
(von welcher Brauerei gewünscht wird).
Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.
Eis umsonst.
A. Seidler,
Berliner Export-Weißbier-Brauerei.
Schöneberg-Berlin W., Sedanstrasse No. 82.

Erste
grosse Berliner Fischkosthalle.
Dienstag, den 6. September
eröffne ich **Beuthstrasse 21** die **erste große Berliner Fischkosthalle.**
Seefische in vorzüglicher Zubereitung pro Portion **40 Pf.** inkl. Kartoffeln. 5859L*
Zum Ausschank gelangt: Schultheiß Märzen und Versandt.
M. Cohn.

Kein Kaufzwang!
Einsegnungs-Anzüge
in streif. Kammgarn, Satin, Diagonale und Tuchkammgarn-Stoffen ꝛc., 1- und 2reihig, von **12–30 Mk.**
A. Wormann, 2 Dresdenerstr. 2, am Kottbuser Thor, 2. Haus d. Skalitzerst.
Streng reelle Bedienung! Umtausch gestattet!

Fordern Sie nur den vorzüglich schmeckenden
preisgekrönten dänischen Kautabak
aus der größten Tabaksfabrik Dänemarks **C. W. Obel, Aalborg** und **Kopenhagen. — General-Vertrieb für Berlin: Carl Röcker, Grüner Weg 8.** Telephon-Amt VII 3861. 5404L*

Karol Weil's Seifenextrakt
ist das beste Waschmittel der Welt.

Sophastoffe auch **Reste** in Nips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! [4971L* **Proben franko!**
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Möbel
verliehen gewesene und neue, **staunend billig. Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 5886L*
Neue Königstraße 59.

Wegen Räumung.
Gardinen und [5639L*
Stores,
crème und weiss, fabelhaft billig.
Gardinen-Lager
J. Adler, Teppichhaus
Spandauerstrasse 30, gegenüber dem Rathhause.

Betten, Steppdecken, Gardinen, Portièren, Anzüge, Sommerpaletots, Hosen, Regulatoren, Remontoir-Uhren, Bettdecken spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6.

Fahrräder.
Stets großes Lager **erstklass. Fabrikate** auf 5864L*
Theilzahlung
ohne Preiserhöhung zu den kulantesten Zahlungsbedingungen.
Herren- u. Damen-Räder v. 150 M. an.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.

Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8. **Schöneberger Ufer 25.**
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8. **Große Hamburgerstr. 20, I.**

---

5 1/4 Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's Bäckerei
Oranienstr. 9. Krautstr. 19. Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

! Herrenstoffe!
Da ich einen großen Posten Herrenanzugreste, je 3 Mtr., spottbillig kaufte, verkaufe reinw. engl. karrirte Cheviots, neueste Muster, Kammgarne zum Ausfuchen, Anzugreste à 10 Mk., so lange der Vorrath reicht. Schneiderei **Engel, Münzstr. 26,** parterre.

Verantwortlicher Redakteur: **Hugo Poersch** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.